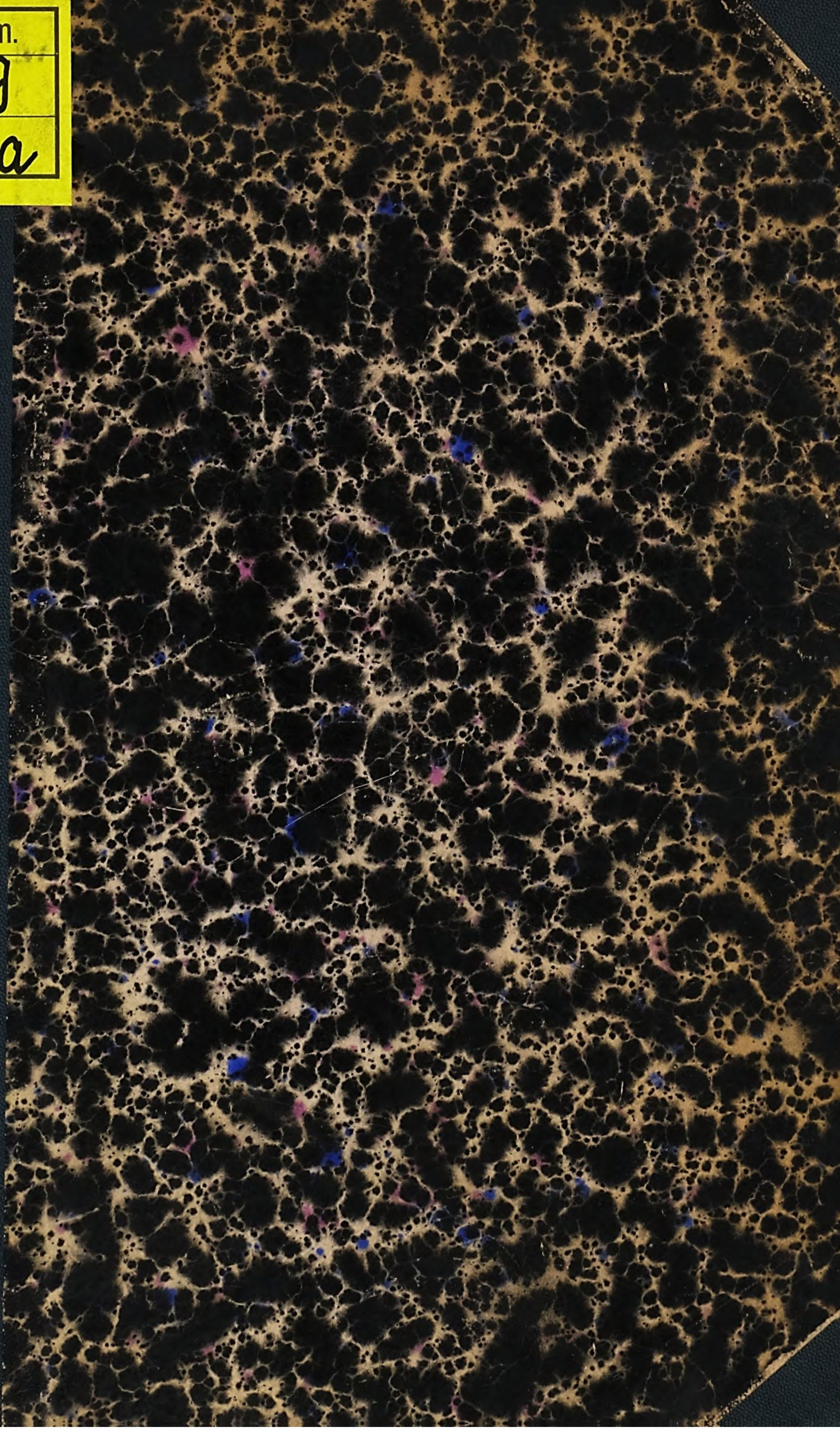


Crim.

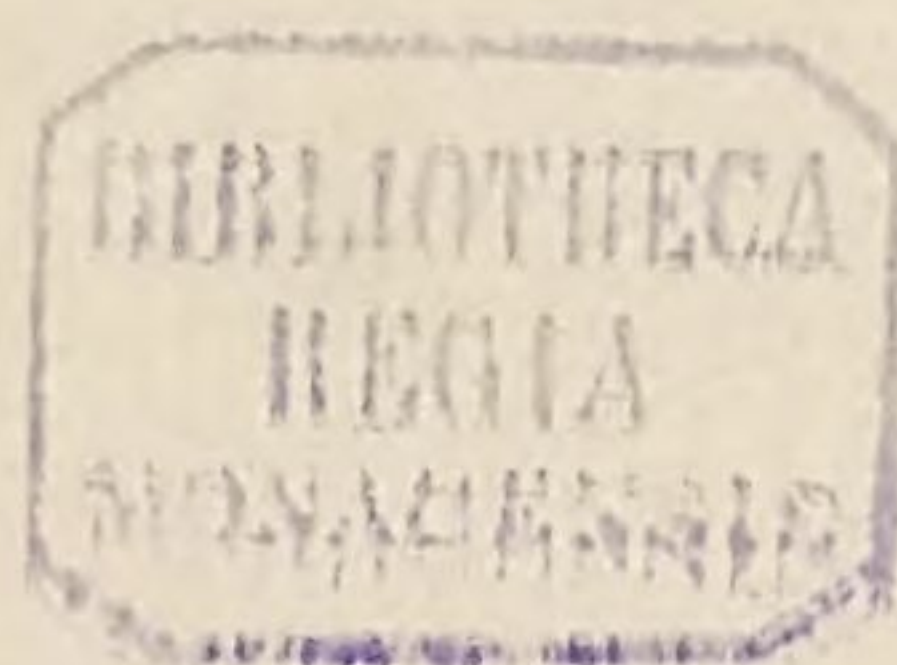
99

5a



Crim
99^{sa}

Gabler



DAS VERGEHEN
DER SOGENANTEN
ÜBLN NACHREDE.

(DIE BELEIDIGUNG DES § 186 R.-ST.-G.-B.)

VON

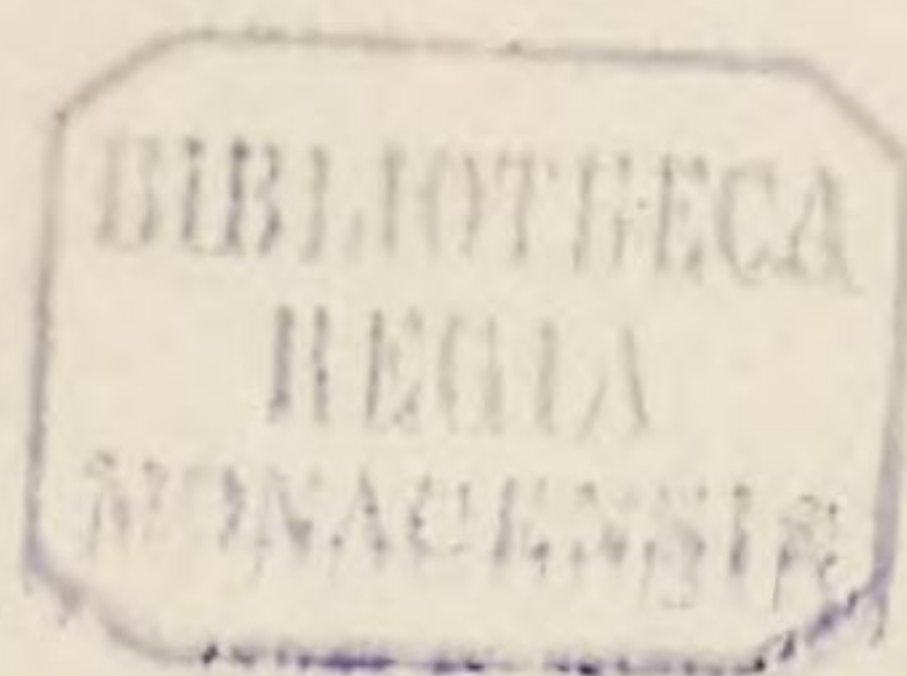
DR. IUR. JOSEPH GABLER.

WÜRZBURG.

G N A D & C I E.

1892.

Druck der kgl. Universitätsdruckerei von H. Stürtz, Würzburg.



SEINEM HOCHVEREHRTEN LEHRER

HERRN GEHEIMRAT

PROFESSOR DR. CARL VON RISCH

IN AUFRICHTIGER DANKBARKEIT

ZUGEEIGNET

VOM VERFASSER.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
I. Abschnitt. Die Unterscheidung von Beleidigung i. e. S. und Verleumdung in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Herausbildung der üblen Nachrede aus dem Verleumdungsbegriff.	3
II. Abschnitt. Allgemeiner Thatbestand der Ehrverletzung und Arten derselben.	
§ 1. Die Ehre als Angriffsobjekt	17
§ 2. Der Beleidigungsvorsatz	23
§ 3. Ehrenkränkendes Verhalten	25
§ 4. Rechtswidrigkeit des Verhaltens	28
§ 5. Arten der Ehrverletzung. Verhältnis der üblen Nachrede zur Beleidigung des § 185 und zur verleumderischen Beleidigung des § 187	31
III. Abschnitt. Die üble Nachrede nach ihren spezifischen Thatbestandsmerkmalen und ihre Bestrafung.	
§ 1. Behaupten und Verbreiten von Thatsachen	46
§ 2. . . . In Beziehung auf einen Anderen	53
§ 3. Thatsachen, die geeignet sind, den Anderen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen	55
§ 4. Die übrigen Thatbestandsmerkmale der üblen Nachrede, insbesondere das Willensmoment	59
§ 5. Nichterweislichkeit der Wahrheit der nachgeredeten Thatsache .	61
§ 6. Qualifizierte Fälle der üblen Nachrede	78
§ 7. Verfolgung und Bestrafung der üblen Nachrede	84

Abkürzungen etc.

G. S. = Gerichtssaal, Zeitschrift für Strafrecht.

Goldt. Archiv = Archiv für Strafrecht, begründet durch Goltdammer.

R.-G. = Reichsgericht, teils citiert nach den „Entscheidungen“ (E.), teils nach der „Rechtsprechung“ (R.).

Oberl. München = Urteile des Oberlandesgerichts München, citiert nach der „Sammlung von Entscheidungen“ dieses Gerichts.

Citiert ist Feuerbach's „Lehrb. des peinl. Rechts“ nach der 14. Aufl. 1847, hsgg. von Mittermaier; — Grolmann, „Grundsätze der Kriminalrechtswissenschaft“, Giessen 1798.

Ferner sind citiert die Lehrbücher des deutschen Reichsstrafrechts von Berner (16. Aufl. 1891), Binding (Handb. 1885), Hälschner (Bonn 1881/87), v. Liszt (4. Aufl. 1891), Hugo Meyer (4. Aufl. 1888), Merkel (Stuttgart 1889), v. Wächter (Vorlesungen, hsgg. von O. v. Wächter 1881); — ferner Dochow (in v. Holtzendorff's Handb. d. deutsch. Strafrechts, Bd. III S. 337 ff.)

Die Kommentare des Reichsstrafgesetzbuchs (R.-St.-G.-B.) von Olshausen (3. Aufl. 1890), Oppenhoff (12. Aufl. 1891). — Kommentar der Reichsstrafprozessordnung (R.-St.-P.-O.) von Löwe (7. Aufl. 1892).

Ad S. 24 n. 2. Die hier citierte Dissertation von Wilhelm (Strassburg 1890) führt den Titel: „Das Moment der Rechtswidrigkeit bei der Beleidigung“, und ist im Auszug im G. S. Bd. XLV S. 161 ff. abgedruckt.

Einleitung.

Zu den rechtlich geschützten Interessen der Einzelperson und zwar zu den sogenannten unkörperlichen (immateriellen) Rechtsgütern derselben gehört auch die Ehre oder der Anspruch der Persönlichkeit auf Anerkennung ihres Wertes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.

Gleichwie aber die Auffassung und Würdigung dieses Rechtsguts der Ehre bei verschiedenen Völkern und zu verschiedenen Zeiten eine sehr verschiedene gewesen ist, so bestanden auch bezüglich der Art und der Intensität des Rechtsschutzes, welchen der Staat gegen Ehrverletzungen gewährte, nach dem Zeugnisse der Geschichte die grössten Abweichungen.

Während beispielsweise das römische Recht ein besonderes Delikt der Ehrverletzung überhaupt nicht kannte, sondern dieselbe dem weitestreckten Begriffe der iniuria unterstellte, die Ausgleichung der letzteren aber wesentlich auf dem Gebiete und mit den Mitteln des Privatrechts suchte: bildete die Ehrverletzung nach germanischer Auffassung zwar von jeher ein eigentümliches, scharf ausgeprägtes Delikt, dessen Grundlage von derjenigen der römischen iniuria wesentlich verschieden war; aber auch nach älterem deutschen Recht und durch das ganze Mittelalter hindurch bis herein in die Neuzeit begründeten die Ehrverletzungen in der Hauptsache bloss einen Anspruch des Verletzten auf Privatgenugthuung; sie fielen, abgesehen von einigen schwereren Formen derselben, nicht in das Gebiet des öffentlichen Strafrechts.

Erst im Laufe des gegenwärtigen Jahrhunderts wurde zunächst von einzelnen partikularen Kodifikationen (so namentlich auch von dem preussischen Strafgesetzbuch von 1851 und dem bayerischen von 1861) und nach deren Vorgang von dem deutschen Reichsstrafgesetz-

buch die Ehrverletzung in ihrem ganzen Umfange unter Beseitigung der bisherigen Privatstrafen in das kriminelle Gebiet herübergenommen.

Es sind insbesondere zwei Arten von Ehrverletzungen, welche von den deutschen Strafgesetzbüchern dieses Jahrhunderts unterschieden werden: die Beleidigung im engeren Sinn, die sich im Wesentlichen dadurch kennzeichnet, dass es sich hier um den Ausdruck subjektiver Geringschätzung handelt, und daneben die Verleumdung, deren charakteristische Merkmale teils in der Ausstreuung ehrenrühriger Thatsachen, teils und insbesondere auch in dem Bewusstsein des Injurianten von der Unwahrheit seiner ehrverletzenden Nachrede gefunden werden.

Dabei tritt aber bereits in den deutschen partikularen Strafgesetzbüchern bald mehr bald minder das Bedürfnis zu Tage, noch weitere Fälle der Ehrverletzung herauszuheben, die gewissermassen eine Mittelstellung einnehmen und ohne als Beleidigung i. e. S. zu erscheinen auch dem obigen engeren Begriffe der Verleumdung nicht subsumiert werden können.

Dieses Bedürfnis, dem man auf verschiedene Weise gerecht zu werden suchte, machte sich auch bei der Abfassung unseres Reichsstrafgesetzbuchs geltend. Dasselbe schuf daher in seinem § 186 eine besondere Art der Beleidigung im weiteren Sinne, die aber von der Beleidigung des § 185, wie auch von der verleumderischen Beleidigung des § 187 unterschieden werden muss, und deshalb in der Doktrin einen besonderen Namen erhalten hat, indem sie fast durchweg als „üble Nachrede“ oder auch als „ehrenrührige Nachrede“, manchmal auch als „beleidigende Nachrede“ bezeichnet wird, welche letztere Benennung wohl die entsprechendste sein dürfte.

Die gesonderte eigentümliche Stellung dieses Deliktes innerhalb des Gebietes der Beleidigungen im allgemeinen zu kennzeichnen und zugleich die gesetzlichen Thatbestandsmerkmale im einzelnen zu behandeln, soll die Aufgabe gegenwärtiger Abhandlung sein, deren Rechtfertigung teils in der besonderen Ausgestaltung, welche die „üble Nachrede“ durch das Reichsstrafgesetzbuch erfahren hat, teils in den hier aufgetauchten mannigfachen Zweifeln und Streitfragen gelegen sein möchte.

I. Abschnitt.

Die Unterscheidung von Beleidigung i. e. S. und Verleumdung in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Herausbildung der üblen Nachrede aus dem Verleumdungsbegriff.

Während unser modernes Recht verschiedene, gegenseitig scharf abgegrenzte Arten von Verletzungen der Ehre kennt, war eine strenge begriffliche Unterscheidung in dieser Richtung den älteren Rechten fremd geblieben. Weder das römische, noch auch das deutsche Recht bis herein in die neuere Zeit hatte eine derartige Scheidung der beiden Hauptgruppen, Beleidigung i. e. S. und Verleumdung, noch weniger freilich die Abgrenzung der sogen. üblen Nachrede als einer dritten besonderen Injurienart auszubilden vermocht.

Für das römische Recht findet dies seinen Grund in der damaligen Auffassung von Ehre und Ehrverletzung.¹⁾

Die Grundlage der Ehre im römischen Sinne, der *existimatio*, war die *Civität*. Die Ehre erscheint hier als Ausfluss des römischen Bürgerrechts; sie ist gewissermassen zu einer staatsbürgerlichen Eigenschaft objektiviert, dem „*status illaesae dignitatis legibus ac moribus comprobatus*“; sie geht mit dem Bürgerrechte verloren und wird in dem gleichen Masse geschmälert, in welchem die staatsbürgerliche Berechtigung des *civis* eine Einbusse erleidet. War demnach das römische Bürgerrecht die Quelle der *existimatio*, so ergab sich aus ihm und konzentrierte sich in ihm auch der Inhalt derselben. Daher lag in der *existimatio* die Zusammenfassung aller Rechte, welche aus der *Civität* fliessen, sie war der ideelle Vereinigungspunkt aller staatsbürgerlichen Rechte und nicht etwa ein besonderes Recht für sich mit einem von anderen Rechten unterschiedenen, eigentümlichen Inhalte.

¹⁾ Der folgende kurze historische Überblick über die Behandlung der Ehrverletzungen im römischen und im früheren deutschen Rechte ist hauptsächlich gegeben in Anlehnung an Hälschner's Ausführungen über „die geschichtliche Entwicklung der Verbrechen gegen die Ehre“ in seinem „preuss. Strafrecht“ Bd. III S. 197 ff. Desgleichen sind benutzt Köstlin „die Ehrverletzungen nach deutschem Recht“ Zeitschr. f. deutsch. R. (1855) Bd. 15, und „Abhandlungen aus dem Strafrecht“ hsgg. v. Gessler, Tübingen 1858.

Die Verletzung dieser existimatio wurde als iniuria bezeichnet. Man verstand demnach unter iniuria jede vorsätzliche Verletzung der Rechtsstellung eines römischen Bürgers. Dieser sehr weitergestreckte Begriff fand eine Einschränkung nur gegenüber denjenigen Verletzungen, welche unter den Thatbestand eines anderen selbstständigen Deliktes fielen. Alle übrigen der Rechtsstellung des civis romanus widersprechenden Handlungen aber, wie namentlich auch die vorsätzlichen Verletzungen der körperlichen Integrität, des Hausrechts, chikanöse Verhinderung im freien Gebrauch des Eigentums, fielen sämtlich unter die allgemeine Kategorie der Injurien. Auch die Beschimpfungen, die Angriffe auf den guten Namen waren diesem Gattungsdelikt der Verletzung fremder Persönlichkeit zu subsumieren.

Besondere Vergehen der Beleidigung und der Verleumdung¹⁾ im modernen Sinne kannte das römische Recht nicht und umso weniger eine klare Abgrenzung beider Arten von Ehrverletzungen. Es ist zudem als eine Eigentümlichkeit der Römer hervorzuheben, dass dieselben gerade gegenüber jenen Verletzungen der existimatio, welche in der Form der Beschimpfung oder der beleidigenden Nachrede die Ehre in unserem Sinne angreifen, nur wenig empfindlich waren.

Zuweilen wird der Ausdruck „calumnia“ mit dem Begriffe der Verleumdung in Verbindung gebracht. Derselbe bezeichnete aber bei den Römern lediglich das Verbrechen der wissentlich falschen Anklage, der Chikane durch fälschliche Anklage eines Unschuldigen. Calumnia im technischen Sinne bedeutet nach den Quellen: falsa crimina intendere.²⁾

Anders als bei den Römern gestaltete sich die Auffassung der Ehre im deutschen Rechte. Hier ist es nicht lediglich der Staatsverband, der als die Quelle und Grundlage der Ehre erscheint; sondern hier ist es die menschliche Persönlichkeit als solche in der ihr eigenen Würdigkeit, welche den Ausgangspunkt für den Begriff der Ehre bildet. In dem Bewusstsein dieses eigenen sittlichen Wertes bzw. in dem Bewusstsein der Anerkennung dieses sittlichen Wertes seitens der Rechtsgenossen und zugleich auch in der durch den Berufstand gegebenen besonderen sozialen Geltung liegt für den Germanen der Besitz der Ehre.

¹⁾ Marezoll „Deutsches Criminalrecht“ S. 442 Anm. behauptet, dass die Römer die Verleumdung als besondere Art der Injurie kannten, obgleich sie keinen technischen Namen dafür hatten.

²⁾ l. 1. § 1. D. ad. S. C. Turpill. 48. 16.

Hiedurch ergab sich für den deutschen Ehrbegriff gegenüber dem römischen eine tiefere und mehr individuelle und soziale Bedeutung. In der allgemein menschlichen, wie in der besonderen gesellschaftlichen Stellung und Geltung der Person beruht die Ehre.

Dementsprechend ist der Begriff der Ehrverletzung im deutschen Recht enger begrenzt als jener der iniuria des römischen Rechts. Bei der germanischen Auffassung der Ehre konnte sich schon in der ältesten Zeit ein besonderes Delikt der Ehrverletzung entwickeln im Sinne der durch den Ausdruck der Verachtung oder durch ehrenrührige Vorwürfe bewirkten Antastung jenes Bewusstseins anerkannter sittlicher Würde und sozialer Geltung. Eine abschliessende, einheitliche Begriffsbestimmung, eine Definition dieses Deliktes findet sich allerdings selbst bis in die neuere Zeit herein noch nicht. Es verlieren sich vielmehr die deutschen Volksrechte wie auch noch die verschiedenen mittelalterlichen Rechtsbücher, Statuten und Stadtrechte in der ausgedehntesten Spezialisierung, indem dieselben lediglich in konkreter und kasuistischer Weise die einzelnen Schmähworte, Scheltworte, Beschuldigungen, körperliche Berührungen, kurz die verschiedensten Äusserungen und Handlungen aufzählen, welche nach Sitte und Anschauung des Volkes als ehrenkränkend erschienen. Dabei gestaltete sich die Auffassung bezüglich dieser einzelnen Arten und Formen von Beschimpfungen je nach den verschiedenen Ständen des Volkes auf sehr verschiedene Weise. Es erscheinen gewisse Injurien von schwererer, andere wiederum von geringerer Bedeutung. Dementsprechend bilden sich verschiedene Buss-Sätze heraus in Verbindung mit eigentümlichen, auf die besondere Genugthuung der Beleidigten berechneten Strafmitteln, wie Widerruf, Abitte und Ehrenerklärung.

Zu einer Unterscheidung der verschiedenen Arten der Ehrverletzung, wie solche unserer modernen Gegenüberstellung von Beleidigung i. e. S. und Verleumdung entspricht, finden sich schon früh Ansätze, ohne dass dieselben jedoch zu einer festen technischen Abgrenzung beider Injurienarten geführt hätten. Ist ja selbst eine Feststellung des Begriffes der Ehrverletzung überhaupt, wie schon erwähnt, in den Quellen nicht zu finden. Trotzdem aber lassen sich bereits gewisse Gruppen herausheben, in welchen einzelne wesentliche Unterscheidungsmerkmale der einfachen Injurie und der Verleumdung deutlich hervortreten. So finden sich neben den verschiedenen Schimpf- und Scheltworten besonders häufig auch solche Fälle aufgeführt, welche den Vorwurf eines entehrenden Benehmens, die Nachrede einer ehrenrührigen That enthalten, zumal wenn dieser Vorwurf als eine unwahre Nachrede sich

darstellt, die hinter dem Rücken des Injurierten in der Absicht, denselben bei Anderen seines guten Rufes zu berauben, verbreitet wurde. Allerdings erscheint ursprünglich eine solche Nachrede nur dann strafbar, wenn der beschimpfende Vorwurf, auf Aufforderung des Verläumdeten hin, diesem in's Gesicht wiederholt wurde. Dabei ist wohl anzunehmen, dass schon sehr frühe auch der Beweis der Wahrheit des behaupteten Vorwurfs zulässig gewesen ist.

Die Calumnie, die falsche Anklage vor Gericht, wird vielfach in den mittelalterlichen Quellen erwähnt, meist unter dem Gesichtspunkte der Ehrenkränkung und zwar im Sinne einer öffentlichen Verleumdung. Doch fehlt auch hier eine scharf ausgeprägte Begriffsbestimmung und eine feste Abgrenzung insbesondere gegenüber der Privatverleumdung. Wichtig ist, dass gerade bei der Calumnie schon im ältesten Rechte sich Ansätze zeigen zu einer Unterscheidung zwischen der wissentlich falschen oder böswilligen und der nicht wissentlich falschen, aber objektiv unbegründeten, der bloss unvorsichtigen Anklage.¹⁾

Die peinliche Halsgerichtsordnung Karls V. (Carolina) gedenkt einzig nur „der schriftlichen unrechtlichen peinlichen Schmehung“, die sie mit der Talion bedroht und zu deren Thatbestand sie in Art. 110 die Ausbreitung einer anonymen Schmähschrift („zu latein libel famos genannt“) verlangt, in welcher einem Unschuldigen unrechtlicher Weise ein an Leib, Leben und Ehre peinlich strafbares Verbrechen vorgeworfen ist. Neben der Schmähschrift finden in der Carolina (Art. 216) noch die eigentümlichen Injurienstrafen des Mittelalters besondere Erwähnung, während die Injurie selbst als bürgerlich zu strafendes Delikt übergegangen ist.

Hatte demnach die Reichsgesetzgebung es unterlassen, strafrechtliche Bestimmungen bezüglich der Injurien zu treffen, so ging auch die strafrechtliche Landesgesetzgebung seit Ausgang des Mittelalters den gleichen Weg, indem sie im allgemeinen das Vergehen der Beleidigung dem Privatrechte überliess. Die Fortbildung des Injurienrechtes lag sonach hauptsächlich in den Händen der Doktrin. Aber auch diese vermochte nicht zu einer scharfen, wissenschaftlichen Durchbildung des Unterschiedes beider Injurienarten — der Beleidigung und der Verleumdung — zu gelangen. Schon bald nach der Carolina hatte die römische Injurienlehre in der deutschen Doktrin immer weitere Geltung gewonnen, um endlich geradezu als gemeines Recht angesehen zu werden. Die deutschrechtlichen Auffassungen

1) Köstlin, Zeitschr. f. d. R. 1855 S. 398.

von Ehre und Ehrverletzung liessen sich allerdings nie ganz zurückdrängen; insbesondere in den einheimischen Landesgesetzen blieben dieselben forterhalten. Infolgedessen kam es zwischen der national-germanischen Auffassung und Anschauung und den als gemeines Recht vorgetragenen Bestimmungen des römischen Rechts zu einem Kampfe, der bis weit herein ins 18. Jahrhundert währte. Dabei ist es denn nicht zu verwundern, dass die strafrechtliche Behandlung der Injurie eine noch mehr verworrene und unklare wurde.

Die wissenschaftliche Durchbildung einer begrifflichen Unterscheidung der beiden Hauptarten der Injurie (Beleidigung i. e. S. und Verleumdung) hat erst Ende des vorigen Jahrhunderts in Feuerbach ihren bahnbrechenden Begründer gefunden. Erst jetzt treten Beleidigung und Verleumdung einander in präzise gefassten Definitionen gegenüber, und erst jetzt, wo es zu einer selbständigen Gestaltung des Begriffes der Verleumdung gekommen war, lässt sich aus diesem heraus die Entwicklung eines weiteren Deliktsbegriffes verfolgen, wie dieser nunmehr in unserem modernen Rechte als eine dritte Art der Injurie sich scharf gegenüber jenen beiden anderen Formen der Ehrverletzung abhebt.

Feuerbach¹⁾ unterscheidet zwei Arten von Verletzungen der Ehre: die Injurie i. e. S. und die Verleumdung, welche beide er als Formen der reinen oder idealen Injurie auffasst. Eine Injurie i. e. S. wird durch jede Handlung begangen, welche die Erklärung einer positiven Verachtung des Anderen als Menschen oder Bürgers enthält bzw. die vorzügliche Ehre des Anderen antastet, insofern dieser direkt oder indirekt seines bevorzugten Standes für unwürdig erklärt oder ihm diejenige Handlung versagt wird, welche er als Zeichen seiner vorzüglichen Ehre zu fordern berechtigt ist. Im Gegensatz hierzu definiert Feuerbach die Verleumdung als die fälschliche Mitteilung an einen Anderen von solchen Handlungen oder Thatfachen eines Dritten, welche diesen in der Meinung des überzeugten Publikums der Ehre unwürdig machen.

Neben Feuerbach muss auch des Kriminalisten Grolmann²⁾ besondere Erwähnung geschehen. Derselbe geht davon aus, dass „Ehre“ und „guter Name“ als zwei verschiedene Begriffe auseinander zu halten seien und zwar besteht nach seiner Auffassung die Ehre des Bürgers darin, dass derselbe sowohl als Mensch wie als Bürger und Mit-

¹⁾ Feuerbach, Lehrbuch § 283 ff.

²⁾ Grolmann, Grundsätze d. Criminalr. § 335 ff.

glied eines besonderen Standes in der menschlichen Gesellschaft anerkannt ist; während andererseits der gute Namen eines Bürgers als das Resultat der guten Urteile seiner Mitbürger über seinen Wert in Ansehung seiner verschiedenen Verhältnisse im Staate sich darstellt. Dementsprechend versteht Grolmann unter „Injurie i. e. S.“ die Verletzungen der Ehre, welchen er die Verletzungen der Rechte in Ansehung des guten Namens unter der Bezeichnung „Verleumdung“ gegenüberstellt.

Von diesen Definitionen und Unterscheidungen gehen in der nun folgenden Periode auch die neu entstehenden deutschen Landesgesetzgebungen aus.

Das bayrische Strafgesetzbuch von 1813 berücksichtigt allerdings ausschliesslich nur die Verleumdung (Art 284) als Betrug am guten Namen; übergeht hingegen die Injurie i. e. S., die sonach lediglich als Privatdelikt oder als Polizeivergehen zu behandeln war.

Auch das St.-G.-B. für die herzogl. oldenburgischen Lande von 1814 stellt die Verleumdung (Art. 289) als Betrug am guten Namen unter die Verbrechen; immerhin aber kennt dasselbe auch ein besonderes Vergehen der Beeinträchtigung fremder Rechte durch Ehrenbeleidigung (Art. 407).

Ebenso ist bereits in den späteren bayrischen Entwürfen eines neuen Strafgesetzbuchs von 1827 (Art. 241) und 1831 (Art. 275) der Versuch gemacht, die oben erwähnte Lücke auszufüllen und auch die Injurie i. e. S. zu kriminalisieren.

Die übrigen partikularen Strafgesetzbücher dieses Jahrhunderts stellen unter dem Kapitel „Verletzungen der Ehre“ (oder auch „Angriffe auf die Ehre“ oder „Ehrenkränkungen“) die Beleidigung i. e. S. und die Verleumdung (meist auch zugleich mit dem Delikt der „falschen Anschuldigung“) neben einander; teilweise werden auch beide durch gesonderte Abschnitte innerhalb des nämlichen Kapitels aufgeführt.

Wenn nun auch der äusseren Einteilung nach diese Gesetzbücher nur zwei Arten der Ehrverletzung unterscheiden, so finden sich doch, selbst in den älteren Kodifikationen, bereits einzelne Zusätze oder Nebenbestimmungen, welche deutlich zeigen, dass man mit dem durch die doktrinen Definitionen gegebenen Anwendungsgebiete dieser beiden Delikte nicht ausreichte, dass man vielmehr auch gewisse weitere Fälle der Ehrverletzung unter kriminelle Strafdrohung zu stellen wünschte, welche der Beleidigung und insbesondere auch der

Verleumdung nach deren strengen Begriffsbestimmung nicht subsumiert werden könnten.

Zur Verleumdung im strengen und eigentlichen Sinne wird nämlich vor allem erfordert, dass die ehrenrührige Nachrede eine wissentlich unwahre sei. Nun erschien es aber als ein immer stärker hervortretendes Bedürfnis, auch diejenigen ehrenrührigen Nachreden mit krimineller Strafe zu ahnden, bei welchen zwar die bewusste Unwahrheit nicht nachweisbar war, auf der anderen Seite aber auch für die Wahrheit einer solchen leichtfertigen und unvorsichtigen Nachrede ein Beweis nicht erbracht werden konnte.

So treten denn in der Doktrin wie in der Gesetzgebung die verschiedensten Versuche hervor, die kriminelle Bestrafung der Kundgebung ehrenrühriger Handlungen oder Thatsachen unabhängig zu machen von dem Beweise der wissentlichen Unwahrheit; und gerade zufolge dieser Bestrebungen entwickeln sich allmählich aus der Verleumdung heraus die Ansätze zu einer dritten Sonderart der Ehrverletzung, zu der jetzt sogenannten „üblen Nachrede.“

Die Anfänge dieser Entwicklung innerhalb der partikularen Strafgesetzgebungen sind allerdings nur unscheinbare und weichen im einzelnen vielfach von einander ab. Erst allmählich treten sie klarer hervor; aber auch die neueren dieser Gesetzbücher vermochten noch nicht zu einem befriedigenden Abschlusse in dieser Hinsicht zu gelangen.

Hälschner hat in seinem „preussischen Strafrecht“ bei Gelegenheit der Behandlung der sogenannten culposen Verleumdung¹⁾ den Versuch gemacht, bezüglich der Stellung der verschiedenen partikularen Kodifikationen und der Doktrin zu der Frage, ob und inwieweit die Verleumdung auch ohne das Merkmal der bewussten Unwahrheit der Nachrede zu kriminalisieren sei, drei Gruppen zu unterscheiden. Doch mag es besser sein, von der Festhaltung an dieser oder einer ähnlichen Gruppierung Umgang zu nehmen. Denn einesteils wird dieselbe von Hälschner selbst nicht konsequent und erschöpfend durchgeführt, andererseits sind die Verschiedenheiten und Abweichungen der einzelnen Gesetzgebungen in der That nicht so scharf ausgeprägt, dass sich eine Trennung in bestimmt abgegrenzten Gruppen durchführen liesse.

Es möge daher hier eine kurze Gegenüberstellung und Vergleichung der wichtigeren deutschen strafrechtlichen Kodifikationen genügen.

¹⁾ Band III S. 277.

Zunächst hebt sich eine Reihe von Strafgesetzbüchern heraus, welche allein nur die wissentlich falsche Nachrede unter kriminelle Strafe stellen: so das bayrische von 1813 (Art. 284), das oldenburgische von 1814 (Art. 289), wozu noch das Kriminalgesetzbuch für Braunschweig von 1840 (§ 199)¹⁾ und jenes für das Königreich Hannover von 1840 (Art. 261) zu rechnen wären.

Alle übrigen Strafgesetzbücher fordern nicht schlechthin und ausschliesslich die wissentliche Unwahrheit der ehrenkränkenden Nachrede.

Schon das alte sächsische Kriminalgesetzbuch von 1838²⁾ hat einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan. Dasselbe verlangt zunächst in Art. 194, dass die üble Nachrede oder heimliche Verbreitung „fälschlicher Weise“ geschehen sei, daneben aber stellt es unter (allerdings geringere) Strafe den Fall (Art. 195), wenn jemand ein solches der Ehre eines Anderen nachteiliges Gerücht verbreitet, ohne Kenntnis von dessen Unwahrheit. Hier ist also bereits nicht nur die Verleumdung im strengen Sinne, sondern auch die Verbreitung eines für wahr gehaltenen, in der That aber unwahren Gerüchtes mit krimineller Strafe bedroht.

Ähnlich verhält es sich mit dem neuen revidierten Strafgesetzbuch für das Königreich Sachsen von 1855/68 wo Art. 237 die Verbreitung eines Gerüchtes verleumderischer Art ohne Kenntnis von dessen Unwahrheit als eine Nebenart bzw. als einen leichteren Fall der Verleumdung aufführt und unter einen herabgeminderten Strafrahmen stellt.

Auch das Strafgesetzbuch für das Königreich Württemberg von 1839 hat in ähnlicher Weise Bestimmungen getroffen. Dasselbe behandelt in dem Kapitel über die „Angriffe auf die Ehre“ die Ehrenkränkung und die Verleumdung getrennt von einander und führt

1) § 202 dieses Gesetzbuchs hebt allerdings einen Fall besonders hervor: wenn nämlich „Jemand in Beziehung auf einen Andern ohne ehrenkränkende oder verleumderische Absicht jedoch wissentlich falsch demselben nachteilige Nachrichten verbreitet“, aber auch hier ist wissentliche Unwahrheit gefordert; auf das eigentümliche Merkmal „ohne ehrenkränkende oder verleumderische Absicht“ (wie solches u. A. auch das württembergische St.-G.-B. Art. 289 kennt) näher einzugehen, ist hier nicht der Platz.

2) Vielfach als Kriminalgesetzbuch f. d. Herzogt. Sachsen-Altenburg v. 1841 citiert, weil es dort allein noch in Geltung blieb, während es in den übrigen sächsischen Ländern durch das thüring. St.-G.-B. ersetzt wurde.

innerhalb des der letzteren zugewiesenen Abschnittes neben der eigentlichen Verleumdung (deren sich nach Art. 286 schuldig macht, „wer fälschlich gewisse Handlungen einem anderen beilegt“), auch noch eine weitere mit der Hälfte der Verleumdungsstrafe bedrohte Deliktsart an (Art. 289), zu deren Thatbestand erfordert ist, dass Jemand ohne verleumderische Absicht bestimmte Handlungen (und zwar von der gleichen wie in Art. 286 für die Verleumdung bezeichneten Art) von einem Anderen aussagt, sofern er die Wahrheit seines Bezichtes nicht zu beweisen oder seinen Gewährsmann für die ausdrücklich auf Hörensagen gegründete Nachrede nicht nachzuweisen vermag.

Was das hessische Strafgesetzbuch von 1841 (Art. 305) und das mit diesem im wesentlichen übereinstimmende Strafgesetzbuch für das Herzogtum Nassau von 1849 (Art. 298) betrifft, so ist auch hier in allerdings etwas komplizierter Weise bestimmt, dass neben dem, der wissentlich falsch einen Anderen bestimmter Handlungen bezichtigt, auch derjenige und zwar gleichfalls der Verleumdung schuldig zu erkennen sei, welcher einen Anderen derartiger unsittlicher oder verbrecherischer Handlungen beschuldigt, ohne dass die wissentlich falsche Eigenschaft der Beschuldigung erhellt und ohne dass er zureichende Gründe hatte, die Thatsache für wahr zu halten.

Das Strafgesetzbuch für das Grossherzogtum Baden von 1845/51 bestimmt in § 289: „Wenn bei der Verleumdung (wie auch bei der falschen Anschuldigung) nicht aus den Umständen hervorgeht, dass die Aussage wissentlich falsch geschah, der Urheber der Aussage aber gleichwohl nicht darzuthun oder glaubhaft zu machen vermag, dass er die Aussage für wahr gehalten, so wird er mit Geld- oder Gefängnisstrafe getroffen“. Im Anschluss hieran erklärt § 290, dass bei demjenigen, dem dieser Beweis seiner bona fides gelungen, die Strafe der Verleumdung, nicht auch jene der Ehrenkränkung ausgeschlossen sei. Diese etwas subtilen Bestimmungen gehen wiederum in ihrem Grundgedanken auf das gleiche bereits in den vorgenannten Strafgesetzbüchern beobachtete Bestreben zurück, den kriminellen Verleumdungsbegriff über die wissentlich falsche Nachrede hinaus aus zudehnen.

Der nämliche Gedanke findet teilweise auch in dem Strafgesetzbuche für die thüringischen Staaten seinen Ausdruck. Dasselbe führt innerhalb seines IX. Kapitels „von Verletzungen der Ehre“ Verleumdung und Beleidigung neben einander auf und bestimmt innerhalb des der Verleumdung zugetheilten Abschnittes in Art. 186 in Bezug auf die Mitteilung einer von einer anderen Person ausgegangenen

üblen Nachrede, dass diese, wenn mit Kenntniss der Unwahrheit geschehen, als Verleumdung zu bestrafen sei, während für den Fall, dass der Mittheilende keine Kenntniss von der Unwahrheit hatte, nur die Strafe der Beleidigung eintreten solle, es sei denn, dass nach den Umständen des Falles eine ehrenkränkende Absicht ausgeschlossen ist.

Auch das bayrische Strafgesetzbuch von 1861 beschränkt sich nicht auf den die bewusste Unwahrheit erfordernden Verleumdungsbegriff. Art. 258 bedroht den Verleumder mit einer verschieden hohen Strafe, je nachdem er die Falschheit seiner Bezeichnung kannte oder nicht. In Art. 259 ist sodann dies Moment „der Falschheit“ dahin erklärt, dass jede Bezeichnung oder Nachrede dann als „fälschlich“ gilt, wenn ihre Wahrheit nicht in einer nach dem Gesetzbuch über das Strafverfahren zulässigen Art nachgewiesen werden kann.

Wenn auch nicht der Entstehungszeit nach das jüngste der partikular-deutschen Strafgesetzbücher, so doch von grösstem Einflusse für die Herausbildung unseres modernen Rechts war das Strafgesetzbuch für die preussischen Staaten vom 14. April 1851. Dasselbe behandelt in dem XIII. Titel des II. Theiles die „Verletzungen der Ehre“ und unter diesen neben der Beleidigung ein als Verleumdung bezeichnetes Delikt (§ 156), dessen sich schuldig macht, „wer in Beziehung auf einen Andern unwahre Thatsachen behauptet oder verbreitet, welche denselben in der öffentlichen Meinung dem Hasse oder der Verachtung aussetzen.“ Die im Bisherigen beobachteten Bestrebungen finden auch in dieser Bestimmung ihren Ausdruck, allerdings in etwas anderer Form.

In den verschiedenen, im Vorstehenden aufgeführten Strafgesetzbüchern war nämlich meist das Merkmal der wissentlichen Unwahrheit für die Verleumdung noch ausdrücklich aufrecht erhalten; daneben aber war durch Sonderbestimmungen in mehr oder minder weitgehender Weise und vielfach im Einzelnen von einander abweichend dem Bedürfnisse Rechnung getragen auch jene Fälle zu kriminalisieren und allerdings unter geringere Strafe zu stellen, wo bei Vorliegen der sonstigen Thatbestandsmerkmale der Verleumdung die nachgeredete Thatsache zwar nicht als wahr erwiesen, andererseits aber auch der Beweis der wissentlichen Unwahrheit nicht erbracht werden konnte.

Dem steht nun die sehr kurz gefasste Bestimmung des preussischen Strafgesetzbuches gegenüber: hier ist nur ein einheitlicher Verleumdungsbegriff gegeben und alle anderen Sonderbestimmungen oder Zusätze (wie solche die vorgenannten Strafgesetzbücher in der angegebenen Richtung gewählt haben) sind weggeblieben. Die Absicht ging hierbei

dahin, dem Verleumdungsbegriff selbst einen so weiten Spielraum zu geben, dass innerhalb desselben auch die unerweisliche, aber nicht wissentlich unwahre Nachrede getroffen würde. Allerdings war die im Gesetze gewählte Fassung eine missglückte. Nach dem Wortlaut des § 156 ist nämlich das Moment der Unwahrheit der behaupteten oder verbreiteten Thatsache mit in die Thatbestandszeichnung des Deliktes hineingezogen, so dass infolge dessen der dolus des Injurianten nach allgemeinen Grundsätzen auch auf dieses Merkmal des Thatbestands sich beziehen müsste. Diesen Fehler suchte die Interpretation (allerdings mit sehr zweifelhaftem Rechte) zu verbessern. Hälschner¹⁾ äussert sich dahin, dass es bezüglich des preussischen St.-G.-B. keinen Zweifel unterliegen könne, dass dieses zum Thatbestand der Verleumdung die bewusste Unwahrheit nicht fordere und die Unwahrheit der Thatsachen nur scheinbar als positives Moment des Thatbestands behandle, während die Absicht des Gesetzgebers nur die gewesen sei, die Strafbarkeit der Verleumdung durch die erweisliche Wahrheit der Thatsachen auszuschliessen, so dass also die Bestrafung der Verleumdung nicht durch die Unwahrheit, sondern nur durch die Unerweislichkeit der Thatsachen bedingt sei.

Das gleiche Ziel, unter Verbesserung der dem preussischen Strafgesetzbuch anhaftenden Mängel, verfolgte der dem norddeutschen Reichstage am 14. Februar 1870 vorgelegte Entwurf eines Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund, welcher ebenfalls nur zwei Vergehen: die Beleidigung und die Verleumdung (im weiteren Sinne) unterschied. In der Folge aber hat das aus diesem Entwurf hervorgegangene norddeutsche und spätere deutsche Reichs-Strafgesetzbuch, indem es drei Delikte unterscheidet: Die Beleidigung des § 185, die Beleidigung des § 186 (die sogen. üble Nachrede) und die verleumderische Beleidigung des § 187, den im Bisherigen verfolgten Entwicklungsgang zum Abschluss gebracht.

Die leitenden Gedanken jenes Entwurfs im Vergleich zu den daraus hervorgegangenen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs waren aber, näher betrachtet, folgende:

Der Entwurf des Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund hatte, wie vorhin erwähnt, in seinem 14. Abschnitte der in § 183 (nunmehr § 185 des R.-St.-G.-B.) vorgesehenen Beleidigung (der subjektiven Ehrenkränkung) lediglich das als „verleumderische Beleidigung“ bezeichnete Vergehen des § 184 gegenübergestellt, dessen

¹⁾ Preuss. Strafrecht Bd. III S. 274 ff., 279.

sich schuldig macht: „wer in Beziehung auf einen Anderen eine That-
sache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu
machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist,
sofern nicht diese Thatsache erweislich wahr ist.“ Die Thatbestands-
zeichnung dieser verleumderischen Beleidigung des Entwurfs stimmt
demnach wörtlich mit jener des § 186 des Reichstrafgesetzbuchs
überein, also mit demjenigen Delikte, welches das Reichsstrafgesetz-
buch schlechthin als „Beleidigung“ bezeichnet, und zusammen mit
der Beleidigung des § 185 der in § 187 mit strengerer Strafe be-
drohten und im engeren und eigentlichen Sinne gefassten verleum-
derischen Beleidigung gegenüberstellt.

In § 184 des Entwurfs war der gleiche Gedanke zum Ausdruck
gekommen, wie solcher dem § 156 des preussischen Strafgesetzbuchs
zu Grunde lag. Nur war jetzt die Fassung eine korrektere, indem
das Moment der Unwahrheit durch jenes der Unerweislichkeit ersetzt
und aus dem eigentlichen Thatbestand herausgezogen wurde. Die
Absicht ging dahin, innerhalb dieses weiteren Verleumdungsbegriffs
alle Arten von ehrenrührigen Nachreden zu treffen, mögen dieselben
in bloss leichtfertiger oder geradezu in böswilliger Behauptung oder Ver-
breitung nicht erweislich wahrer Thatsachen bestehen. Für die leicht-
teren Fälle war dabei noch insoferne Vorsorge getroffen, als bei Vor-
handensein mildernder Umstände ein besonderer ermässigter Strafraum
platzgreifen sollte.

Es waren also in der That eigentlich zwei Vergehen in diesem
einen Deliktsbegriff zusammengefasst, die Verleumdung im eigentlichen
Sinne, wie sie im Volksbewusstsein und Volksmund lebt, als die
wissentlich unwahre Behauptung ehrenrühriger Thatsachen, sowie
andererseits alle übrigen beleidigenden Nachreden, die zwar nicht be-
wusst unwahr sind, deren Wahrheit aber auch nicht erweislich ist.

Diese beiden Gruppen zusammen sollten als verleumderische
Beleidigung gelten.

Lag nun auch in der präziseren Fassung des Entwurfs an sich
ein grosser Fortschritt gegenüber allen übrigen Strafgesetzbüchern, so
konnte trotzdem diese Bestimmung nur als Durchgangsstadium erscheinen.
In ihr erhielt das im Vorstehenden durch die Reihe der verschiedenen
partikularen Strafgesetzbücher hindurch beobachtete Bestreben, die
kriminelle Bestrafung der ehrenrührigen Nachreden unabhängig von
dem Beweise der wissentlichen Unwahrheit zu gestalten, seinen klarsten
und schärfsten Ausdruck und zwar zeigt sich hier die Entwicklung einer
dritten Beleidigungsart aus dem Verleumdungsbegriffe heraus bereits

derart vorgeschritten, dass es nur einer Zerlegung des letzteren in seine beiden, in ungeeigneter Weise zusammengefassten Bestandteile bedurfte, um zu einem zweckentsprechenden Abschlusse zu gelangen, wie dies denn auch bei der Beratung und Beschlussfassung über § 184 des Entwurfes im norddeutschen Reichstage erreicht wurde.

Die dem Entwurf beigegebenen Motive und ebenso der Berichterstatter im Reichstage, Abgeordneter Meyer (Thorn), hatten die Bedeutung und Tragweite des § 184, sowie die Gründe für die Fassung desselben in's klarste Licht gestellt. Dabei wurde besonders darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem erweiterten Verleumdungsbegriffe nicht etwa um eine Verrückung der gemeinrechtlichen Prinzipien von *dolus* und *culpa* handle, sondern um die Auffindung einer neuen und von den hergebrachten Definitionen und Auffassungen abweichenden Basis dieses Deliktes, wie solche durch die Ausdehnung des modernen Verkehrs und vor allem der modernen Presse bedingt sei. Niemand solle Thatsachen, welche einen Anderen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind, behaupten oder verbreiten dürfen, wenn er nicht auch im Stande sei, jeder Zeit seine Behauptung zu vertreten und die Beweise für dieselbe beizubringen. Hiemit war dokumentiert, dass man das Bedürfnis fühlte und anerkannte, in ausgedehnterem Masse Schutz und zwar insbesondere auch gegen die leichtfertigen ehrenrührigen Nachreden zu gewähren. Die Absicht, diesem Bedürfnisse Rechnung zu tragen, fand im Reichstage uneingeschränkte Zustimmung.

Mit Recht aber wandte sich die Opposition gegen die Zusammenfassung der böswilligen und der leichtfertigen ehrenrührigen Nachreden in einem einheitlichen Deliktsbegriff unter der gemeinsamen Bezeichnung „verleumderische Beleidigung“. Vor allem war es der Abgeordnete Lasker, der im Reichstage die Ansicht vertrat, dass es nicht für richtig und zulässig erachtet werden könne, innerhalb des sogenannten erweiterten Verleumdungsbegriffes zwei Vergehen unter dieselbe Strafe zu stellen, die weder nach der Volksmeinung noch nach den Vorgängen des gewöhnlichen Lebens, noch auch nach der moralischen Schätzung die gleiche Bedeutung hätten. Dieser Ansicht schloss sich auch der Reichstag an, und so wurde der Entwurf abgeändert entsprechend dem Antrage des Abgeordneten Lasker, welcher Trennung der beiden Vergehen bzw. Zerlegung des Inhaltes des § 184 des Entwurfs in zwei gesonderte Paragraphen verlangte.

Demzufolge wurde in das Strafgesetzbuch ein neuer Paragraph, nämlich § 184 a (§ 187 nach der jetzigen Textierung) eingeschaltet,

wonach mit strengerer Strafe derjenige bedroht ist, welcher „wider besseres Wissen in Beziehung auf einen Anderen unwahre Thatsachen behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder dessen Kredit zu gefährden geeignet sind“. Hiedurch war die Verleumdung wieder in ihrem eigentlichen, dem Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechendem Wesen zur Geltung gelangt, während der im Entwurf vorgeschlagene Thatbestand, nachdem nunmehr die Verleumdung im strengen Sinne aus ihm herausgeschält war, in richtiger Würdigung des denselben veranlassenden Bedürfnisses in § 184 (jetzt § 186), unter Hinweglassung der mildernden Umstände, unverändert bestehen blieb und zwischen der Beleidigung des § 183 (jetzt § 185) und der verleumderischen Beleidigung des § 184 a (jetzt § 187) seinen Platz fand unter der Benennung „Beleidigung“ schlechthin, da man nach dem Vorschlage Lasker's mit diesem allgemeinen Ausdrucke dieses jetzt in der Doktrin meist „üble Nachrede“ benannte Delikt am besten zu bezeichnen glaubte.

II. Abschnitt.

Allgemeiner Thatbestand der Ehrverletzung und Arten derselben.

Als Kollektivbezeichnung für die verschiedenen Arten der Ehrverletzung hat das Reichsstrafgesetzbuch seinem 14. Abschnitt die Überschrift „Beleidigung“ gegeben. Auch in der speziellen Benennung jeder einzelnen der darunter begriffenen Deliktsarten ist noch besonders auf diesen allgemeinen Gattungsnamen hingewiesen.

Diese Form der Benennung schon bringt zum Ausdruck, dass die verschiedenen hieher gehörigen Delikte, auch wenn sie im Einzelnen durch besondere Merkmale ausgezeichnet und von einander abgegrenzt sind, immerhin von einer gemeinsamen Basis ausgehen und in dieser auch gewisse gemeinsame Merkmale und Grundsätze finden.

Wenn darum auch die üble Nachrede — die Beleidigung des § 186 — im Gesetze eine nähere Präzisierung ihres spezifischen Thatbestandes erfahren hat, so kann dennoch bei ihrer Betrachtung nicht davon Umgang genommen werden, auf die allgemeinen Merkmale der Ehrverletzung zurückzugehen. Es erscheinen letztere durch die Thatbestandszeichnung des § 186 nur nach gewissen Richtungen besonders ausgeprägt, ergänzt und vervollständigt. Auch kann nur von jener gemeinsamen Grundlage ausgehend für die Stellung und Abgrenzung der üblen Nachrede im Verhältnis zu den übrigen Arten der Ehrverletzung das richtige Verständnis gewonnen werden.

§ 1. Die Ehre als Angriffsobjekt.

1. Das Angriffsobjekt einer jeden Art der Beleidigung ist das Rechtsgut der Ehre. Kaum irgend ein anderer Begriff des Rechts und speziell des Strafrechts ist schwerer zu definieren und grösserem Wechsel der Auffassung unterworfen, nicht bloss nach der Eigenart

und Kulturstufe der verschiedenen Völker, sondern auch nach der Vorstellung der Einzelnen.

Die verschiedene Auffassung der Ehre im römischen und im germanischen Rechte wurde schon oben im I. Abschnitt in ihren Grundzügen dargelegt.

Auch das moderne Recht ist zu einer einheitlichen Anschauung über den Begriff des Rechtsgutes der Ehre als Objekt eines rechtswidrigen kriminell-strafbaren Angriffs noch nicht gelangt. Das Reichsstrafgesetzbuch schweigt sich hierüber aus; es behandelt, wie Binding¹⁾ dies charakteristisch ausdrückt, „das Unbekannte als das Allbekannte“, so dass es der Wissenschaft und der Praxis überlassen ist, „dieses Ehren- und Beleidigungsblanket des positiven Rechts soweit möglich an der Hand seiner Satzungen, jedenfalls aus seinem Grundgedanken heraus zu füllen.“

Die verschiedenen Ansichten der Doktrin über die Ehre im Rechtssinn lassen sich in der Hauptsache auf zwei Gruppen zurückführen.

Die eine Richtung, welche früher und selbst bis tief in unser gegenwärtiges Jahrhundert herein die herrschende gewesen ist und auch noch heutzutage in der Wissenschaft, wie auch teilweise in der Praxis vertreten wird, geht davon aus, dass bei dem Begriff „Ehre“ stets an einem gewissen sittlichen Momente festgehalten werden müsse, mit anderen Worten, dass die Ehre von ihrem Zusammenhang mit dem sittlichen Wert der Persönlichkeit nicht losgetrennt werden dürfe, dass im Gegenteil gerade in diesem Momente der Ausgangs- und Angelpunkt und zugleich auch die Grenze für den rechtlichen Schutz der Ehre zu suchen sei.

Eine eingehende Darstellung und scharfsinnige Begründung hat diese Ansicht durch Hälschner gefunden in seinem „preuss. Strafrecht“ und von da herübergenommen und teilweise weiter ausgeführt in seinem Werke über „gemeines deutsches Strafrecht.“ Nach Hälschner handelt es sich bei dem Begriff „Ehre“ um ein im Bewusstsein sich reflektierendes Anerkanntsein der Persönlichkeit hinsichtlich ihres sittlichen Wertes. Dabei ist ihm die Ehre allerdings auch etwas äusseres, aber nur insoferne, als sie in der Anerkennung dieses sittlichen Wertes der Person ihr Dasein hat und im Bewusstsein eben dieser Anerkennung besessen wird.

¹⁾ Binding, „die Ehre im Rechtssinn und ihre Verletzbarkeit“ Rektoratsrede. Leipzig 1890 S. 23. 24.

Mit Hälschner im Grundgedanken übereinstimmend halten noch andere moderne Strafrechtslehrer daran fest, dass „die Ehre allein Bezug habe auf das sittliche Verhalten einer Person“, dass also eine Ehrverletzung nur dann vorliege, wenn der sittliche Wert der Person unmittelbar oder mittelbar in Abrede gestellt werde; so H. Meyer¹⁾, Dochow²⁾, v. Buri³⁾ und andere.

Diesen gegenüber steht eine zweite Auffassung der Ehre und Ehrverletzung, welche in v. Liszt⁴⁾, aber auch in Merkel, v. Wächter, Olshausen, Stenglein etc. ihre Hauptvertreter gefunden hat. Nach v. Liszt wird der Begriff der Ehre „nicht erschöpft durch die angeborene und unverlierbare „Menschenwürde“, aber auch nicht durch den rechtlich unfassbaren, so manchem unter den Rechtsgenossen fehlenden „sittlichen Wert“; sondern Ehre im heutigen Sinne ist „die der Stellung der Person im Kreise der Rechtsgenossen entsprechende persönliche Geltung“, und es wird dieser Begriff der Ehre begrenzt und bestimmt durch den Umfang und Inhalt des Pflichtenkreises, der mit jener Stellung gegeben ist.

Treffend wird diese Ansicht von Frank⁵⁾ verteidigt, der besonders hervorhebt, dass nach v. Liszt die Ehre einen höchstpersönlichen, durchaus individuellen Charakter trägt, wobei aber nicht das allgemein Sittliche ihr Masstab ist, sondern das Gesellschaftliche. „Ob man“, so fährt Frank fort, „schliesslich doch als letzte Quelle der Ehre die „Menschenwürde“, die „Sittlichkeit“ betrachten will, kann für das Strafrecht unerörtert bleiben. Denn dieses befasst sich nur mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, es trifft nicht die Sünde, die Immoralität, sondern das gesellschaftswidrige Verhalten.“ Es erscheint also nach dieser Ansicht der Ehrbegriff erweitert, insbesondere über die mehr oder minder willkürliche Beschränkung auf die sittliche Würdigkeit der Person ausgedehnt, und so allein vermag derselbe den Bedürfnissen des Lebens zu entsprechen. Nach jener engeren Auffassung könnten, wie Hälschner selbst ausdrücklich betont, Kundgebungen, welche den sittlichen Wert unberührt lassen, Äusserungen über körper-

1) Lehrbuch S. 589. — 2) In v. Holtzendorffs Hdb. III S. 337. — 3) G. S. XXVIII S. 233, XXXIII S. 422, ebenso seine Abhandlungen aus dem Jahre 1862. — 4) Lehrbuch S. 352. — 5) In Goldt. Archiv XXXV S. 42. — Die Ansicht v. Liszt's vertritt auch Kronecker G. S. XXXVIII S. 484. — Ihering „Zweck im Recht“ Bd. II S. 497 ff. u. 545 bezeichnet „Ehre“ als Rechtswert der Person, erklärt diesen Begriff etymologisch und grenzt ihn ab von den Begriffen „Achtung“ und „Würde“.

liche Mängel und Gebrechen, ungünstige Urteile über intellektuelle Anlagen und Fähigkeiten, über Geschicklichkeiten und Fertigkeiten, über literarische, künstlerische und gewerbliche Leistungen, wenn und soweit nicht der Thäter einen derartigen Vorwurf etwa als Mittel einer den sittlichen Wert einer Person missachtenden Verspottung benutzt, an sich und als solche, wie sehr sie auch geeignet sein mögen zu kränken, nicht als beleidigend betrachtet werden.

Besondere Erwähnung verdienen die Ausführungen Binding's über „die Ehre im Rechtssinn und ihre Verletzbarkeit“¹⁾, aus denen nachfolgende Sätze in kurzer Zusammenfassung hervorgehoben seien: Die Ehre ist, oder vielmehr nach ihr bemisst sich der rechtlich anerkannte Verkehrskurs eines Menschen. Der Wert aber, welcher den Kurs als das Mindestmass allgemeiner Achtungswürdigkeit bestimmt, ist nicht etwa in dem Mass des subjektiven Wertbewusstseins und ebensowenig in dem guten oder bösen Leumund des Menschen zu suchen, sondern er setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen: einem konstanten und einen variablen; der Erstere ist die angeborene Ehre, der spezifische Menschenwert als solcher, der Letztere dagegen die Ehre als ein wohl-erworbenes, individuell verschiedenes Gut, das sich aber nicht nach den natürlichen Gaben und Talenten der Person, sondern nach den Handlungen und Leistungen des Einzelnen richtet und insofern als erworbener Sozialwert bezeichnet werden darf. Die Leistungen des Einzelnen aber bestehen entweder in der Erfüllung der rechtlichen und sittlichen Pflichten oder darüber hinaus in der freien That zur Förderung der Gemeinschaft. Es gibt keine angeborene, sondern nur eine erworbene Unehre, und nur durch Pflichtverletzung, nicht durch Unterlassung der freien Grossthat kann sich Jemand beflecken. Demgemäss besteht heutzutage die Standesehre allein nur in der Erfüllung der besonderen Pflichten eines Berufsstandes neben allen anderen allgemeinen Pflichten. — Das ideale Rechtsgut der Ehre ist durch dritte Hand absolut unverletzbar. Die Beleidigung läuft gegen den Willen, der auf Ehre hält, und nötigt ihn die unehrenhafte Behandlung zu dulden. Diese der Beleidigung einzig wesentliche Verletzung ist nicht Ehr- sondern Willensverletzung, und, wenn einmal geschehen, ebensowenig wie jede andere Nötigung je wieder gut zu machen. Zwar kann die Beleidigung das Gefühl des Betroffenen schwer kränken, diese Gefühlskränkung ist aber der Beleidigung ganz unwesentlich und kann gerade so gut mögliche Wirkung anderer Verbrechen sein. Bei der

¹⁾ a. a. O. S. 24 ff.

üblen Nachrede und der Verleumdung verschärft sich die sogenannte Ehrverletzung dadurch, dass sie zugleich Rufgefährdung wird; repariert wird aber durch den hiezu einzig tauglichen Faktor, den Richter, nicht die Ehre, sondern nur der gute Name.

In diesen Darlegungen Binding's sind zweifellos viele richtige Gesichtspunkte scharf herausgehoben und kurz und treffend gekennzeichnet. Der Zweck und Rahmen der gegenwärtigen Abhandlung gestattet es aber nicht, in eine nähere Kritik und überhaupt nicht in eine vergleichende Besprechung der verschiedenen Ansichten über Ehre und Ehrverletzung einzugehen. Es möge vielmehr genügen, wenn im Vorstehenden die wichtigsten Auffassungen kurz charakterisiert wurden, und der eigenen Auffassung dahin Ausdruck gegeben wird, dass unter Ehre nicht der unsichtbare innere Wert oder die sittliche Würde des Menschen, auch nicht bloss die Achtung, welche jedem Bürger als solchem zukommt, zu verstehen ist, sondern dass dieselbe zwar auf der allgemein menschlichen und der gemeinen bürgerlichen, darüber hinausgehend aber auch auf der besonderen sozialen Geltung der Person beruht und zugleich begrenzt und bestimmt wird durch den Umfang und Inhalt des Pflichtenkreises, welcher mit der Stellung der einzelnen Person innerhalb der Gesellschaft gegeben ist.

Aufgabe des Strafrechts ist es, gegen die Verletzung dieser Geltung zu reagieren und die Ehre der Person als ihren Anspruch auf Nichtverletzung der ihr zukommenden Achtung zu schützen, mithin jede rechtswidrige Kundgebung der Nichtachtung wie auch jede ungerechtfertigte Nachrede verächtlichmachender oder herabwürdigender Thatsachen als Antastung dieses Rechtsguts zu ahnden.

2. Aus dieser Auffassung der Ehre ergibt sich mit Notwendigkeit, dass jeder lebende Mensch als solcher, aber auch nur er Anspruch auf Ehre hat, und dass diese Ehre weder durch eigene Handlungen völlig verloren, noch auch durch Massnahmen dritter Personen, namentlich des Staates, gänzlich entzogen werden kann. Die allgemeine Menschenwürde ist und bleibt unentziehbar, auch die gemeine bürgerliche Ehre kann nach unserem geltenden Recht nicht in ihrer Totalität verloren gehen, sondern es können nur bestimmte bürgerliche Ehrenrechte dauernd oder auf Zeit entzogen werden. (§ 31, 33, 34, St.-G.-B.)

Auch unzurechnungsfähige Personen und Kinder sind Träger des Rechtsguts der Ehre¹⁾; dagegen ist eine Beleidigung eines bereits Ver-

¹⁾ Auch ihnen gegenüber kann eine Ehrverletzung begangen werden, da es zum Vorhandensein einer solchen nicht erforderlich ist, dass der Beleidigte das Bewusstsein der Ehre besitzt und sich auch in der That gekränkt gefühlt hat.

storbenen unmöglich. Letzteres war zwar lange Zeit kontrovers, muss aber notwendig aus dem hier vertretenen Begriff der Ehre gefolgert werden. Für den Toten gibt es weder eine allgemein menschliche noch eine bürgerliche bzw. besondere soziale Stellung und Geltung, also keine Ehre mehr. Wenn das Strafgesetzbuch in § 189 die verleumderische Beschimpfung des Andenkens eines Verstorbenen mit Strafe bedroht, so geschieht dies von der Anschauung ausgehend, dass durch eine derartige Verleumdung die Ehre der durch die nächsten Angehörigen repräsentierten Familie des Verstorbenen als verletzt erscheint.

Ob allerdings eine Kollektivpersönlichkeit als solche Gegenstand einer strafbaren Ehrverletzung sein könne, ist wiederum eine sehr bestrittene Frage; doch herrscht wenigstens insoweit ziemliche Übereinstimmung, als anerkannt wird, dass nach unserem positiven Recht nur die Ehre des Einzelindividuums geschützt ist, mit einigen ausdrücklich im Reichsstrafgesetzbuch vorgesehenen Ausnahmen, welche die Beleidigung von Behörden, politischen Körperschaften und Religionsgesellschaften betreffen, wie auch den Schutz der Familie gegen Beschimpfung des Andenkens eines verstorbenen Familiengliedes. (§ 196, 197, 189 l. c.)

Die weitere Frage, ob einzelne Personen durch eine Kollektivbezeichnung beleidigt werden können, wird meist übereinstimmend dahin beantwortet, dass hierüber kein Zweifel bestehe, sobald nur und insoweit durch die Kollektivbezeichnung bestimmte einzelne Personen in erkennbarer Weise getroffen sind. Für diesen Fall liegt in der That kein Grund vor, eine strafbare Beleidigung nicht anzunehmen. Denn es muss für die rechtliche Beurteilung im allgemeinen irrelevant sein, ob der Injuriant die einzelnen Personen auch einzeln aufführt, oder dieselben mit einer Gesamtbezeichnung benennt und in dieser ersichtlich gegen die Einzelnen seinen ehrverletzenden Angriff richtet. Sollen gewisse der bezeichneten Gesamtheit angehörige Personen ausgenommen sein, so sind diese besonders erkennbar zu machen. Es ist nicht

(vergl. II. Abschn. § 3. Ziffer 4.) — v. Liszt vertritt bezüglich der Geisteskranken die nämliche Ansicht, während er die Möglichkeit der Beleidigung eines Kindes erst dann annimmt, wenn dieses in irgend einen Pflichtenkreis, etwa in die Schule, eintritt und das Bewusstsein dieser Pflichten besitzt. Letzterer Auffassung dürfte entgegen zu halten sein, dass es rechtlich wohl gleich geachtet werden muss, ob Pflichten und das Bewusstsein der Pflichten noch nicht, oder, wie beim Geisteskranken, nicht mehr vorhanden sind.

gerade notwendig, dass der Kreis, der durch die Kollektivbezeichnung zusammengefassten Personen ein eng begrenzter sei; immerhin können aber bei weitem Umfänge des Gesamtbegriffs leicht erhebliche Zweifel an der erforderlichen Bestimmtheit des angegriffenen Objekts und dem darauf bezüglichen Vorsatz des Beleidigers entstehen, und müssen hier die Art der Kundgebung und die speziellen Umstände des konkreten Falls besonders ins Auge gefasst werden. Bloss allgemeine Bezeichnungen, welche nicht die unmittelbare Richtung gegen alle bzw. einzelne Mitglieder der betreffenden Individuengruppe ersehen lassen, welche etwa nur ein allgemeines Urteil über einen bestimmten Personenkreis enthalten (z. B. eine abfällige Äusserung über Ziele und Bestrebungen einer politischen Partei), sind nicht geeignet, als eine strafbare Ehrverletzung seitens der einzelnen Glieder jener Gesamtgruppe aufgefasst und verfolgt zu werden.

§ 2. Der Beleidigungsvorsatz.

Das Wesen einer jeden Beleidigung besteht, ganz allgemein gesprochen, in irgend einem Handeln, welches einen Angriff gegen die Ehre eines Anderen enthält. Hinsichtlich des Willensmomentes ist dabei erforderlich: die Vorsätzlichkeit der Verübung. Ein bloss aus Fahrlässigkeit begangenes beleidigendes Verhalten ist zwar an sich denkbar, jedoch nicht kriminell strafbar.

In Betreff der Art des erforderlichen Dolus aber gingen die Ansichten früher und gehen sie teilweise noch heute auseinander.

Man glaubte nämlich vielfach eine besondere „Absicht zu beleidigen“ fordern zu müssen, wofür man den Ausdruck „animus iniuriandi“ gebrauchte. Darnach sollte der einfache Dolus als der Wille zur Vornahme einer Handlung, begleitet von dem Bewusstsein ihrer verletzenden Kausalität, nicht genügen, sondern es sollte der Wille noch besonders gerade auf die Ehrenkränkung als Zweck und Endziel der Handlung gerichtet sein müssen¹⁾.

1) Übrigens war ein animus iniuriandi in diesem Sinne selbst im römischen Recht nicht verlangt; es war nur gefordert, dass die Handlung in dem Bewusstsein vorgenommen wurde, dass sie eine Missachtung der fremden Persönlichkeit enthalte, vergl. Windscheid Pand. Bd. II § 472 Anm. 1.; Dernburg Pand. Bd. II § 137 sub. a.

Diese Auffassung ist in solcher Uneingeschränktheit in der Wissenschaft wie in der Praxis schon seit längerer Zeit aufgegeben. Trotzdem aber wirft sie ihre Schatten selbst noch in die neueste Zeit hinein.

Unter Anderen verlangt Hälschner¹⁾, dass der Dolus bei der Beleidigung als Absicht zu beleidigen, als „animus iniuriandi“ erscheine, und zwar will er hierunter die Absicht verstehen, „die Missachtung eines Anderen in rechtswidriger Weise kund zu thun“. Wenn sonach Hälschner den erforderlichen Dolus als „Absicht zu beleidigen“ formuliert, so ist immerhin zu beachten, dass derselbe unter der „Absicht“ nicht sowohl das eigentliche Tendenzmoment im Willen, das Strebziel des Handelns versteht, sondern ausdrücklich betont, dass der Dolus bei der Beleidigung nicht mehr erfordere als eine vorsätzliche Thätigkeit, die mit dem Bewusstsein, dass sie geeignet sei, zu beleidigen, und mit der Willensbestimmung, dies zu thun, verübt wurde; mit dem Bewusstsein dieser Bedeutung einer beleidigenden Kundgebung sei aber unvermeidlich auch der rechtswidrige Wille, die Absicht, verbunden, dass die Missachtung kund werde und zwar kund werde als eine beleidigende; dagegen dürfe der animus iniuriandi nicht noch jenseits dieser Absicht in dem Zweck des Thäters, etwa in der Befriedigung gesucht werden, die diesem aus dem Bewusstsein erwächst, dass der Beleidigte sich an seiner Ehre gekränkt fühlt. Aber auch in dieser von Hälschner gebrauchten Bedeutung darf für die Beleidigung die „Absicht zu beleidigen“ nicht gefordert werden.

Verschiedene Kriminalisten bezeichnen ebenfalls den Dolus bei der Beleidigung als animus iniuriandi, ohne jedoch hiemit die Bedeutung einer spezifischen Beleidigungsabsicht zu verbinden.

Eine teilweise abweichende Stellung nimmt die Praxis des Reichsgerichts ein²⁾. Zwar ist auch hier für die Beleidigung im allgemeinen das Erfordernis der „Absicht zu beleidigen“ fallen gelassen; in gewissen Fällen aber (nämlich bezüglich § 192 und § 193 in fine) soll es trotzdem gerade auf die besondere Beleidigungsabsicht ankommen. Allein auch dies kann nicht zugegeben werden. Grundsätzlich und in der Regel ist zum Dolus nicht erforderlich, dass die verletzende Kausalität des Thuns vom Thäter beabsichtigt, das treibende Motiv und der Zweck

¹⁾ D. Str. Bd. II. S. 175 ff. — Gegen ihn insbes. Frank a. a. O. S. 44.

²⁾ Urteil vom 16. März 1880 E. I 317 und viele andere. Ebenso auch fast durchgängig die Praxis des Oberlandesgerichts München. — Dieser Auffassung sind jedoch mit eingehender Begründung entgegengetreten insbesondere: John Zeitschr. f. d. ges. Strafrechtsw. I S. 277 ff. spez. S. 292 ff.; Kronecker a. a. O. S. 525 ff.; Frank a. a. O. S. 36; Wilhelm Dissert. Strassburg 1890 S. 59 ff. S. 66 u. a.

seines Handelns war. Wenn daher noch eine Absicht in diesem Sinne als notwendige Voraussetzung der Beleidigung überhaupt oder auch nur einzelner Fälle derselben zum Vorsatz hinzutreten müsste, so hätte es hierzu einer positiven Anordnung im Gesetze bedurft, wie dies auch bei verschiedenen anderen Delikten geschehen ist (so bei der Entführung § 236, beim Diebstahl § 242, beim Betrug § 263 etc.). Ein solches Erfordernis ist jedoch bei der Beleidigung nicht aufgestellt und darf auch nicht aus den Schlussworten der §§ 192 und 193 gefolgert werden; im Gegenteil, gerade hier wurde der Ausdruck „Absicht zu beleidigen“, wie solchen das preussische Strafgesetzbuch an dieser Stelle (§ 154) gewählt hatte, vermieden und durch eine andere Fassung ersetzt. Darum bedarf es nach richtiger Ansicht¹⁾ für keinen Fall der Beleidigung einer „besonderen Absicht“ zu beleidigen“. Überall genügt der einfache Dolus, es genügt, wenn der Wille des Injurianten dahin gerichtet war, die Handlung und Äusserung, von der er weiss, dass dieselbe die Ehre einer anderen Person zu verletzen geeignet ist, kund zu geben, gleichgiltig, ob die Ehrenkränkung der Zweck des Handelns oder vielleicht gar nicht erwünscht, aber doch wissentlich mit in Kauf genommen war, als Mittel zu irgend einem anderen Zweck.

Daneben muss aber der Vorsatz des Beleidigers auch das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit der Verhaltens in sich schliessen, was später (sub § 4) näher zu erörtern und zu begründen sein wird.

§ 3. Ehrenkränkendes Verhalten.

1. Zur Beleidigung ist weiter erforderlich ein ehrenkränkendes Verhalten. Diesem Erfordernis kann in den verschiedensten Formen entsprochen werden durch mündliche und schriftliche Worte, durch Gebarden, durch Thätlichkeiten etc. Für die üble Nachrede und die Verleumdung ist in gewisser Richtung eine besondere gesetzliche Charakterisierung gegeben; im allgemeinen aber kann die Beleidigung durch jede Äusserung, Handlung oder auch Unterlassung objektiviert werden, insofern dieselbe geeignet ist, die Ehre eines Anderen zu verletzen.

Ob einem Verhalten diese Eigenschaft zukommt, lässt sich nicht schlechthin und allgemein bestimmen nach einem objektiven für immer und für alle Fälle geltenden Masstab; es ist dies vielmehr in jedem konkreten Falle eine Frage der thatsächlichen Feststellung, wobei ge-

¹⁾ So namentlich v. Liszt S. 356 und Olshausen Komm. ad. § 185 u. 193.

rade auf die jeweiligen, besonderen Umstände Rücksicht zu nehmen ist: nicht nur auf Stand, Bildung, Verhältnis der betreffenden Personen zu einander, sondern auch auf Veranlassung und Zweck, Ort und Zeit, auf die allgemeine Volksansicht, sowie insbesondere auf die Anschauungsweise und Gewohnheit der betreffenden Gesellschaftskreise.

Es giebt keine Kundgebung, welche von vorneherein als unter allen Umständen injuriös erscheint; es giebt keine sogenannten absolute, oder, wie man sie auch nennt, objektive Injurien.¹⁾

Es kann recht wohl ein Verhalten, das insgemein als nicht beleidigend, ja vielleicht sogar als Ehrenbezeugung gelten mag, rücksichtlich der besonderen Umstände und Verhältnisse als ehrenkränkend erscheinen und dem Beleidiger auch als solches bewusst sein; und ebenso kann es in umgekehrter Weise vorkommen, dass ein nach der allgemeinen Vorstellung ehrverletzendes Verhalten unter Umständen vorgenommen wurde, welche einen Beleidigungsvorsatz, wie überhaupt eine Beleidigung ausschliessen, sofern auch der Thäter sich bewusst war und darauf rechnen konnte, dass der Betroffene die, beispielsweise im Scherze gebrauchte, ehrenkränkende Äusserung auch in diesem Sinne auffassen werde. Es ist unrichtig, wenn von mancher Seite behauptet wird, dass in den erstgenannten Fällen eine besondere Beleidigungsabsicht hinzukommen müsste, damit das an sich nicht ehrenkränkende Verhalten zu einem injuriösen werde. Wenn eine solche spezifische Beleidigungsabsicht überhaupt nicht als notwendig erscheint (wie dies oben in § 2 erörtert wurde), so darf dieselbe auch hier nicht verlangt werden; und wenn der Injuriant die sogenannten absoluten Injurien als beleidigend erkennen und gebrauchen kann, ohne die besondere Beleidigungsabsicht, so ist nicht einzusehen, warum er nicht auch nach der besonderen Lage des Falls und rücksichtlich spezieller ihm bewusster Umstände den in concreto beleidigenden Charakter einer insgemein harmlosen Äusserung solle erkennen und dieselbe auch in diesem Sinne gebrauchen können, ohne dass noch die spezifische Beleidigungsabsicht hinzukommen müsste.

2. Der objektive Thatbestand der Beleidigung verlangt demnach irgend ein Verhalten, das geeignet ist, die Ehre eines Anderen zu verletzen. Dabei muss diejenige Person, gegen deren Ehre sich der Angriff richtet, selbstverständlich auch aus der Kundgebung des Injurianten ersichtlich werden. Zwar ist eine ausdrückliche Benennung derselben

¹⁾ Dies wird neuerdings wieder von Wilhelm a. a. O. S. 9 bestritten. — Über die im Text vertretene Ansicht vergl. insbes. O l s h a u s e n Komm. ad. § 185 n. 3.

nicht erforderlich und braucht jene Person dem Beleidiger auch gar nicht persönlich bekannt zu sein; doch muss es immerhin, wenigstens für den Beleidigten selbst, erkenntlich sein, auf wen das ehrenkränkende Verhalten hinzielt. Dagegen setzen die speziellen Fälle der üblen Nachrede und der Verleumdung voraus, dass für dritte Personen derjenige erkennbar sei, den die Kundgebung verächtlich zu machen oder herabzuwürdigen geeignet ist¹⁾.

Das injuriöse Verhalten des Beleidigers kann aber nicht nur unmittelbar die Kränkung der Ehre eines Anderen enthalten, sondern es kann sich auch aus der Natur einer bestimmten Injurie und den Umständen des konkreten Falles ergeben, dass durch die nämliche Kundgebung unmittelbar die Ehre der einen Person, zugleich aber auch mittelbar die Ehre einer anderen Person angegriffen wird; z. B. wenn A ein Schurke genannt wird, weil er den Beamten B bestochen habe, ist durch diese Äusserung nicht nur A, sondern auch der Beamte B beleidigt; beide Beleidigungen stünden in idealer Konkurrenz. In diesem Sinne spricht man auch heutzutage noch von mittelbaren Injurien²⁾.

3. Zu einer strafbaren Beleidigung genügt aber das ehrenkränkende Verhalten des Injurianten für sich allein noch nicht, es ist vielmehr auch die Kundmachung desselben in dem Sinne erforderlich, dass jenes Verhalten zur Kenntnis eines Anderen und zwar mit Wissen und Willen des Beleidigers gelangt ist. Abgesehen von den speziellen Fällen der üblen Nachrede und der Verleumdung bleibt es für die Beleidigung gleichgültig, ob die Kundgebung dem Beleidigten direkt gegenüber erfolgte, oder hinter dessen Rücken geschah und von irgend einem Dritten wahrgenommen wurde. Auch ist nicht notwendig, dass die Kenntnisnahme seitens einer ganz bestimmten Person im Vorsatz des Beleidigers lag bzw. dass gerade auch derjenigen Person das ehrenkränkende Verhalten kund geworden ist, welcher der Beleidiger es kundzugeben beabsichtigte, sondern es genügt, wenn nur überhaupt der Wille des Injurianten dahin ging, jenes Verhalten derart vorzunehmen, dass es zur Kenntnis eines Anderen gelangt. Darum genügt z. B. auch die

1) Vergl. III. Abschn. § 2.

2) Der Begriff der mittelbaren Beleidigung war im älteren deutschen und römischen Recht viel weiter ausgebildet und in anderem Sinne gebraucht als im modernen Recht. Man hatte nämlich für gewisse zu einander in näherer Beziehung stehende Personen eine Einheit der Ehre angenommen, so dass hieraus für jede der verbundenen Personen ein selbständiges Klagerecht entsprang, vergl. insbes. Köstlin, Abhandlungen 1858 S. 19, v. Wächter D. Str. S. 395 Beilage.

Kenntnisnahme seitens des Telegraphenbeamten von dem Inhalt einer Depesche, oder des Briefträgers bezüglich einer offenen Postkarte.

4. Bereits mit der ehrenkränkenden Kundgebung und mit der Kenntnisnahme derselben seitens irgend einer Person ist der Thatbestand erfüllt und die Beleidigung vollendet. Darum darf zur Beleidigung nicht als notwendige Voraussetzung verlangt werden, dass der Injurierte die Ehrenkränkung als solche empfunden oder durch sie bei dritten Personen an seiner Ehre Schaden gelitten habe.

Kann doch auch derjenige beleidigt werden, welcher die Ehrenkränkung in eigener Person gar nicht wahrnehmen kann (weil er z. B. taub und blind ist), oder auch derjenige, bei dem ein Bewusstsein der Ehre überhaupt nicht vorhanden ist (z. B. ein Kind, oder ein Geisteskranker). Voraussetzung ist lediglich, dass überhaupt der Angriff sich gegen ein Objekt richtet, das Träger der Ehre in dem früher (§ 1) erörterten Sinne ist.

Auch ein Versuch der Beleidigung ist denkbar. Es kann mit der Kundgebung zwar begonnen, dieselbe aber unterbrochen und noch nicht soweit durchgeführt sein, dass bereits eine Ehrenkränkung darin zum vollständigen Ausdruck gebracht wäre. Auch kann durch Benutzung eines untauglichen Mittels ein Versuch in der Form des fehlgeschlagenen Verbrechens vorkommen (z. B. man hält eine Äußerung für beleidigend, während sie nach ihrer allgemeinen Bedeutung, wie auch nach Lage des besonderen Falls nicht geeignet ist, eine Ehrenkränkung zum Ausdruck zu bringen). Nach dem Reichsstrafgesetzbuch ist aber die im Versuch stehen gebliebene Beleidigung nicht strafbar, da die Beleidigung nicht zu denjenigen Vergehen gehört, bei welchen das Gesetz ausdrücklich die Bestrafung des Versuchs angeordnet hat.

§ 4. Rechtswidrigkeit des Verhaltens.

Damit ein strafbares Vergehen der Beleidigung vorliegt, muss das Verhalten des Injurianten nicht nur ein ehrenkränkendes, sondern zugleich auch ein rechtswidriges sein. Es darf mithin nicht ein besonderer Grund vorliegen, durch den die objektive Rechtswidrigkeit und damit die Strafbarkeit der sonst normwidrigen Handlung ausgeschlossen würde.

Die Lehre von der Rechtswidrigkeit der strafbaren Handlung und von den Gründen ihres Wegfalls hat nun aber im Reichsstrafgesetzbuch eine einheitliche und konsequente Behandlung nicht gefunden.

Als Hinderungsgrund der Rechtswidrigkeit ist im allgemeinen Teil des Strafgesetzbuchs nur die Notwehr¹⁾ hervorgehoben; die übrigen Gründe sind aus anderen Rechtsteilen und aus allgemeinen Rechtsnormen zu ergänzen. Beim Vergehen der Beleidigung hat es aber der Gesetzgeber (wohl aus Zweckmässigkeitsgründen) für geboten erachtet, auf die allgemeine Regel, dass die Rechtswidrigkeit Begriffsmerkmal eines jeden Deliktes sei, noch besonders hinzuweisen, indem er in § 193 unter ausdrücklicher Verweisung auf ähnliche Fälle eine Reihe von Momenten aufführt, welche die Rechtswidrigkeit ausschliessen, insoweit nicht aus der Form der Äusserung oder aus den Umständen, unter denen sie geschah, eine Überschreitung der Berechtigung und hiedurch das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgeht²⁾.

Es fragt sich nun aber weiter, ob schon die objektive Rechtswidrigkeit des ehrenkränkenden Verhaltens, oder (negativ gesprochen) das Nichtvorhandensein eines Rechtfertigungsgrundes zur Erfüllung des Thatbestands der Beleidigung genüge, oder ob hiezu nicht auch erfordert werde, dass der Dolus des Injurianten das Moment der Rechtswidrigkeit mit umfasse.

Vorerst ganz abgesehen von der Beleidigung bestehen in betreff der Frage, ob überall oder ob nur bei einzelnen Delikten der Dolus

1) Viele Kriminalisten (auch v. Liszt) rechnen auch den Notstand hieher. Aber kaum mit Recht, da der Notstand nicht sowohl die objektive Rechtswidrigkeit als vielmehr nur die Zurechnung der an sich rechtswidrigen Handlung zur Willensschuld und hiemit die Strafbarkeit ausschliesst.

2) § 193 gehört zu den bestrittensten Bestimmungen des Strafgesetzbuchs. Die im Text dargelegte Auffassung, vor allem auch die Interpretation des Schlussatzes, der, wie an früherer Stelle (sub. § 2) bereits erwähnt ist, vielfach unrichtig mit dem Erfordernis einer besonderen „Absicht zu beleidigen“ in Verbindung gebracht wird, ist unter Anderen vertreten durch v. Liszt (Lehrbuch S. 356), John a. a. O. S. 277 ff. Gegen letzteren wandte sich v. Buri (G. S. XXXIII S. 421 ff.) Derselbe geht von der Ansicht aus, dass kein allgemeiner Rechtsatz existiere, wonach man sich einer an und für sich strafbaren Handlung zur Geltendmachung seiner Rechte straflos bedienen dürfe; hiezu sei eine besondere gesetzliche Sanktion erforderlich, die in § 193 erteilt sei, dessen Tendenz dahin gehe, einer Handlung, welche andernfalls eine strafbare Beleidigung wäre, Straflosigkeit zuzusichern, welche letztere aber in Wegfall kommen solle, wenn sich aus der Form der Äusserung etc. das Vorhandensein einer Beleidigung d. i. der Absicht zu beleidigen ergäbe. — Diese Auffassung ist wiederum bekämpft und widerlegt durch Frank a. a. O. S. 36 ff. — Verschiedene grössere Abhandlungen beschäftigen sich ausschliesslich mit der Frage der Rechtswidrigkeit der Beleidigung und der Interpretation des § 193, so insbes. Kronecker a. a. O. und Wilhelm a. a. O.

auch das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit in sich schliessen müsse, zwei einander direkt entgegenstehende Ansichten. Auf der einen Seite fordern nämlich viele Kriminalisten ¹⁾ grundsätzlich und bei allen vorsätzlichen Delikten zur Annahme der Schuld auch das Bewusstsein des Thäters von der Rechtswidrigkeit seines Handelns, wobei dieselben aber in der Begründung und näheren Charakterisierung dieses Erfordernisses sehr erheblich von einander abweichen.

Demgegenüber behauptet eine zweite Ansicht ²⁾, die wohl vom Standpunkt des geltenden Rechtes in Hinblick auf § 59 des Reichsstrafgesetzbuchs die richtigere sein dürfte, dass das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit oder geradezu der Strafbarkeit eines Thuns für die Annahme oder Nichtannahme der Schuld grundsätzlich gleichgültig sei, dass vielmehr der Dolus nur dann dieses Moment mit umfassen müsse, wenn und insoweit der Gesetzgeber das Merkmal der Rechtswidrigkeit in den besonderen Thatbestand eines bestimmten Deliktes aufgenommen habe. Ob letzteres der Fall ist, lässt sich bei den meisten Delikten schon aus dem Wortlaut der gesetzlichen Thatbestandszeichnung (aus dem hier beigefügten „rechtswidrig“, „widerrechtlich“, „unbefugt“ etc.) erkennen.

Gerade bei der Beleidigung aber ergeben sich hier besondere Schwierigkeiten.

Die Ansicht der Mehrzahl der Kriminalisten, soweit diese die obige zweite Auffassung vertreten, geht dahin, dass bei der Beleidigung das Moment der Rechtswidrigkeit nicht in den gesetzlichen Thatbestand aufgenommen worden sei und daher auch das Bewusstsein des Injurianten dies Moment nicht zu begreifen brauche. Diese Ansicht ist aber meines Erachtens unrichtig.

Zwar muss zugegeben werden, dass das Gesetz bei der Beleidigung nicht in der sonst von ihm gebrauchten Weise durch den kurzen Beisatz „rechtswidrig“ oder „widerrechtlich“ innerhalb der Thatbestandszeichnung des Deliktes das Merkmal der Rechtswidrigkeit zum Ausdruck gebracht hat. Dies ist aber sehr wohl erklärlich, wenn man beachtet, dass das Gesetz eine Definition des Vergehens der Beleidigung im allgemeinen gar nicht aufgestellt hat. Allerdings geben § 186 und § 187 eine nähere Spezialisierung der üblen Nachrede bzw. der Verleumdung; beide aber setzen gewisse Grundelemente des allgemeinen Beleidigungs

¹⁾ So Binding, Öttker, Olshausen u. A.

²⁾ Insbes. vertreten durch v. Liszt (S. 178 ff.), Lucas u. A., auch vom Reichsgericht in zahlreichen Erkenntnissen.

begriffes voraus und gerade diese sind im Gesetze nicht ausdrücklich aufgeführt.

Zur Ausfüllung dieser Lücke ist darum zunächst auf etwa anderweitig im Gesetz enthaltene Bestimmungen zu rekurriren. Und in der That findet sich eine solche Bestimmung, die gerade für die Frage nach dem Erfordernis der Rechtswidrigkeit als Thatbestandsmerkmal der Beleidigung von entscheidender Bedeutung sein dürfte, in dem schon erwähnten § 193 des Strafgesetzbuchs. Denn es ist ja, wie bereits dargethan wurde, die Tendenz des § 193, das Merkmal der Rechtswidrigkeit besonders hervorzuheben und zwar, entsprechend der Stellung dieses Paragraphen im Gesetze, an sich für alle Arten der Beleidigung. Das Eigentümliche ist nur, dass der Gesetzgeber dies Erfordernis nicht in der sonst üblichen kurzen Ausdrucksweise bei jeder einzelnen Beleidigungsart gesondert aufgeführt, sondern die Einschreibung eines besonderen Paragraphen vorgezogen hat, in welchem unter Anführung verschiedener und unter Bezugnahme auf ähnliche Fälle gesagt wird, dass überall, wo der Thäter ein Recht zu dem von ihm kundgegebenen ehrverletzenden Verhalten hatte, auch eine Beleidigung nicht vorliege, zum Vorhandensein einer Beleidigung vielmehr die Rechtswidrigkeit der Handlung erforderlich sei, wie solche insbesondere auch in jeder Überschreitung einer an sich gegebenen Berechtigung liege.

De lege ferenda mag allerdings dahin gestellt bleiben, ob man mit der Aufstellung des § 193 einen glücklichen Griff gethan hat. Da nun aber diese Bestimmung unseres Strafgesetzbuchs vorliegt, so darf man diesen Paragraphen nicht (wie dies häufig geschieht) für durchaus überflüssig erklären, sondern es muss auch ihm nach allen Richtungen entsprechende Würdigung zu teil werden. Eine wichtige Bedeutung desselben liegt aber meines Erachtens gerade darin, dass durch ihn in indirekter Weise die Rechtswidrigkeit als Merkmal des gesetzlichen Thatbestands im Sinne des § 59 des Strafgesetzbuchs für die strafbare Ehrverletzung statuiert ist, weshalb der Dolus sich auf dieses Thatbestandsmoment beziehen muss, und ein Irrtum des Thäters hierüber die Zurechnung zur Schuld ausschliessen würde.

§ 5. Arten der Ehrverletzung.

Verhältnis der üblen Nachrede zur Beleidigung des § 185
und zur verleumderischen Beleidigung des § 187.

Nachdem im Vorhergehenden in möglichster Beschränkung auf die hauptsächlichsten Punkte die einzelnen Thatbestandsmerkmale der Ehr-

verletzung aufgeführt und kurz erörtert worden sind, lässt sich der Begriff der Beleidigung im allgemeinen etwa dahin bestimmen, dass darunter jedes Verhalten (Handeln oder auch Unterlassen) einer Person fällt, wodurch das rechtlich geschützte Interesse eines Anderen an der ihm innerhalb der Gesellschaft zukommenden Geltung und Achtung (d. i. seine Ehre) in vorsätzlicher und rechtswidriger Weise verletzt wird.

Diese allgemeinen Merkmale der Ehrverletzung liegen auch der üblen Nachrede als einer speziellen Art der Beleidigung zu Grunde und gerade innerhalb dieses allgemeinen Rahmens ist nunmehr das Verhältnis der einzelnen Arten der Ehrverletzung zu einander zu untersuchen, und zwar vorerst die Stellung der üblen Nachrede gegenüber der Beleidigung des § 185, womit zugleich eine Begründung der Auffassung der üblen Nachrede als Beleidigung, wie sie das Gesetz bezeichnet, d. i. als Ehrverletzung, nicht als blosser Gefährdung der Ehre sich verbinden soll.

1. Wie schon des öfteren erwähnt, hat das Strafgesetzbuch das Vergehen des § 185 (Beleidigung i. e. S. oder subjektive Beleidigung) nicht näher definiert, der Beleidigung des § 186 (üble Nachrede) aber und der verleumderischen Beleidigung des § 187 eine besondere Charakterisierung gegeben. Bei dieser Sachlage ist es wohl das nächstliegende, den Inhalt des § 185, als die allgemeine, nicht näher umgrenzte Strafnorm innerhalb des umfassenden Beleidigungsbegriffes enthaltend, zunächst negativ zu bestimmen, sonach unter ihn alle diejenigen Fälle der Ehrverletzung zu rechnen, welche nicht die besonderen Merkmale des § 186 oder des § 187 an sich tragen.

Hiedurch ist sofort eine teilweise Feststellung des Anwendungsgebietes des § 185 ermöglicht. Derselbe umfasst nicht nur nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung die sämtlichen Realinjurien, sondern überhaupt jedes Verhalten, das eine persönliche Nichtachtung von seiten des Injurianten zum Ausdruck bringt, soweit dasselbe direkt und nur dem Beleidigten selbst gegenüber geschehen ist. Hingegen ehrenkränkende Kundgebungen, welche vor einem Dritten in Beziehung auf den Beleidigten gemacht wurden, fallen nur zu einem gewissen Teile unter § 185. Gerade in diesem Punkte wird eine scharfe Abgrenzung des Anwendungsgebietes der subjektiven Beleidigung (§ 185) gegenüber der üblen Nachrede (und der Verleumdung) notwendig.

Dem Wortlaut des Gesetzes gemäss ist derjenige, welcher in Beziehung auf einen Anderen eine Thatsache behauptet oder verbreitet,

welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, nach § 186 zu bestrafen, sofern nicht diese Thatsache erweislich wahr ist. Ohne schon jetzt auf die spezielle Bedeutung der einzelnen Merkmale dieser gesetzlichen Definition einzugehen, lässt sich sofort feststellen, dass hiernach das Gesetz innerhalb der Beleidigungen, welche in Beziehung auf einen Anderen geschehen sind, den Fall besonders hervorhebt, wo solche Beleidigungen mittels besonders qualifizierter Thatsachenbehauptungen vorgenommen wurden.

Nun lassen sich offenbar auch beleidigende Äusserungen Dritten gegenüber in Beziehung auf einen Anderen denken ohne solche Bezugnahme auf bestimmt qualifizierte Thatsachen. Derartige Kundgebungen sind sonach durch das Gesetz ausdrücklich von der Beleidigungsart des § 186 ausgeschlossen und deshalb unter die Fälle des § 185 einzurechnen.

2. Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, dass im Sinne des Strafgesetzbuchs innerhalb der Beleidigungen in Beziehung auf einen Anderen zwei Fälle auseinander zu halten sind, je nachdem die Beleidigung unter Bezugnahme auf Thatsachen bestimmter Art oder ohne solche Bezugnahme geschehen ist.

v. Liszt führt aber diese Unterscheidung noch weiter fort, indem er wiederum die Fälle der ersteren Art in zwei getrennte Gruppen zerlegt. Es soll nämlich innerhalb der ehrenkränkenden Thatsachenbehauptungen (oder Thatsachenverbreitungen) in Beziehung auf einen Anderen weiter zu scheiden sein zwischen solchen Thatsachenbehauptungen, welche zugleich den Ausdruck eines eigenen ehrverletzenden Urteils des Injurianten in sich schliessen, und solchen, welche dies nicht enthalten, sondern sich auf eine blossе Thatsachenerzählung beschränken, die aber derart geeigenschaftet ist, dass sie dritten, die Kundgebung vernehmenden, Personen als Grundlage für ihr eigenes Urteil dienen und diese hiedurch zur Missachtung des Injurierten veranlassen kann. Nur die Fälle der letzteren Art sollen für die üble Nachrede (bezw. die Verleumdung) übrig bleiben, während alle anderen Thatsachenbehauptungen in Beziehung auf einen Anderen unter § 185 ihren Platz zu finden hätten.

Hiedurch ist eine ganz bedeutende Einschränkung für die Anwendung der §§ 186 und 187 gegeben, was v. Liszt schliesslich zu der Ansicht führt, dass in der üblen Nachrede (wie auch in der Verleumdung) nur eine Gefährdung, nicht eine Verletzung der Ehre zu erblicken sei. Denn darin liegt ja das eigentümliche Wesen der

Gefährdungsdelikte, dass es zu ihrer Vollendung nur des Eintritts einer Gefahr, nicht der wirklichen Schädigung eines Rechtsguts bedarf¹⁾. Nun sollen aber, nach der Auffassung v. Liszt's, schon von vornherein alle jene Thatsachenbehauptungen, worin irgendwie ein sichtlicher Ausdruck eigener Missachtung und damit ein persönliches Urteil, ein direktes Antasten der Ehre des Anderen liegt, unter § 185 gestellt sein, und nur dann soll Bestrafung nach § 186 (oder § 187) eintreten dürfen, wenn kein solcher verletzender Ausdruck gegeben ist, sondern lediglich die nackte Thatsachenbehauptung, welche das für die Ehre gefährliche Material in sich birgt. Hieraus aber solle sich als notwendige Folgerung ergeben, dass eine solche blosser Thatsachenbehauptung nicht eine Verletzung der Ehre begründe, sondern nur eine Gefährdung derselben.

3. Kurz zusammengefasst kulminiert die vorstehend (sub 2) entwickelte Auffassung in zwei Punkten: erstlich werden hiedurch von den Beleidigungen durch Thatsachenbehauptungen in Beziehung auf einen Anderen (§§ 186 und 187) diejenigen Kundgebungen ausgeschieden, welche den Ausdruck eines eigenen abfälligen Urteils innerhalb der Thatsachenbehauptung enthalten, so dass diese nicht nach § 186 (bzw. § 187), sondern stets nach § 185 zu bestrafen wären; zum Anderen wird hieraus die Folgerung gezogen, dass die nunmehr übrigbleibenden Fälle der §§ 186 und 187 nur eine Gefährdung der Ehre bedeuten.

Nach beiden Richtungen hin kann aber dieser Anschauung nicht beigestimmt werden, abgesehen davon, dass die in jedem Falle erst klarzustellende Frage, ob eine reine Thatsachenbehauptung oder eine ein Urteil in sich schliessende Thatsachenbehauptung vorliegt, für die Praxis die grössten Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Dabei sei ausdrücklich hervorgehoben, dass es nicht etwa unwichtig und gleichgültig ist, ob eine Beleidigung nach § 185 oder eine solche nach § 186 angenommen werde, etwa weil der Strafrahmen der gleiche und die Benennung die nämliche ist. Es bedarf in dieser Hinsicht nur des Hinweises auf § 188, welcher nur für die Fälle der §§ 186 und 187, nicht auch für jene des § 185 die Zuerkennung einer an den Beleidigten zu entrichtenden Busse gestattet. Schon aus dieser Bestimmung wird ersichtlich, dass eine strenge

¹⁾ Vergl. Rohland „die Gefahr im Strafrecht“ Dorpat 1888 S. 7; v. Liszt Lehrb. S. 130. — Ob aber in der blossen Thatsachenbehauptung nicht an sich schon eine Verletzung der Ehre liegt, darüber hernach sub Z. 5.

Auseinanderhaltung der unter § 185 und der unter § 186 zu rechnenden Fälle der Beleidigung im Sinne des Gesetzgebers liegt und eine zu weite Ausdehnung des einen Deliktsbegriffs auf Kosten des Anderen unstatthaft ist.

4. Zur eingehenderen Widerlegung jener Anschauung ist zunächst die nach derselben sich ergebende Abgrenzung der Beleidigung des § 185 einerseits und jener des § 186 andererseits (das nämliche gilt natürlich auch für die verleumderische Beleidigung des § 187) in Betracht zu ziehen.

Dieselbe findet schon in dem klaren Wortlaut des Gesetzes keinerlei Rechtfertigung.

Das Gesetz spricht in § 186 lediglich von „Behaupten oder Verbreiten von Thatsachen“, ohne irgendwelchen Anhaltspunkt für eine weitere Unterscheidung zu geben, während es die Beleidigung des § 185 vollständig undefiniert gelassen hat. Allerdings ist es gerade der letztere Umstand, welcher der Wissenschaft freien Spielraum gibt, das Anwendungsgebiet des § 185 selbständig zu fixieren, aber doch nur innerhalb derjenigen Grenzen, welche das Gesetz offen gelassen hat, also nur insoweit als nicht die beiden anderen näher spezialisierten Beleidigungsarten platzgreifen.

Es mag dahin gestellt sein, ob es, wenn der Doktrin völlig freie Hand geblieben wäre, rationell und richtig gewesen wäre, die Scheidung so vorzunehmen, wie es die angegebene Anschauung thut; de lege lata ist sicher die hiedurch bewirkte Einschränkung des Anwendungsgebietes des § 186 eine unzulässige. Wenn ein Delikt vorliegt, welches in allen Punkten den Erfordernissen des § 186 entspricht, warum soll die Anwendung dieses Paragraphen gleichwohl um desswillen cessieren, weil die betreffende Thatsachenbehauptung zugleich auch den Ausdruck eines eigenen Urteils enthält? warum soll hier die Anwendung des § 188 und damit die Möglichkeit der Zuerkennung einer Busse ausgeschlossen sein? Wenn man wirklich die üble Nachrede in der Weise beschränken wollte und könnte, dass jeder Ausdruck eigenen Urteils ausgeschlossen wäre, so dürfte man im Falle eines derartigen Zusammentreffens den § 186 doch nicht sogleich von vorn herein beiseite schieben, sondern man müsste wenigstens eine ideale Konkurrenz beider Delikte, der üblen Nachrede des § 186 und der Beleidigung des § 185, annehmen.

Allerdings können nach allgemeinen Grundsätzen Gefährdungs- und Verletzungsdelikt bezüglich des nämlichen Rechtsgutes nicht ideal konkurrieren, sondern es müsste das Erstere von dem Letzteren

umschlossen und absorbiert werden¹⁾. Gerade bei der Beleidigung aber ist dies nicht zutreffend. Der Grund liegt in dem Wesen des Rechtsguts der Ehre. Das Rechtsgut ist als solches nur eine begriffliche Abstraktion; ein körperlicher Träger muss überall dahinter stehen und eben dieser Verkörperung gegenüber tritt der verbrecherische Angriff ins Dasein. So zeigt sich beispielsweise die Verletzung des Rechtsguts des Lebens, der Freiheit an dem betreffenden Menschen; die Verletzung des Eigentums an der betreffenden einer bestimmten Person gehörigen Sache; die Verletzung der staatlichen Autorität gegenüber den einzelnen Beamten etc. Auch das Rechtsgut der Ehre hat seinen persönlichen Träger. Das Eigentümliche ist hier nur, dass die Ehre sich nicht ausschliesslich in der Person des betreffenden Inhabers verkörpert, sondern sich nur in dieser und nach dieser bestimmt, um sodann von dieser Grundlage aus und stets auf dieselbe zurückzielend alle übrigen Personen zu durchdringen und gerade in dem Verhalten dieser übrigen Personen sich zu offenbaren, erst eigentlich zur Existenz zu gelangen. Es besitzt demnach eine Person ihre Ehre in dem Bewusstsein dieser ihr allseits zuerkannter Geltung, dieser ihr zukommenden gesellschaftlichen Stellung und Achtung.

Die notwendige Folge aber ist, dass die Ehre verletzt werden kann nicht nur dem betreffenden persönlichen Träger direkt gegenüber, sondern überhaupt allen Personen gegenüber, sofern nur die Beziehung auf jenen Inhaber derselben feststeht. Daher kommt es auch, dass die Verletzung der Ehre allein schon darin ihren Ausdruck findet, dass der Beleidiger sich mit dem gesellschaftlichen Wert einer bestimmten Person irgendwie in Widerspruch setzt und dieses sein ehrenkränkendes Verhalten zur Kenntnis irgend einer Person bringt. Da dies aber nicht nur der Beleidigte selbst, sondern überhaupt jede dritte Person sein kann, die Ehre aber auch in der Achtung von seiten aller dritten Personen liegt, so ist es eben die von dem Dritten wahrgenommene Kundgebung, welche nicht nur die Ehre verletzt, indem sie rücksichtlich des Angegriffenen die diesem zukommende Achtung beiseite setzt, sondern welche auch zugleich eine hohe Gefahr begründet, dass in den Augen jenes Dritten die Stellung und das Ansehen des Verletzten Schaden leidet.

Von diesen Gedanken ausgehend haben einige ältere Kriminalisten²⁾ neben der Ehre noch ein anderes Rechtsgut unterscheiden zu müssen

1) Rohland a. a. O. S. 38, Binding Handb. I. Bd. S. 368 ff.

2) Grolmann a. a. O. § 337 ff. u. A.; in der neueren Zeit insbesondere Rubo „zur Lehre von der Verleumdung.“ 1861.

geglaubt, das sie „guter Name“, „guter Ruf“ oder ähnlich benannten. Man mag ja diese Bezeichnungen gebrauchen, aber es ist ganz unrichtig, wenn man darunter, wie jene Schriftsteller, ein besonderes Rechtsgut mit selbständiger Bedeutung versteht. Es ist vielmehr das nämliche Rechtsgut der „Ehre“, welches sich dem Injurianten gegenüber, wie allen Anderen gegenüber äussert, und welches dieser durch seine Kundgebung verletzt und zugleich auch bei Anderen gefährdet.

Es ist zweifellos, dass auch innerhalb der unbestrittenenmassen unter § 185 zu rechnenden Fälle eine derartige Kombination von Verletzung und Gefährdung der Ehre eintreten kann: so besonders dann, wenn Jemand vor Dritten eine die Person eines Anderen beleidigende Äusserung unabhängig von einer Thatsachenbehauptung macht. Denn auch hier ist neben der erfolgten Verletzung der Ehre dieses Anderen zugleich die Gefahr gegeben, dass jene dritten Personen durch das geäusserte beleidigende Urteil selbst zu einer Nichtachtung des Betreffenden veranlasst werden.

Bedeutsam aber wird dies Zusammentreffen erst dann, wenn in der Kundgebung sämtliche Thatbestandsmerkmale des § 186 realisiert sind. Hier gilt, was im Obigen darzuthun versucht wurde, dass nämlich bei den Beleidigungsfällen Verletzung und Gefährdung der Ehre nebeneinander getrennt einhergehen können, ohne dass die Letztere von der Ersteren absorbiert würde. Es wäre in dem fraglichen Falle — einer ein Urteil in sich schliessenden Thatsachenbehauptung Dritten gegenüber — beiden Strafgesetzen (dem § 186 sowohl wie dem § 185) durch eine und dieselbe Kundgebung zuwidergehandelt, und zwar wären dies zwei Strafgesetze, die allerdings zum Schutz des nämlichen Rechtsguts bestimmt sind, aber einen teilweise zusammenfallenden, teilweise auseinandergehenden Thatbestand haben, da ja gerade für den Fall der üblen Nachrede der Ausdruck eigener Meinung ausgeschlossen sein soll. Hiermit liesse sich die Annahme einer idealen Konkurrenz beider Delikte rechtfertigen, und dieser Ausweg könnte auch allein nur die Anschauung betreffs der üblen Nachrede als Gefährdungsdelikt von den absurden Konsequenzen retten, wie solche Kronecker¹⁾ aus derselben gezogen und womit er die Unhaltbarkeit jener Ansicht darzuthun versucht hat.

Für diejenigen allerdings, welche die Möglichkeit einer idealen Konkurrenz im Verhältnis zwischen Gefährdungs- und Verletzungs-

¹⁾ G. S. XXXVIII S. 488.

delikt wie im allgemeinen, so auch bei den Beleidigungsfällen ausschliessen, würde gerade dieser Umstand m. E. den eigentlichen Grund und die juristische Rechtfertigung derjenigen Auffassung bilden, welche die „ein Urteil in sich schliessende Thatsachenbehauptung in Beziehung auf einen Anderen“ ausschliesslich unter § 185 stellt. Denn hiernach würde ja auch bei der Beleidigung das Gefährdungsdelikt in dem Verletzungsdelikt aufgehen, also das Delikt des § 186 (der ja lediglich auf das Gefährdungsdelikt sich beziehen soll), sobald dasselbe mit einem solchen nach § 185 zusammentrifft, von diesem absorbiert werden. Gerade diese Konsequenz aber lässt bei dem klaren Wortlaut des § 186, dem das Delikt des § 185 ohne jede gesetzliche Definition gegenüber steht, jene Auffassung als unzutreffend und unzulässig erscheinen.

Allerdings würden durch die Annahme einer idealen Konkurrenz, wie gezeigt, diese Schwierigkeiten teilweise umgangen werden; trotzdem aber darf jener Beschränkung des Anwendungsgebietes der üblen Nachrede und deren Konstruktion als Gefährdungsdelikt nicht zugestimmt werden.

5. Der springende Punkt liegt in der Frage, ob überhaupt die Äusserung einer Thatsache mit den speziellen Qualifikationsmerkmalen der üblen Nachrede in objektiver und subjektiver Beziehung denkbar ist, ohne dass darin zugleich, wenigstens indirekt, auch ein eigenes Urteil enthalten liegt: ein sich in Widerspruchsetzen mit der rechtlich geschützten Geltung der Person, eine Verletzung der Ehre.

Man muss nur stets im Auge behalten, dass beim Vorliegen einer strafbaren üblen Nachrede der Thäter nicht nur das Aussprechen der betreffenden Behauptung gewollt haben muss, sondern dass er stets sich auch der besonderen Qualifikation und Tragweite seiner Kundgebung, als einer den Anderen herabzuwürdigen oder verächtlich zu machen geeigneten Thatsachenbehauptung, im Augenblicke der Äusserung bewusst gewesen sein muss. Und wenn nun Jemand auf solche Weise, wie v. Liszt sagt, die Grundlage für das Urteil Anderer herbeigeschafft, diesen das Material mitgeteilt hat, welches sie zur Nichtachtung veranlassen kann, soll durch das Behaupten oder Verbreiten solchen, dem Thäter in seiner ganzen Bedeutung und Tragweite bewussten, Materials, soll durch solch vorsätzliches Untergraben der Ehre nicht zugleich auch eine Verletzung der Ehre bewirkt werden?

Die Frage, wann überhaupt die Verletzung eines Rechtsgutes gegeben ist, ist bei jedem Rechtsgut gesondert aus der Natur und dem Wesen desselben zu beantworten. Wann liegt also eine Verletzung

der Ehre vor? Fassen wir den Begriff „Ehre“ in dem gesellschaftlichen Sinne, wie er oben entwickelt wurde, wörtlich mit v. Liszt übereinstimmend „als die der Stellung im Kreise der Rechtsgenossen entsprechende persönliche Geltung“, so ist klar, dass eine Verletzung dieses Rechtsgutes in allen Kundgebungen liegt, welche irgendwie als mit dieser Geltung in Widerspruch stehend, sie im allgemeinen absprechend oder nach gewissen Seiten hin kürzend sich darstellen. Wenn Jemand in dieser Weise seine Nichtachtung direkt zum Ausdruck bringt, so ist dies zweifellos eine Verletzung der Ehre; es ist aber nicht einzusehen, warum die Ehrverletzung hierauf beschränkt sein, warum nicht auch darin eine Antastung jener sozialen Geltung der Person liegen soll, wenn über dieselbe irgendwelche Thatsachenbehauptungen aufgestellt werden, die derart gravierend sind, dass andere unbefangene Dritte daraus Anlass zur Nichtachtung jener Person schöpfen können. Durch eben diese Thatsachenbehauptungen an sich schon wird die gesellschaftliche Geltung des Angegriffenen von seiten des Injurianten angetastet. Der Behauptende für sich, für seine Person nimmt schon, figürlich gesprochen, von der jenem zukommenden Geltung etwas weg; er behauptet vorsätzlich und in vollem Bewusstsein ihrer Tragweite eine Thatsache, welche einen Mangel jenes persönlichen Wertes wenigstens nach einer bestimmten Seite in sich schliesst und wodurch den Anderen die Prämisse an die Hand gegeben ist, damit auch jene dies herausfinden und mit logischer Folgerichtigkeit den Schluss ziehen, wie dieser auch ihm, dem Injurianten, selbst bekannt und bewusst war, nämlich dass der Betreffende, wenn er solches gethan habe, nicht soviel Geltung und Achtung verdiene, als er thatsächlich genießt.

Wenn sonach der Beleidiger von einem Anderen eine Thatsache von der Art des § 186 behauptet, so muss in dieser Behauptung etwas Ehrenminderndes liegen, das jenem bewusst ist und das auch dritte Personen herausfinden können. Dadurch gerade, dass der Injuriant diese Qualifikation, welche seiner Behauptung, wenn auch nicht direkt ausgesprochen, doch in zwingender Weise inhäriert, kennt und trotzdem dieselbe kundthut, hat er die Ehre des Anderen verletzt; und dadurch, dass die Behauptung so geeigenschaftet ist, dass dritte Personen, denen er sie mitgeteilt hat, dies verletzende Moment herausfinden können, hat er die Ehre gefährdet. Nun ist allerdings der Fall denkbar, wo Jemand eine Gefährdung der Ehre hervorruft ohne zu verletzen. Dies kann aber nur dann eintreten, wenn dem Behauptenden diese gefährdende Eigenschaft seiner Äusserung nicht

bekannt und bewusst war; — für diesen Fall ist aber überhaupt keine strafbare Handlung gegeben.

Es liegt also m. E. in jeder Thatsachenbehauptung an sich schon, sofern sie die charakteristischen Merkmale der üblen Nachrede (oder der Verleumdung) in objektiver und subjektiver Beziehung an sich trägt und gerade weil sie diese an sich trägt, eine Verletzung der Ehre und zwar in dem Sinne, dass der Beleidiger in den durch die gesellschaftliche Stellung und Achtung des Angegriffenen charakterisierten Zustand eingreift¹⁾. Denn gerade in diesem Zustand repräsentiert sich das Rechtsgut der Ehre. Dieses verlangt allerdings als solches nicht positive Beweise der Anerkennung, wohl aber steht ihm als Korrelat eine negative Pflicht aller Übrigen gegenüber: sich einer jeden Handlung und Kundgebung zu enthalten, welche diesem rechtlich geschützten Zustande entgegensteht.

6. Noch schärfer und deutlicher tritt die Unhaltbarkeit jener Auffassung, welche die üble Nachrede als blosses Gefährdungsdelikt betrachtet, hervor, wenn man den weiten Begriff acceptiert, welchen einige Schriftsteller mit dem Ausdrücke „Thatsache“ verbinden. Auch v. Liszt²⁾ gibt diesem Ausdruck und zwar gerade an dieser Stelle die weiteste Bedeutung, so dass „nicht nur physische Thatsachen, sondern auch psychologische wie Eigenschaften, Ansichten und Absichten des Beleidigten“ darunter inbegriffen sind. Wie sollen hierbei noch mit Sicherheit die blossen Thatsachenbehauptung und die ein Urteil in sich schliessende Thatsachenbehauptung unterschieden und dabei noch so scharf auseinander gehalten werden können, dass sich hiernach zwei verschiedene Deliktsarten ergeben, von denen die eine als Gefährdungs-, die andere als Verletzungsdelikt erscheinen soll?

Gerade wenn man diesen weiten Thatsachenbegriff zu Grunde legt, muss noch sichtbarer hervortreten, dass in jeder Thatsachenbehauptung, sobald sie den übrigen Erfordernissen des § 186 ent-

1) Diese Ansicht vertritt auch Wilhelm a. a. O. S. 6 u. 7. Auch er weist ausdrücklich darauf hin, dass „das Behaupten und Verbreiten ehrenrühriger Thatsachen“ schon eine Ehrverletzung enthält, weil die soziale Geltung einer solchen Handlung gegenüber nicht mehr unversehrt ist, weil die Achtung wenigstens eines Einzigen aus der Gesellschaft als eine für den Zustand der Ehre vorausgesetzte Bedingung mangelt. Diese Handlungen haben allerdings auch einen Gefährdungscharakter (rücksichtlich der Gegenwart Dritter). „Überhaupt gebe es eigentlich gar keine vorsätzliche Gefährdung der Ehre, wo nicht schon eine Verletzung vorliegt.“

2) Lehrb. S. 359.

spricht, eine Verletzung der Ehre liegt. Wenn eine bestimmte Absicht, eine Ansicht, eine Eigenschaft des Beleidigten, allerdings unter Bezugnahme auf einen speziellen konkreten Vorgang behauptet werden, so sind dies doch lauter Dinge, bei denen das subjektive Moment, eine gewisse eigene Schlussfolgerung, das Urteil des Behauptenden schon der Natur der Sache nach hervortreten müssen, wenn dies äusserlich auch zurückgehalten und verschleiert sich darstellt.

7. Auch aus der Bestimmung des § 192 des R.-St.-G.-B. kann ein Argument gegen die Ansicht abgeleitet werden, welche den § 186 in der Weise beschränkt, dass Thatsachenbehauptungen, welche den Ausdruck eines eigenen Urteils enthalten, davon auszuscheiden und unter § 185 zu stellen seien.

§ 192 lautet wörtlich: „der Beweis der Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Thatsache schliesst die Bestrafung nach Vorschrift des § 185 nicht aus, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Behauptung oder Verbreitung oder den Umständen, unter denen sie geschah, hervorgeht.“¹⁾

Streng von der angegebenen Anschauung ausgehend würde sich ergeben, dass § 192 überhaupt nur für die von vorneherein unter § 185 fallenden Beleidigungen Bedeutung haben könnte, soweit es sich bei diesen um Thatsachenbehauptungen handelt. Nach jener Ansicht würden nämlich unter § 185 nicht nur diejenigen Thatsachenbehauptungen zu rechnen sein, welche direkt und nur dem Beleidigten gegenüber gemacht wurden, sondern auch solche, welche Dritten gegenüber in Beziehung auf den Injurierten geschehen sind, sofern dieselben den Ausdruck eines eigenen Urteils in sich schliessen. Bei denjenigen Behauptungen und Verbreitungen aber, welche unter § 186 fallen, muss der Injuriant sich auf die blosse Thatsachenerzählung, auf das die Ehre gefährdende Material beschränkt haben, ohne nur irgendwie sein eigenes Urteil erkennbar werden zu lassen, was sowohl im Inhalte wie insbesondere auch in der Form der Kundgebung oder deren begleitenden Umständen hervortreten könnte.

¹⁾ Die Schlussworte: „wenn das Vorhandensein einer Beleidigung u. s. w.“ sind hier (ähnlich wie jene des § 193) dahin zu verstehen, dass „ein Hinausgehen über die durch das Recht die Wahrheit zu sagen gezogenen Grenzen (v. Liszt)“ wiederum das Vorhandensein einer Beleidigung begründe; an das Erfordernis eines spezifischen *animus iniuriandi*, der Absicht zu beleidigen, ist auch hier nicht zu denken. Vergl. auch v. Wächter Deutsch. Strafr. S. 392.

Das Hauptgewicht des § 192 beruht nun aber in der gesetzlichen Erklärung, dass trotz erbrachten Beweises der Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Thatsache der Injuriant nicht straflos ausgehen solle, sofern er über die Grenzen des Rechts, wahre Thatsachen zu berichten, hinausgegangen ist, und aus der Form der Behauptung oder den Umständen, unter denen sie geschah, das Vorhandensein einer Beleidigung sich ergibt. Gerade dies letztere müsste aber von vorneherein fehlen, damit überhaupt das Gefährdungsdelikt des § 186 vorliegt, so dass also die Fälle, auf welche § 192 sich bezieht, und bei welchen trotz erbrachten Wahrheitsbeweises Bestrafung eintreten soll, bei der Beleidigung des § 186 gar nicht vorkommen können.

Demnach hätte § 192, wenn die hier besprochene Ansicht betreffs der Abgrenzung der üblen Nachrede gegenüber der subjektiven Beleidigung die richtige wäre, nur Sinn und Bedeutung für die unter § 185 fallenden Thatsachenbehauptungen, und zwar würde für diese die Bedeutung des § 192 sich dahin beschränken, dass (abgesehen natürlich von denjenigen Thatsachenbehauptungen, welche direkt und nur dem Beleidigten gegenüber geschehen sind) diejenigen Behauptungen oder Verbreitungen von Thatsachen in Beziehung auf einen Anderen, welche gerade deswegen unter § 185 (und nicht unter § 186) zu rechnen sind, weil der Injuriant über die blosse Thatsachenerzählung hinausgegangen und etwas Weiteres eine Beleidigung, eine Ehrverletzung Enthaltendes damit verbunden hat, nun auch trotz erbrachten Beweises der Wahrheit der Nachrede nach Vorschrift des nämlichen § 185 zu bestrafen seien, und zwar deshalb, weil aus jenen weiteren an die Thatsachenbehauptung sich anschliessenden Umständen das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgeht. Damit ist aber klar, dass bei diesen Fällen des § 185 aus dem nämlichen Grunde, der für ihre Subsumierung unter § 185 massgebend ist, der Beweis der Wahrheit niemals die Bestrafung ausschliessen kann.

Nunmehr erhebt sich aber die Frage, ob es wohl auch die Meinung des Gesetzgebers gewesen ist, dass § 192 ausschliesslich auf die Fälle des § 185 bezogen werden könne, um für diese eine eigentlich selbstverständliche Bestimmung zu treffen, oder ob er damit nicht etwa nach ganz anderer Richtung hin zielte. Und in der That lässt sich schon aus dem blossen Wortlaut des § 192 mit Sicherheit schliessen, dass dieser Paragraph gerade für die Fälle des § 185 zunächst nicht bestimmt, sondern im Gegentheil in seiner Fassung auf die üble Nachrede und die Verleumdung berechnet ist, und

nur rücksichtlich des in ihm ausgesprochenen Prinzips auf die Beleidigung des § 185 angewendet werden will.¹⁾

Es weist § 192 mit seinen Eingangsworten: „der Beweis der behaupteten oder verbreiteten Thatsache“ — wie diese in ähnlicher Weise in § 190 R.-St.-G.-B. gebraucht sind — deutlich darauf hin, dass hier in erster Linie an diejenigen Fälle von Beleidigungen gedacht ist, welche das Gesetz wenige Paragraphen vorher ausdrücklich unter dem begrifflichen Erfordernis der Unerweislichkeit bzw. Unwahrheit als Beleidigung mittels Behauptung oder Verbreitung von Thatsachen hervorhebt, von dem allgemeinen und undefiniert gelassenen Beleidigungsbegriff ausscheidet und zwar ohne irgend einen Anhaltspunkt zu bieten, um diese seine Spezialisierung noch weiter einzuschränken.

Dies wird noch klarer dadurch, dass § 192 weiter von der „Bestrafung nach Vorschrift des § 185“ spricht, die unter bestimmten Umständen trotz erbrachten Beweises der Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Thatsache nicht ausgeschlossen sein solle. Das Gesetz spricht hier nicht von einer Deliktsart, welcher derartige Fälle beizuzählen seien, sondern weist lediglich auf § 185 hin, nach dessen Vorschrift Bestrafung eintreten soll, da — und dies muss mit logischer Notwendigkeit ergänzt werden — nach der eigentlich den besonderen Merkmalen entsprechenden Deliktsart die Bestrafung wegen des erbrachten Wahrheitsbeweises cessieren müsste. Während also hier nur vom Eintritt einer Bestrafung nach Vorschrift des § 185 die Rede ist, ist auf der anderen Seite die Beleidigungsart, für welche die Bestimmung des § 192 ihre eigentliche Geltung haben soll, durch die charakteristischen Worte „Behaupten und Verbreiten von Thatsachen“ kurz und unverkennbar bezeichnet.

Aus alledem ergibt sich, dass die Vorschrift des § 192 gerade in erster Linie auf die Fälle der üblen Nachrede (bzw. der Verleumdung) Bezug hat und für die Fälle des § 185 in der Hauptsache eine unmittelbare Anwendung nicht findet. Hieraus muss aber mit Notwendigkeit der Schluss gezogen werden, dass jene Ansicht, nach welcher § 192 nur für die Beleidigung des § 185 Sinn und Bedeutung hätte, nicht mit dem Gedanken des Gesetzes übereinstimmt.

8. Auch die Terminologie des Reichsstrafgesetzbuchs ist für die Abgrenzung der verschiedenen Arten der Ehrverletzung nicht ohne

¹⁾ So auch die *communis opinio*. Olshausen ad. § 192 n. 1. 2.

Bedeutung. So lässt sich insbesondere auch aus ihr ein berechtigter Schluss ziehen gegen die Auffassung der üblen Nachrede als blossen Gefährdungsdelikts. Das Strafgesetzbuch hat mit Absicht die Bezeichnung „Beleidigung“ in die Benennung sämtlicher hieher gehöriger Deliktsarten gezogen und so alle in dieser Richtung gleichgestellt, um hiedurch zum Ausdruck zu bringen, dass in allen eine Beleidigung, also eine Verletzung der Ehre, direkt oder indirekt liegen muss. Das Delikt des § 186 ist sogar ausschliesslich unter dieser Benennung aufgeführt, als Beleidigung mittels besonders gearteter Thatsachenbehauptung oder -Verbreitung, wie auch § 187 die „verleumderische Beleidigung“ als die Beleidigung in der Form verleumderischer Behauptung oder Verbreitung ehrenkränkender Thatsachen mit Strafe bedroht.

Auch in Bezug auf die Abgrenzung der üblen Nachrede gegenüber der Verleumdung ist die Terminologie des Strafgesetzbuchs zu beachten. Hatte man doch das Delikt des § 186 gerade deshalb kurzweg als „Beleidigung“ bezeichnen zu müssen geglaubt, weil man dasselbe möglichst scharf von der Verleumdung getrennt halten wollte. Allerdings wäre sehr zu wünschen, dass der Gesetzgeber noch einen Schritt weiter gegangen wäre, und in gleicher Weise den Gegensatz zwischen der Beleidigung des § 185 und dem Vergehen des § 186 durch Einführung einer besonderen Benennung für letzteres Delikt auch äusserlich hervorgehoben hätte. In dieser Beziehung würde, wenn man die landläufige Bezeichnung „üble Nachrede“ nicht hätte gebrauchen wollen, der Tendenz, stets den Ausdruck „Beleidigung“ beizubehalten, etwa die Benennung „beleidigende Nachrede“ am besten entsprochen haben.

Was nun speziell die Unterscheidungsmerkmale der üblen Nachrede und der Verleumdung anlangt, so werden diese zweckmässiger erst im folgenden Abschnitt bei Behandlung des spezifischen Thatbestands der üblen Nachrede entsprechende Erörterung finden. An gegenwärtiger Stelle sei nur betont, dass es keine Billigung verdient, bei einer doktrinellen Behandlung der Ehrverletzungen die Betrachtung der üblen Nachrede ganz mit jener der Verleumdung zu vermischen.¹⁾ Mag man vielleicht auch aus Zweckmässigkeitsgründen hiezu geneigt sein und sich darauf berufen, dass beide (— üble Nachrede und

¹⁾ wie etwa H. Meyer in seinem Lehrbuche.

Verleumdung —) als sogenannte objektive Injurien viele und durchschlagende Berührungspunkte haben, so darf doch nicht unbeachtet gelassen werden, dass gerade hier der Gesetzgeber eine strenge Sonderung beabsichtigte, und dass die üble Nachrede, wie auch vom Reichsgericht mehrfach anerkannt wurde,¹⁾ auf einer wesentlich anderen rechtlichen Voraussetzung beruht, als die Verleumdung.

¹⁾ R.-G. Urt. v. 26. November 1881 E. V. 211; Urt. v. 5. November 1889 E. XX. 34.

III. Abschnitt.

Die üble Nachrede nach ihren spezifischen Thatbestandsmerkmalen und ihre Bestrafung.

Die üble Nachrede fällt unter die Beleidigung im weiteren Sinn, und zwar ist sie eine spezielle, besonders charakterisierte Art derselben. Auch sie trägt die allgemeinen Merkmale des Beleidigungsbegriffes an sich, wie dieselben im vorhergehenden Abschnitte (§ 1—4) zur Darstellung gekommen sind. Nachdem überdies (ebendasselbst § 5) das Verhältnis der üblen Nachrede zu den übrigen Arten der Beleidigung im allgemeinen beleuchtet worden ist, so ist nunmehr die Aufgabe das genannte Delikt nach seinen besonderen Eigentümlichkeiten im einzelnen zu betrachten und zwar an der Hand der Begriffsbestimmung, welche dasselbe in § 186 des Strafgesetzbuchs erfahren hat.

§ 1. Behaupten oder Verbreiten von Thatsachen.

Das wichtigste spezifische Begriffsmerkmal der Beleidigung des § 186 beruht in der besonderen Art und Beschaffenheit der ehrverletzenden Kundgebung. Es muss sich nämlich vor allem um eine „Nachrede“ handeln, um das „Behaupten oder Verbreiten einer Thatsache.“

1. Was ist eine „Thatsache“? Man versteht darunter irgend einen bestimmten konkreten Vorgang, oder, wenn man so sagen will, irgend ein bestimmtes Geschehnis, ein Vorkommnis. Es ist dabei selbstverständlich, dass ein solches behauptetes oder verbreitetes Geschehnis in der Vergangenheit oder Gegenwart liegen muss, nicht erst auf die Zukunft sich beziehen darf; denn was der Zukunft angehört, kann nicht jetzt bereits als etwas Geschehenes, als eine Thatsache behauptet werden.

Dabei ist unter „Thatsache“ nicht notwendig und ausschliesslich eine dem Injurierten beigemessene „Handlung“ zu verstehen. Das Reichsstrafgesetzbuch hat im Gegensatz zu vielen der früheren partikular-deutschen Strafgesetzbücher den Ausdruck „Handlung“ vermieden; derselbe ist auch zu eng. Es muss für den Begriff der üblen Nachrede auch das Behaupten solcher Thatsachen genügen, welche erst indirekt eine Ehrverletzung enthalten, indem sie einen Rückschluss auf eine unehrenhafte oder verbrecherische Handlungsweise einer bestimmten Person gestatten¹⁾ (z. B. der Vorwurf im Zuchthaus gesessen zu sein).

Eine Thatsache in dem angegebenen Sinne muss es sein, welche der Beleidiger behauptet oder verbreitet. Unter dieser Voraussetzung aber ändert es an dem Begriff der Thatsache nichts, wenn der Behauptende sich auch auf ein inneres Moment auf seiten des Angegriffenen bezieht, das eben und weil es in jenem äusseren Vorgang seine Objektivierung gefunden hat. Es kann sonach in diesem Sinne auch die Unterstellung von Absichten, Motiven, Zwecken hieher gerechnet werden. Verschiedene Kriminalisten sprechen in solchen Fällen von „inneren Thatsachen“; genau genommen aber werden diese inneren psychischen Momente zur Thatsache im Sinne des Gesetzes erst dadurch, dass sie an einem äusseren Geschehnis hervorgetreten sind und im Anschluss an dieses behauptet wurden.

Wenn der Injuriant einem Andern ganz allgemein den Vorwurf der Parteilichkeit macht oder wenn er ihn kurzweg einen Betrüger, einen Dieb nennt, so spricht er damit lediglich sein eigenes subjektives, nicht näher objektiviertes und motiviertes Urteil aus. Er kann diese seine Ansicht und Meinung über den Betreffenden eventuell später auch erweisen unter nachträglicher Heranziehung einzelner bestimmter Thatsachen. Diese nachträgliche, etwa erst vor Gericht erfolgte, Anführung von konkreten Vorkommnissen, aus welchen der Injuriant nunmehr sein Urteil rechtfertigen will und aus denen er es gewonnen zu haben behauptet, machen aber den inkriminierten subjektiven Meinungsausdruck, so wie er geschehen, nicht zu einer Thatsachenbehauptung.

Verschieden hievon ist aber der andere Fall, wenn der Vorwurf der Parteilichkeit oder des Betrügers, oder irgendwelcher anderer ehrenrühriger Motive oder Absichten nicht in der Form eines allgemeinen subjektiven Urteils oder einer allgemeinen Kategorie und nicht aus-

1) Ähnlich H. Meyer Lehrb. S. 608.

gesprochenenmassen im Wege einer Schlussfolgerung geschieht, sondern wenn der Beleidiger die von ihm unterstellten inneren Momente (Motive und Absichten) als „unmittelbar greifbare, zur Erscheinung gekommene, keines weiteren deduktiven Nachweises bedürfende, konkrete Thatsachen“¹⁾ behandelt, wenn er lediglich einen äusseren Vorgang, eine bestimmte Handlung behauptet, in welcher beispielsweise sich die Parteilichkeit dokumentiert, oder die nach Lage der Sache als eine betrügerische erscheint. Es liegt hierin zweifellos auch in gewissem Sinne ein Urteil; das Unterscheidende aber beruht darin, dass es sich in erster Linie um die in der Kundgebung selbst hervortretende Bezugnahme auf ein ganz bestimmtes objektives Sachverhältnis, auf eine Thatsache handelt, und zwar auf eine solche, aus welcher dieser oder jener Vorsatz, dieser oder jener Beweggrund oder Zweck offensichtlich auch ohne weitere zusätzliche Schlussfolgerung hervorgeht.

Daraus ergibt sich, dass es zum mindesten ungenau ist, Thatsachenbehauptung und Urteil als einander ausschliessende Gegensätze aufzufassen. „Wenn eine konkret bestimmte Handlung in Frage steht, so besitzt die Unterscheidung zwischen dem Vorwurfe einer Thatsache und dem Aussprechen eines Urteils keine Berechtigung.“²⁾ „Selbst auf dem Gebiete der rein sinnlichen Wahrnehmungen gibt es keine Thatsache, deren Wahrnehmung nicht auf einem Urteil beruht, und deren Aussage deshalb nicht zugleich auch ein Urteil enthält.“³⁾

Das gleiche wurde schon oben (II. Abschn. § 5) bei Gelegenheit der Abgrenzung der Sphäre der üblen Nachrede darzuthun versucht, woselbst auch ausgeführt ist, dass es keine Thatsachenbehauptung gibt, welche den besonderen Merkmalen des § 186 in objektiver und subjektiver Beziehung entspricht, ohne ein eigenes, wenn auch nur indirekt darin liegendes Urteil zu enthalten, so dass sich in ihr nicht eine blosse Gefährdung, sondern eine Verletzung der Ehre darstellt.

Hälschner fasst den Begriff „Thatsache“ im Sinne des § 186 enger und bezeichnet es geradezu „als eine völlige Verkennung der eigentümlichen Bedeutung der Verleumdung, wenn man die Behauptung sogenannter innerer Thatsachen für genügend erachtet.“ „Dass Jemand, so führt Hälschner aus, von einem verwerflichen Motiv sich habe bestimmen lassen, an einem sittlichen Mangel, einem Charakterfehler leide, sei gewiss auch eine Thatsache, aber eine solche, welche nur

1) R.-G. Urt. v. 8. März 1882 R. III. S. 233.

2) R.-G. Urt. v. 9. Januar 1880 E. I. S. 53.

3) R.-G. Urt. v. 29. Oktober 1886 R. VIII. S. 649.

mittels Schlussfolgerung aus seiner Handlungsweise erkannt werden könne. Wer dem Anderen eine solche Thatsache zum Vorwurf mache, spreche damit nur seine Ansicht und Meinung aus, die eben nur den Wert einer subjektiven Ansicht habe. Hier aber handle es sich um die Behauptung objektiv feststehender Thatsachen, aus denen Andere durch Schlussfolgerungen sich ihr eigenes Urteil zu bilden vermögen.“¹⁾

Diese Ausführungen sind zwar teilweise richtig, aber sie bedürfen einer Modifikation im Sinne obiger Darlegungen, wonach auch Behauptungen innerer Thatsachen in der angegebenen Begrenzung für die üble Nachrede (wie auch für die Verleumdung) genügend erachtet werden müssen. Es würde überhaupt im einzelnen Fall oft unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen, mit mathematischer Schärfe auseinander zu halten, ob wirklich die blosse Behauptung einer objektiven Thatsache vorliegt, oder ob nicht doch irgend ein Moment darin ausgesprochen ist, das über jene Grenzen hinausgeht (z. B. beim Vorwurfe einer strafbaren Handlung die dazu gehörigen „inneren Thatsachen“ des Vorsatzes oder der Absicht.²⁾

2. Eine Thatsache in dem angegebenen Sinne muss kundgethan sein und zwar charakterisiert das Gesetz diese Kundgebung nach bestimmter Richtung hin näher, indem es sagt: „wer eine Thatsache behauptet oder verbreitet“.

Die beiden Ausdrücke „behaupten“ und „verbreiten“ sind sowohl in ihrer Verbindung mit einander wie auch gesondert für sich in Betracht zu ziehen.

Was die äussere Form betrifft, so ist zu bemerken, dass das Behaupten oder Verbreiten einer üblen Nachrede nicht etwa auf die

1) Deutsch. Strafr. II. S. 191 Anm.

2) Mit der im Text vertretenen Ansicht stimmen in der Hauptsache überein: Geyer Grundriss spez., Teil S. 37; v. Liszt Lehrb. S. 359; Hugo Meyer Lehrb. S. 608; die Kommentatoren Olshausen, Oppenhoff, Rüdorff-Stenglein. — Dagegen Dochow (v. Holtz. Hdb. III S. 349) „Thatsachen sind nichts anderes als äusserlich erkennbare Handlungen“. Auch v. Schwarze (Komm. ad. § 186) versteht hier unter Thatsachen nur Handlungen des Andern in Verbindung mit den ihnen unterliegenden Motiven; ebenso Berner (Lehrb. S. 473). — Die Anwendung des § 186 auch auf sogen. „innere Thatsachen“ wird ausdrücklich für ausgeschlossen erklärt von Hälschner a. a. O. S. 191, Freudenstein System d. Ehrenkränkungen (II. Aufl. 1884) S. 24 u. Anm. 1 (Die Behauptung eines Motivs sei immer ein Urteil, Thatsache sei soviel als „That“, nur als Sache, als Ereignis betrachtet, sogenannte innere Thatsachen gebe es nicht); ebenso Rubo a. a. O. S. 20 u. Komm. ad. § 138, Merkel Lehrb. S. 292 (Thatsachen sind konkrete, nicht lediglich dem Bewusstsein des Handelnden angehörige Vorgänge). —

mündliche Rede beschränkt werden darf; dasselbe kann vielmehr auch in anderer Form, insbesondere in der Gestalt schriftlicher Kundgebung auftreten.

Die Absicht des Gesetzes geht dahin, in § 186 die Beleidigung, welche sich als Mitteilung ehrenrühriger Thatsachen in Beziehung auf einen Anderen darstellt, unter spezieller Strafdrohung aufzuführen. Die beiden Ausdrücke „behaupten“ und „verbreiten“ in ihrer Verbindung mit einander sind dazu bestimmt, sämtliche Modalitäten zu charakterisieren und in sich zu begreifen, durch welche eine üble Nachrede kundgegeben werden kann.

Hieraus ergibt sich aber zugleich auch die Richtschnur, nach welcher jeder dieser beiden Ausdrücke für sich zu interpretieren ist. Ohne dieselben in einen scharfen Gegensatz zu einander zu bringen, ist immerhin die besondere Bedeutung eines Jeden festzustellen, hiebei aber im Auge zu behalten, dass beide Ausdrücke in ihrer Verbindung mit einander alle Kundgebungen umfassen, welche der Gesetzgeber mit denselben begreifen wollte.

Was in erster Linie das „Behaupten“ betrifft, so pflegt man von „behaupten“ oder von einer „Behauptung“ im allgemeinen dann zu sprechen, wenn Jemand mit einer gewissen Sicherheit und Überzeugung irgend etwas berichtet, oder auch (was hier vor allem in Betracht kommt), wenn Jemand etwas als auf eigener Anschauung, Kenntnis oder Wissenschaft beruhend hinstellt. Das Ausschlaggebende liegt demnach in der mit dem Anspruch auf besondere Verlässigkeit auftretenden Art der Kundgebung, wie solche sich in concreto darstellt. Auf diesem Boden muss auch die Erklärung des Ausdrucks „Verbreiten“ gesucht werden.

Spricht man von „Behaupten einer Thatsache“ zunächst nur dann, wenn dieselbe offensichtlich als Gegenstand eigenen Wissens von seiten des Äussernden hingestellt wird, so lässt sich der Begriff des „Verbreitens von Thatsachen“ am besten negativ bestimmen, indem man unter ihn alle übrigen Mitteilungen von Thatsachen in Beziehung auf einen Andern begreift, welche nicht als „Behauptung“ im angegebenen Sinne sich darstellen und welche demnach für den Dritten, der sie vernimmt, als Nachrede einer Thatsache erscheinen, von welcher der Äussernde aus eigenem Wissen keine Kenntnis hat.¹⁾ Ob dies Letztere

1) Ähnliche Meinung vertreten Dochow a. a. O. S. 350, Freudenstein a. a. O. S. 25, Hälschner deutsch. Str. II S. 193; Oppenhoff ad. § 131 n. 4, 5, 6, 7. u. A. Dagegen versteht Hugo Meyer Lehrb. S. 610 unter „Verbreiten“

auch in Wirklichkeit sich so verhält, wie es äusserlich in der Kundgebung von seiten des Injurianten zu Tage tritt, ist irrelevant; es kommt allein nur darauf an, dass sich aus der Art der Kundgebung erkennen lässt, dass die Nachrede lediglich die Mitteilung einer vorher durch Andere vernommenen Thatsache und demnach das Verbreiten, das Weiterbringen, das Weiterbekanntmachen dieser Thatsache enthält.

Dabei darf aber die Tendenz des § 186, wie dieselbe vor allem aus dem Begriff „Thatsache“ folgt, nicht ausser Acht gelassen werden. Hiernach können unter § 186 nur solche Kundgebungen gerechnet werden, welche eine bestimmte Thatsache als wirkliches Geschehnis, als wahr hinstellen, und zwar als ein dem Injurierten beigemessenes, in Beziehung auf ihn als Thatsache behauptetes oder verbreitetes Vorkommnis. Demgemäss sind Kundgebungen, welche bloss die Vermutung, den Verdacht irgend einer ehrenrührigen Thatsache in Beziehung auf einen Anderen ausdrücken, nicht als üble Nachrede zu bestrafen (wohl aber könnte darin eine Beleidigung nach § 185 liegen).¹⁾ Denn wenn auch die Vermutung oder der Verdacht ausdrücklich auf ein bestimmtes Vorkommnis Bezug nimmt, so ist doch das betreffende Vorkommnis nicht (wie dies § 186 verlangt) in Beziehung auf die genannte Person als eine Thatsache behauptet oder verbreitet, sondern gerade dies ist ungewiss und in der Schwebe gelassen, und es ist lediglich als subjektive Meinung oder Vermutung oder als von Anderen vernommener, gerüchtweise verbreiteter Verdacht hingestellt, dass z. B. einer bestimmten Person die betreffende strafbare Handlung zur Last gelegt werden könne.

Anders wäre es, wenn beispielsweise die Nachrede dahin ginge, dass eine bestimmte Person des betreffenden Verbrechens sich schuldig gemacht habe, wie man von diesem oder jenem Dritten gehört oder durch das Gerücht vernommen habe. Hier kann immerhin nach Lage des konkreten Falles Bestrafung gemäss § 186 eintreten. Denn hier ist, im Gegensatz zu der in Form eines blossen Verdachts gekleideten Nachrede, das betreffende Verbrechen als eine Thatsache,

eine solche Mitteilung, bei welcher der Thäter mit seiner eigenen Ansicht möglicherweise zurückhält, bei welcher es ihm aber auf die Kenntnisaufnahme möglichst vieler Personen ankommt.

1) Ebenso Berner Lehrb. S. 473; Olshausen Komm. II. Aufl. § 186 n. 2 a. und n. 7. Anders in der III. Aufl. § 186 n. 2 b α: Auch das nur vermutungsweise Mitteilen, namentlich im Falle des Verdachts einer strafbaren Handlung, enthält die Behauptung einer Thatsache, eine bestimmte Versicherung derselben ist nicht notwendig.

wenn auch als eine aus Mitteilung Anderer oder infolge eines Gerüchtes dem Äussernden bekannten Thatsache hingestellt. Die Berufung auf einen bestimmten Gewährsmann oder ein bestimmtes Gerücht schliesst die Bestrafung der auf solche Weise verbreiteten nicht erweislich wahren, ehrenrührigen Thatsache nicht aus, selbst wenn der Verbreitende bona fide gehandelt hätte¹⁾ und der Gewährsmann oder ein derartiges Gerücht in der That vorhanden wäre.²⁾

Nach der im Bisherigen dargelegten Auffassung der Begriffe „behaupten“ und „verbreiten“ kommt es hierbei vor allem darauf an, wie die Nachrede im einzelnen Fall sich darstellt, ob sie nämlich als auf eigenem Wissen des Injurianten beruhend erscheint oder nicht. Aus dieser Auffassung ergibt sich aber, was insbesondere den Begriff „verbreiten“ betrifft, dass es hierbei in diesem Zusammenhange auf die Zahl der Kenntnis nehmenden Personen und auf die dahin gehende Absicht des Injurianten nicht ankommt. Dies hat das Gesetz selbst zum Ausdruck gebracht, indem es die Beleidigung im Sinne des § 186, sofern sie öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, besonders hervorhebt und mit höherer Strafe bedroht. Hier (bei der qualifizierten üblen Nachrede) liegt gerade in der Ausbreitung der Kenntnis von jener Thatsache bei dritten Personen das erschwerende Moment, hier kommt die Verbreitung im eigentlichen Sinn, die öffentliche Bekanntgabe, die Veröffentlichung, die Ausstreuung und Bekanntmachung von Schriften auf breiter Grundlage in Betracht. Für die einfache üble Nachrede ist dies nur insoweit von Bedeutung, als hiedurch die Grenze angegeben ist, wie weit der Injuriant die durch das Behaupten oder Verbreiten bewirkte Kenntnisnahme dritter Personen ausdehnen darf, ohne wegen qualifizierter übler Nachrede gestraft zu werden.

Besondere Beachtung verdient noch die Frage, ob auch vertrauliche Mitteilungen ehrenrühriger Thatsachen als Beleidigungen im Sinn des § 186 erscheinen. Dieselbe ist nach richtiger Ansicht zu bejahen.³⁾ Denn der vertrauliche Charakter einer Kundgebung ist nur ein besonderes Merkmal, das im einzelnen Fall noch hinzutritt und an sich weder den Begriff der „Thatsache“ noch jenen des

1) Vergl. weiter unten § 5 sub. 2.

2) „Wehrmann haben, hilft nichts“ ist schon eine alte Parömie.

3) Ebenso v. Liszt Lehrb. S. 359; auch Olshausen ad § 186 n. 2, Oppenhoff ad § 186 n. 6. u. A. Insbesondere auch verschiedene Entscheidungen des Oberlandesger. München, vor allem jene vom 26. Oktober 1880 Bd. I S. 206

„Behauptens und Verbreitens“ ausschliesst. Auch in der Form einer streng vertraulichen Mitteilung kann einem Anderen eine ehrenrührige Thatsache nachgeredet werden, und dabei kann der Injuriant die vertraulich mitgeteilte Thatsache sowohl als Gegenstand eigener Wissenschaft hinstellen (also „behaupten“ im Sinn des Gesetzes) als auch dieselbe nur „verbreiten“, da es nach richtiger Ansicht für diesen Begriff auf den spezifischen Vorsatz der Weiterverbreitung an viele Personen zunächst nicht ankommt.

Immerhin aber kann in vielen Fällen dem Charakter der Vertraulichkeit der Mitteilung eine besondere Bedeutung zukommen. Denn häufig ist die Berechtigung zu einer bestimmten Äusserung (§ 193) gerade nur auf die vertrauliche Mitteilung beschränkt. Wenn es sich z. B. um Wahrnehmung berechtigter Interessen handelt, kann oftmals gerade die strenge Vertraulichkeit der Kundgebung erforderlich sein, um nicht eine Überschreitung der Berechtigung zu begründen. Ähnlich es gilt bezüglich vertraulicher Mitteilungen an bestimmte Personen wie Familienangehörige, Lehrer, Vormünder.

§ 2. In Beziehung auf einen Anderen.

Um den Thatbestand des § 186 zu erfüllen, muss die ehrenkränkende Thatsache behauptet oder verbreitet sein und zwar, wie das Gesetz sich ausdrückt: „in Beziehung auf einen Anderen“.

Diese Worte sind klar und werden fast ausnahmslos dahin interpretiert, dass jedenfalls nicht der Beleidigte allein, sondern auch irgend eine dritte Person die Kundgebung vernommen haben muss.¹⁾ Die Ausdrucksweise des Gesetzes, welche den Beleidigten als „einen Anderen“ bezeichnet, in Beziehung auf welchen die Thatsache behauptet oder verbreitet sein muss, gibt der Beleidigung des § 186 das ihr eigentümliche Gepräge, dass es sich nämlich bei ihr um eine Nachrede handelt, also um eine solche Kundgebung, welche eine ehrenrührige Thatsache von Jemanden, zwar nicht notwendig hinter dessen Rücken, jedoch immerhin in der Weise behauptet, dass mindestens eine dritte Person, wenn auch zugleich mit dem Beleidigten davon unmittelbare Kenntnis erhalten hat.

¹⁾ Eine andere Meinung vertritt nur Freudenstein a. a. O. S. 32 Anm., der ausdrücklich die Ansicht Berner's, dass das Behaupten oder Verbreiten zur Kenntnis Dritter gelangt sein müsse, für irrig erklärt.

Letzteres ist mit Notwendigkeit auch aus der sonstigen Thatbestandszeichnung des § 186 zu schliessen. Denn wenn für die üble Nachrede eine nur dem Beleidigten gegenüber geschehene und nur von diesem vernommene Äusserung genügen würde, so wäre es völlig unerfindlich, wie eine derartige auf Beleidiger und Beleidigten beschränkt gebliebene Kundgebung geeignet sein könnte, den Letzteren verächtlich zu machen oder sein Ansehen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.¹⁾

Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, dass einerseits die blosse Möglichkeit, dass die ehrenkränkende Nachrede auch dritten Personen kund werden könnte (wie dieses beispielsweise bei Übersendung einer offenen Postkarte der Fall wäre) nicht genügt, vielmehr die Nachrede in der That einem Dritten unmittelbar kund geworden sein muss, und dass andererseits trotz thatsächlich erfolgter Kenntnissnahme von seiten dritter Personen eine Beleidigung im Sinn des § 186 dann nicht angenommen werden kann, wenn der Injuriant nur dem Verletzten selbst gegenüber die Nachrede kund geben wollte und die Kenntnissnahme seitens des Dritten bloss eine zufällige, von dem Beleidiger nicht beabsichtigte oder ihm vielleicht gar nicht bekannte war. Immerhin muss aber selbst ein *dolus eventualis* rücksichtlich der Möglichkeit der Kenntnissnahme dritter Personen genügen, wenn nur thatsächlich auch ein Dritter die Beleidigung unmittelbar vernommen hat, mag dieselbe auch von dem Injurianten direkt an den Verletzten gerichtet gewesen sein.

Was endlich die Frage betrifft, in welcher Weise der Verletzte kenntlich gemacht sein muss, so weicht die üble Nachrede von den Grundsätzen, wie solche bereits bezüglich der Beleidigung im allgemeinen hervorgehoben wurden (II. Abschn. § 3), nur insoweit ab, als dies ihre besondere Charakterisierung als ehrenrührige Nachrede vor dritten Personen in Beziehung auf einen Anderen bedingt. Demgemäss braucht auch hier der Injurierte dem Beleidiger nicht persönlich bekannt zu sein, noch weniger ist eine ausdrückliche Nennung des Namens erforderlich; es genügt, wenn für den die Beleidigung vernehmenden Dritten der Verletzte in erkennbarer Weise bezeichnet ist, mag auch dem Verletzten selbst die Beziehung auf seine Person nicht verständlich sein.

¹⁾ So auch R.-G.-Urt. v. 29. Juni 1881 R. III. 445, E. IV. 401.

Auch eine unmittelbare oder gleichzeitige üble Nachrede ist möglich,¹⁾ indem die Nachrede sich zunächst gegen die eine Person unmittelbar richtet, zugleich aber auch geeignet ist, eine zweite Person verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen (z. B. die Nachrede, dass A den Beamten B zu einer Verletzung seiner Amtspflicht bestochen habe).

§ 3. Thatsachen, die geeignet sind, den Anderen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.

Die in Beziehung auf einen Anderen behauptete oder verbreitete Thatsache muss, um eine Beleidigung nach § 186 zu begründen, von einer besonderen Beschaffenheit sein. Das Gesetz hat dies dadurch ausgedrückt, dass es die Kundgebung einer Thatsache verlangt, welche „denselben (nämlich den Injurierten) verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist.

Die früheren partikularen Strafgesetzbücher hatten hier meist eine andere Ausdrucksweise gewählt, bei welcher die erforderliche Eigenschaft der behaupteten Thatsache bald zu weit, bald viel zu eng gefasst war. So verlangten sie teilweise den Vorwurf eines Verbrechens oder Vergehens²⁾, teils stellten sie daneben oder auch ohne besondere Bezugnahme auf strafbare Handlungen noch die Behauptung anderer unsittlicher Handlungen oder überhaupt von Handlungen, welche den guten Ruf des Angegriffenen zu gefährden oder ihn in den Augen seiner Mitbürger herabzusetzen und verächtlich zu machen geeignet sind.³⁾ Andere Gesetzgebungen sprachen von der Andichtung von Verbrechen oder anderen Handlungen, welche den guten Namen des Betreffenden oder das zu seinem Beruf notwendige Vertrauen seiner Mitbürger entziehen können,⁴⁾ oder auch von Beschuldigungen bestimmter unsittlicher oder verbrecherischer Handlungen, welche, wenn sie wahr wären, denselben in der öffentlichen oder seiner Standes-

1) Im gleichen Sinne wie oben II Abschn. § 3 ausgeführt ist.

2) So das ältere bayerische St.-G.-B. v. 1813 art. 284 und das oldenburgische art. 289.

3) St.-G.-B. v. Sachsen-Altenburg § 194, v. Braunschweig § 199, v. Königreich Sachsen art. 235, v. Thüringen art. 185, v. Württemberg § 286, v. Hamburg art. 167.

4) St.-G.-B. v. Hannover art. 261.

genossen Meinung verächtlich machen oder herabsetzen,¹⁾ oder ihn der öffentlichen Verachtung preisgeben würden.²⁾ Nach manchen Gesetzbüchern sollte auch der Vorwurf solcher Handlungen genügen, welche den Betroffenen dem Hasse seiner Mitbürger aussetzen.³⁾

Aus dem Boden dieser verschiedenen Gesetzbücher und in besonderer Anlehnung an das preussische Strafgesetzbuch ist unser Reichsstrafgesetzbuch herausgewachsen und zwar hat dasselbe, wie Eingangs bereits angeführt, als die für die üble Nachrede charakteristische Beschaffenheit der behaupteten oder verbreiteten Thatsache gefordert, dass dieselbe geeignet sei, den Injurierten verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.

1. „Verächtlich machen“ heisst der gesellschaftlichen Achtung als unwürdig hinstellen und dadurch derselben berauben. Gerade in der gesellschaftlichen Achtung beruht aber das Wesen der Ehre und es liegt also in dem „verächtlich machen“ der intensivste Angriff auf dieselbe.

Anders ist es beim blossen „herabwürdigen“, welches nicht eine gänzliche Entziehung der Achtung, sondern nur eine Schmälerung derselben bedeutet. Dabei ist aber ausdrücklich eine Herabwürdigung in der öffentlichen Meinung verlangt, was bezüglich der Thatsachen verächtlich machenden Charakters nicht gefordert ist. Bei Thatsachen letzterer Art genügt es demnach, wenn dieselben geeignet sind, sei es auch nur bei bestimmten einzelnen Personen oder Berufsklassen den Injurierten verächtlich zu machen. Dagegen müssen die bloss „herabwürdigenden“ Thatsachen diese Eigenschaft nach der Anschauung und dem Urteile eines grösseren, nicht begrenzten Personenkreises d. i. in der öffentlichen Meinung besitzen.

Die Beurteilung, ob einer Thatsache ein ehrenrühriger Charakter in der einen oder anderen Richtung innewohnt, ist Sache der tatsächlichen Feststellung im konkreten Fall. Es ist dabei die Nachrede ihrer objektiven Natur nach in Betracht zu ziehen und vom Standpunkt eines unbefangenen Urteilenden bzw. von der unbefangenen Auffassung des Publikums auszugehen unter Berücksichtigung der besonderen individuellen Verhältnisse des Verletzten, der Beziehungen des

1) St.-G.-B. v. Hessen art. 304, v. Nassau § 297.

2) St.-G.-B. v. Baden § 287.

3) St.-G.-B. v. Preussen § 156, v. Bayern (1861) art. 257, Züricher Entwurf (1866), § 146, Bremer Entwurf (1868) § 357.

Injurianten zu diesem wie auch insbesondere zu jenen Personen, welchen er die Nachrede kundgegeben hat.

Daran reiht sich die Frage, ob die Auffassung einzelner Personen oder Gesellschaftsklassen oder die öffentliche Meinung auch dann als Massstab zu gelten hat, wenn dieselbe eine Thatsache bezw. Handlung für herabwürdigend oder gar aller Achtung beraubend betrachten würde, deren Vornahme oder Unterlassung nach Recht und Gesetz für den Verletzten geradezu geboten war. (z. B. die Behauptung, derselbe habe seinen Beleidiger nicht zum Zweikampf herausgefordert, oder eine an ihn ergangene Herausforderung nicht angenommen.) Diese Frage wird von vielen Kriminalisten¹⁾ verneinend beantwortet, und das mit Recht. Es ist unvereinbar, dass auf der einen Seite eine Handlung vom Gesetze verboten und mit Strafe bedroht ist, und dass andererseits eine entgegenstehende Gepflogenheit und Auffassung einzelner Gesellschaftskreise dazu führen dürfte, die Nachrede der Unterlassung einer solchen direkt oder indirekt gesetzlich verbotenen Handlung als eine Beleidigung anzusehen und zu bestrafen. Zwar mag der Vorwurf einer solchen Handlung bezw. Unterlassung in der That das Ansehen jener Person in gewissen Kreisen schwer geschädigt, vielleicht für dieselbe eine sehr empfindliche Schmälerung der Achtung sogar in der öffentlichen Meinung hervorgerufen haben, trotzdem aber darf eine derartige Nachrede nicht als geeignet (im Sinne des Gesetzes) angesehen werden, den Angegriffenen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen; man würde hiedurch das Recht und die Rechtsanwendung in einen Widerspruch mit sich selbst bringen. Sofern allerdings der Injuriant sich nicht auf die Nachrede beschränken, sondern daneben noch überdies seine eigene Geringschätzung der betreffenden Person wegen einer solchen Handlungsweise zum Ausdruck bringen würde, wäre zwar die üble Nachrede ausgeschlossen, nicht aber die Beleidigung des § 185; denn der subjektive Ausdruck der Missachtung, selbst wenn dieser auf die Unterlassung einer gesetzlich verbotenen und darum im Sinne des Gesetzes nicht als ehrenrührig erscheinenden Thatsache Bezug nimmt und darin seinen Grund hat, involviert als solcher zweifellos eine Verletzung der Ehre.

Thatsachen, welche geeignet sind, den Kredit d. i. das Vertrauen und den Glauben an die Zahlungsfähigkeit eines Anderen zu gefährden, sind im Gesetze in § 187 dem Thatbestand der Verleumdung, nicht

¹⁾ So Berner Lehrb. S. 473, Hälschner D. Str. II S. 192, Oppenhoff Komm. ad. § 186 n. 17.

aber in § 186 jenem der üblen Nachrede eingereiht. Nach richtiger Ansicht ist daher die Behauptung derartiger Thatsachen an sich zur Annahme einer üblen Nachrede nicht genügend; denn der kreditgefährdende Charakter einer Kundgebung gibt derselben noch nicht ohne weiteres auch die für die Beleidigung des § 186 geforderte ehrenkränkende Beschaffenheit. Nur dann, wenn einer solchen Behauptung nach den Umständen des konkreten Falls noch die besondere Eigenschaft hinzutritt, den Angegriffenen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, entspricht dieselbe den Erfordernissen des § 186, der üblen Nachrede.

2. Nach der Ausdrucksweise des Gesetzes ist zur üblen Nachrede nur gefordert, dass dieselbe „geeignet ist“, den bestimmten ehrenkränkenden Erfolg herbeizuführen. Es ist im allgemeinen unerheblich, ob ein solcher Erfolg auch thatsächlich durch die Nachrede hervorgerufen wurde oder nicht. Die üble Nachrede ist bereits vollendet, sobald die in Beziehung auf einen Anderen behauptete oder verbreitete Thatsache zur Kenntnis eines Dritten gebracht ist. Demzufolge ist es auch für den Thatbestand derselben gleichgültig, ob der Dritte der ihm mitgeteilten Thatsache Glauben schenkte oder nicht, oder ob ihm dieselbe bereits vorher bekannt gewesen war.¹⁾ Nur dann könnte letzteres von Bedeutung sein, wenn der Verbreitende wusste, dass die betreffende Person bereits Kenntnis von jener Thatsache hatte, und es ihm ersichtlicher Weise nur darum zu thun war, mit dieser die Sache zu besprechen, ohne dass er darüber hinaus dieselbe noch besonders bekräftigen oder sich dafür verbürgen wollte. Für diesen Fall läge eine Beleidigung des § 186 nicht vor.²⁾

Wenn demnach zur üblen Nachrede nicht notwendig gefordert werden darf, dass durch die behauptete oder verbreitete Thatsache der Injurierte auch wirklich verächtlich gemacht oder herabgewürdigt wurde, so liegt dennoch allein schon in der Nachrede einer Thatsache von derartiger für Geltung und Ansehen gefährlicher Eigenschaft nicht bloss eine Gefährdung, sondern bereits eine Verletzung der Ehre. Schon an früherer Stelle (II. Abschn. § 5) wurde eingehend erörtert, dass eine solche Nachrede für den Injurierten eine Antastung und Verletzung seines rechtlich geschützten Interesses auf volle Integrität der ihm zukommenden Achtung bedeutet.

1) So die communis opinio. Dagegen Dochow a. a. O. S. 350.

2) Freudenstein a. a. O. S. 26.

§ 4. Die übrigen Thatbestandsmerkmale der üblen Nachrede, insbesondere das Willensmoment.

1. Mit den im Bisherigen dargestellten Erfordernissen ist der objektive Thatbestand der üblen Nachrede erfüllt. Soweit sich dieselben nicht als charakteristische Besonderheiten darstellen, ist daneben noch zur Erläuterung und Ergänzung auf die oben im II. Abschnitte behandelten wesentlichen Merkmale der Beleidigung überhaupt zu verweisen.

Dies gilt insbesondere in Bezug auf dasjenige, was dort über das Rechtsgut der Ehre bzw. über den Träger desselben gesagt wurde. Darnach hat jeder, aber auch nur der lebende Mensch als solcher Anspruch auf Ehre und auf Schutz gegen Verletzung derselben. Ein Verstorbener kann auch durch eine üble Nachrede nicht beleidigt werden. Nach positivem Recht ist nur die Ehre des Einzelindividuums geschützt, soweit es sich nicht um die im Strafgesetzbuch (§§ 196, 197) aufgeführten Ausnahmen handelt. Demgemäss ist eine üble Nachrede in Beziehung auf eine kollektive Personeneinheit als solche nur in jenen besonderen Fällen strafbar (z. B. Beleidigung einer Behörde), hierbei ist aber zu beachten, dass die üble Nachrede dritten Personen gegenüber geschehen, also solchen Personen kundgegeben sein muss, welche nicht selbst Mitglieder der injurierten Personeneinheit sind¹⁾. Insoweit Einzelpersonen durch eine Kollektivbezeichnung erkennbar getroffen sind, können jene Personen durch eine derartige Gesamtbezeichnung auch in der Form der üblen Nachrede beleidigt werden.

Wie die Beleidigung überhaupt, so erfordert auch der Thatbestand der üblen Nachrede das Merkmal der Rechtswidrigkeit. Auch auf sie findet § 193 R.-St.-G.-B. Anwendung; auch hier gilt als Grundsatz, dass derjenige, welcher eine ehrenkränkende, nicht erweislich wahre Thatsache im Sinn des § 186 behauptet oder verbreitet hat, sofern ihm aus besonderen Gründen eine Berechtigung zu einer derartigen Kundgebung zustand und insoweit er sich innerhalb der Grenzen jener Berechtigung hielt, sich nicht eines strafbaren Vergehens der üblen Nachrede schuldig machte.

2. Der subjektive Thatbestand der Beleidigung des § 186 verlangt ebenfalls den allgemeinen Beleidigungsdolus, zeigt aber darüber hinaus noch verschiedene Besonderheiten. Eine spezielle Absicht zu

¹⁾ Diese Ansicht ist auch in der Entscheidung des Reichsgerichts vom 30. November 1882. E. VII. 285 vertreten.

beleidigen, ist auch hier in keinem Fall gefordert. Auch darf, wenigstens für die einfache üble Nachrede, bezüglich des „Verbreitens von Thatsachen“ eine spezielle Verbreitungsabsicht nicht verlangt werden¹⁾.

Es genügt der Wille, die betreffende Thatsache kundzugeben (zu behaupten oder zu verbreiten) und zwar in Beziehung auf einen Anderen dritten Personen gegenüber. Auch dies Letztere muss im Willen und im Bewusstsein des Injurianten liegen, wie dieses bereits früher (III. Abschnitt § 2) als ein charakteristisches Erfordernis der üblen Nachrede hervorgehoben wurde. An jener Stelle ist auch bereits erwähnt, dass wie überall so auch hier schon ein *dolus eventualis* bezüglich der Kenntnissnahme seitens dritter Personen genügt, vorausgesetzt, dass thatsächlich ein Dritter die Nachrede unmittelbar vernommen hat.

Noch in einem weiteren Punkte geht der Dolus bei der üblen Nachrede über den allgemeinen Beleidigungsdolus hinaus. Nach allgemeinen Grundsätzen muss der Vorsatz des Thäters sich auf alle objektive Thatbestandsmerkmale des Deliktes beziehen. Daher muss derselbe bei der Beleidigung des § 186 auch den besonderen Charakter der behaupteten oder verbreiteten Thatsache umfassen. Es muss demnach der Injuriant sich bewusst sein, dass er eine Thatsache in Beziehung auf einen Anderen kundgibt, welche diesen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist²⁾.

Endlich muss der Dolus des Injurianten auch hier das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit in sich schliessen. Die Gründe hierfür, wie solche bei der Beleidigung im allgemeinen näher ausgeführt wurden (II. Abschnitt § 4), haben auch bezüglich der üblen Nachrede uneingeschränkte Geltung. Ein Irrtum des Thäters über die Rechtswidrigkeit seiner Kundgebung schliesst demnach als Thatbestandsirrtum die Zurechnung der Nachrede zur Willensschuld und damit die Strafbarkeit derselben aus.

3. Die Beleidigung des § 186 ist wie die Beleidigung überhaupt, sofern dieselbe bloss aus Fahrlässigkeit kundgegeben wurde, oder zwar vorsätzlich geschah, jedoch im Stadium des Versuchs stehen blieb, kriminell nicht strafbar. Es gibt nach dem Reichsstrafgesetzbuch nur eine vollendete dolose üble Nachrede. Bei derselben können auch

1) Vergl. III. Abschn. § 1 sub. 2.

2) Über den Dolus speziell bei der üblen Nachrede, vergl. u. A. R.-G. Urt. v. 26. Oktober 1888. R. X. 597 E. XVIII 167, auch verschiedene Entscheidungen des Oberlandesg. München u. A. Urt. vom 15. März 1883 und vom 16. Oktober 1883 Bd. II S. 325 bezw. 504.

strafbare Teilnahme und mittelbare Thäterschaft vorkommen. Erstere ist sowohl in der Form der Mitthäterschaft, als auch in jener der Anstiftung und Beihilfe denkbar z. B. wer in fremdem Namen und Auftrag eine üble Nachrede übermittelt oder einen Brief verfasst oder mit Anderen gemeinsam unterzeichnet und dessen Kundgebung bewirkt hat, kann nach Lage des Falls insbesondere in Rücksicht auf seinen Dolus bald als Thäter oder Mitthäter, bald als Gehülfe strafbar sein.¹⁾ Eine sogenannte mittelbare Thäterschaft kann insoferne vorkommen, als der Beleidiger sich eines unzurechnungsfähigen oder eines zwar zurechnungsfähigen aber völlig unfreien oder über die Kausalität seines Thuns getäuschten Menschen bedient, um über einen Anderen (vor Dritten) ehrenrührige Thatfachen kundzugeben.

§ 5. Nichterweislichkeit der Wahrheit der nachgeredeten Thatfache.

Insoweit im Vorhergehenden (§ 1—4) die besonderen Thatbestandsmerkmale der üblen Nachrede dargestellt wurden, sind dieselben zunächst in der Hauptsache übereinstimmend mit den Erfordernissen der verleumderischen Beleidigung des § 187. Doch fällt unter die Letztere, wie bereits bemerkt wurde, auch die Nachrede von solchen Thatfachen, welche den Kredit des Anderen zu gefährden geeignet sind.

Während aber bei der Verleumdung zum Deliktsthatbestand auch noch die Unwahrheit der nachgeredeten Thatfache und das Bewusstsein des Thäters von dieser Unwahrheit gehört, ist der materielle Thatbestand der üblen Nachrede mit den im Bisherigen erörterten Erfordernissen erschöpft und ist lediglich die Bestrafung derselben noch durch den (ausserhalb des Deliktsthatbestands liegenden) Umstand bedingt, dass die nachgeredete Thatfache nicht erweislich wahr ist.

1. Die eben angedeutete Auffassung, dass bei der üblen Nachrede die Unerweislichkeit der behaupteten oder verbreiteten Thatfache kein Thatbestandsmerkmal der üblen Nachrede, sondern nur eine (v. Liszt sogenannte) objektive Bedingung der Strafbarkeit oder umgekehrt der erbrachte Wahrheitsbeweis ein strafausschliessender Umstand sei, rechtfertigt sich vor allem aus den Worten des Ge-

¹⁾ Ebenso Oppenhoff ad § 185 n. 21, 22.

setzes selbst in Gegenüberstellung mit der bei der verleumderischen Beleidigung gebrauchten Ausdrucksweise. Bei der Verleumdung wird verlangt, dass der Thäter „wider besseres Wissen eine unwahre Thatsache“ behauptet oder verbreitet hat. Das Gesetz fordert also ausdrücklich eine unwahre Thatsache und zwar eine solche, welche dem Beleidiger auch als unwahr bekannt und bewusst war. Es ist hier völlig unzweideutig die bewusste Unwahrheit der behaupteten Thatsache als notwendiges Merkmal mit in die Thatbestandszeichnung des Deliktes hineingezogen.

Hierzu tritt die Fassung des § 186 („wer behauptet oder verbreitet, wird, wenn nicht diese Thatsache erweislich wahr ist, wegen Beleidigung bestraft“) in zweifacher Weise in offensichtlichen Gegensatz. Einmal wird hier nicht positiv die erwiesene Unwahrheit verlangt, sondern es genügt, wenn die behauptete Thatsache nicht erweislich wahr ist. Zum anderen ist dieses Erfordernis hier nicht, wie bei der Verleumdung, in direkte Verbindung mit den anderen Merkmalen des Deliktsbegriffs, speziell mit dem Ausdruck „Thatsache“ gebracht, so dass dieser Ausdruck hierdurch nach bestimmter Richtung seine nähere Charakterisierung erhielte; es ist nicht etwa von einer „nicht erweislich wahren Thatsache“ die Rede, sondern das Gesetz hat das Moment der Nichterweislichkeit äusserlich möglichst scharf von der eigentlichen Thatbestandszeichnung des Deliktes getrennt und in die Strafdrohung hineingezogen. Darnach soll nur dann gestraft werden, wenn ausser den eigentlichen Deliktsmerkmalen noch dieser äussere, von der Delikthandlung selbst unabhängige, Umstand vorliegt. Ist aber die Strafbarkeit negativ durch die Nichterweislichkeit der nachgeredeten Thatsache bedingt, so wird dieselbe positiv durch die Erweislichkeit dieser Thatsache ausgeschlossen. Es ist also im Grund gleichgültig, ob man (mit v. Liszt) die Nichterweislichkeit als objektive Bedingung der Strafbarkeit, oder umgekehrt die Erweislichkeit als Strafausschliessungsgrund betrachtet.

Aber nicht nur die Worte des Gesetzes liefern evidenten Beweis für die Richtigkeit der hier vertretenen Auffassung, sondern es lassen sich noch eine Reihe weiterer Gründe anführen, auf welche auch bereits vielfach in der Theorie und teilweise auch in der Praxis der obersten Gerichte Bezug genommen wurde¹⁾.

¹⁾ Von den hierauf bezüglichen Urteilen des Reichsgerichts sind in erster Linie zu nennen: Urt. v. 30. Okt. 1882 (I. Strafs.) E. VIII. 171; v. 28. Nov. 1883 (II. Strafs.) E. IX. 151; v. 23. September 1889 (III. Strafs.) E. XIX. 386.

So hat man mehrfach darauf hingewiesen, dass die Auffassung der Nichterweislichkeit als Thatbestandsmerkmal zu unhaltbaren und vom Gesetzgeber sicher nicht gewollten Konsequenzen führen würde. Der verbrecherische Dolus erfordert nämlich, dass der Wille des Thäters sich auf die Vornahme der betreffenden Handlung richte und dass dem Thäter zugleich auch alle Eigenschaften und Merkmale seiner Handlung bekannt und bewusst seien, welche nach der gesetzlichen Thatbestandszeichnung das fragliche Delikt ausmachen. Liegt nun die Nichterweislichkeit als objektive Bedingung der Strafbarkeit (oder die Erweislichkeit als Strafausschliessungsgrund) ausserhalb des gesetzlichen Thatbestandes der üblen Nachrede, so hat dies zur Folge, dass dann auch die Willensschuld des Thäters dies Moment nicht mitzuumfassen braucht; während im anderen Fall, wenn man nämlich die Nichterweislichkeit als Thatbestandsmoment betrachtet, das Bewusstsein des Thäters sich auch auf dieses Merkmal erstrecken und ihm sein Dolus auch in dieser Richtung nachgewiesen werden müsste. Gerade diese Konsequenz kann aber das Gesetz unmöglich gewollt haben; dieselbe müsste geradezu als unerträglich erscheinen. „Wenn dem Beleidiger nachgewiesen werden müsste, dass er zur Zeit der That gewusst habe, dass die behauptete Thatsache unbeweisbar sei, so würde man zur Verurteilung einen Beweis voraussetzen, der in den meisten Fällen nicht geliefert werden könnte, da selbst bei einem völlig unerheblichem Versuche des Wahrheitsbeweises schwerlich dem Thäter nachzuweisen sein würde, dass er diesen Ausgang vorher gesehen habe, als er die Behauptung ausgesprochen. Hiermit würde dem Beleidiger ein Freibrief zu den schwersten Ehrverletzungen gegeben¹⁾.“

Ein weiteres wichtiges Argument ist aus der Entstehungsgeschichte des § 186 zu entnehmen. In § 184 des Entwurfs war, wie bereits im historischen Teile vorliegender Abhandlung näher ausgeführt wurde, dem Verleumdungsbegriff eine allzu weitgehende Ausdehnung verliehen. Man beabsichtigte, innerhalb dieser Strafdrohung überhaupt alle ehrenrührigen Nachreden, die wissentlich unwahren wie auch die bloss leichtfertigen und nicht erweislich wahren Nachreden, zu treffen, weshalb man, wie die Motive sich ausdrücken, nicht die Unwahrheit der Thatsache als positives Moment des Thatbestands, sondern die Wahrheit derselben als ein die Strafbarkeit der Handlung ausschliessendes

¹⁾ v. Schwarze, G.-S. Bd. XXXII. S. 561 ff. hier 563. — Hingegen Binding, „die Normen und ihre Übertretung“ Bd. II S. 610, fordert auch das Bewusstsein der Nichterweislichkeit.

Moment erklärte. Lediglich um den Verleumdungsbegriff in seiner ihm eigentümlichen Bedeutung zu wahren, wurde die eigentliche Verleumdung in § 184^a (nunmehr § 187) ausgeschieden, § 184 aber (nunmehr § 186) in seiner ursprünglichen Fassung bestehen gelassen, wobei im Reichstage ausdrücklich der hierin ausgesprochene Grundsatz bestätigt und anerkannt wurde, dass nämlich Niemand Thatsachen, die einen Anderen verächtlich zu machen geeignet sind, behaupten oder verbreiten dürfe, wenn er nicht im stande sei, seine Behauptung auch zu vertreten und Beweise jeder Zeit für dieselbe beizubringen.

Gerade durch die nunmehrige Gegenüberstellung der üblen Nachrede und der die wissentliche Unwahrheit erfordernden Verleumdung ist die Absicht des Gesetzgebers, dass für die üble Nachrede das Bewusstsein der Nichterweislichkeit nicht verlangt werden dürfe, ins deutlichste Licht gestellt. Der Unterschied zwischen einer unwahren und einer nicht erweislich wahren Thatsache würde fast bedeutungslos sein, wenn auch im letzteren Falle der Beweis zu führen wäre, dass dem Thäter schon zur Zeit der Kundgebung die nachgeredete Thatsache als eine nicht erweisliche bekannt gewesen sei. Der ausgesprochene Zweck des § 186 und das schon in der Benennung „Beleidigung“ zu Tage tretende Bestreben, die üble Nachrede möglichst scharf von der Verleumdung und dem ihr spezifisch eigentümlichen malitiösen Bewusstsein zu trennen, würde vollständig illusorisch werden.

Noch ein weiteres Argument für die Auffassung der Nichterweislichkeit als bloss objektive Bedingung der Strafbarkeit führt das Reichsgericht in den Entscheidungsgründen des Urteils vom 28. November 1883¹⁾ an, indem es unter Hinweis auf § 190 bemerkt: „Wenn dort für den Fall, dass die behauptete oder verbreitete Thatsache eine strafbare Handlung ist, bestimmt ist, dass der Beweis der Wahrheit ausgeschlossen sei, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung vor der Behauptung oder Verbreitung rechtskräftig freigesprochen worden ist, so ist damit jedenfalls für diesen Fall die Frage, ob die negative Bedingung für die Strafbarkeit der Beleidigung aus § 186, („wenn nicht die Thatsache erweislich wahr ist“), ein Thatbestandsmerkmal oder ein Strafausschlussgrund sei und damit zugleich die Frage, ob der gute Glaube an die Beweisbarkeit der behaupteten Thatsache straffrei mache, ganz ausgeschlossen. Da nun der gute Glaube an die behauptete Thatsache mit der Thatsache der Freisprechung, zumal wenn

¹⁾ E. IX. 151.

der Thäter von der Letzteren keine Kenntnis erhalten hatte, sehr wohl vereinbar ist, so würde es unkonsequent und ungerechtfertigt sein, wenn der Gesetzgeber in diesem Fall den Beweis des guten Glaubens ausgeschlossen, in den übrigen Fällen aber zugelassen hätte.“

2. Nach dem Bisherigen steht mithin fest, dass die Nichterweislichkeit der ehrenrührigen Nachrede objektive Bedingung der Strafbarkeit ist, und dass sonach das Bewusstsein des Injurianten sich nicht auch auf dieses Moment zu erstrecken braucht. Daraus folgt, dass auch derjenige wegen übler Nachrede zu bestrafen ist, der bona fide eine nicht erweisliche ehrenkränkende Thatsache behauptete oder einem für glaubwürdig bekannten oder gehaltenen Gewährsmann nacherzählte, wie auch derjenige, der eine an sich wahre Thatsache, von deren Wahrheit er auch überzeugt ist, verbreitet hat, sofern der Beweis derselben nicht zu erbringen ist, sei es auch nur deshalb, weil durch äussere Umstände ein etwa früher möglicher und dem Verbreitenden bekannter Beweis zur Zeit nicht mehr zugänglich oder durch irgend welchen Zufall entrissen worden ist. Auf der anderen Seite muss hinwiederum der Beweis der objektiven Wahrheit genügen, sollte auch der Angeklagte selbst die Thatsache für unwahr gehalten haben.¹⁾

Das Gesetz ist eben in § 186 „von der Vermutung der Ehrenhaftigkeit des Beleidigten und der Rechtswidrigkeit eines jeden den guten Namen des Anderen verletzenden Angriffs ausgegangen und hat deshalb die Nachrede ehrenrühiger Dinge an sich als Form der Beleidigung verboten und ohne Rücksicht auf den guten oder bösen Glauben die objektive Unwahrheit der behaupteten Thatsache so lange unterstellt, als nicht der Beweis der Wahrheit erbracht ist.“²⁾ Dies kann allerdings zu manchen Härten und Unbilligkeiten führen. Trotz alledem aber hat das Gesetz mit vollem Recht diesen Standpunkt aufrecht erhalten. Denn es ist eben dem menschlichen Geiste nicht gegeben, derartige feine, innere Momente mit vollständiger Sicherheit zu beurteilen und dem Gesetzgeber ist es unmöglich, hier eine scharfe und für alle Fälle gerechte und genügende Grenze zu ziehen; hier kann man geradezu sagen, dass von zwei Übeln das kleinere gewählt werden musste. Gerade gegen die leichtfertigen und in ihren Folgen oft unberechenbar schädigenden ehrenrührigen Nachreden war mit aller

¹⁾ Oppenhoff ad. § 186 n. 12.

²⁾ R.-G. Urt. v. 23. September 1889 E. XIX. 386; ähnlich Hälschner Deutsch. Str. Bd. II. S. 194.

Strenge vorzugehen. Daher wird mit vollem Recht von der Strafdrohung des § 186 Jeder getroffen, der eine ehrenkränkende Thatsache behauptet oder verbreitet und sich nicht aufs sorgfältigste des Beweises der Wahrheit seiner Nachrede versichert hat, so dass er denselben erforderlichen Falls auch stets zu führen vermag.

Dass man übrigens in der üblen Nachrede nicht etwa eine kulpöse Verleumdung erblicken darf, ergibt sich schon aus der bisherigen Darstellung. Allerdings vertreten verschiedene, selbst moderne, Kriminalisten noch die entgegengesetzte Ansicht, indem sie die üble Nachrede bald als ein fahrlässiges bezw. als ein teils vorsätzliches teils fahrlässiges Delikt,¹⁾ bald auch negativ als „nicht vorsätzliche Verleumdung“²⁾ bezeichnen. Es betrachten nämlich diese Schriftsteller das Moment der Nichterweislichkeit als Thatbestandsmerkmal, fordern aber trotzdem nicht das Bewusstsein des Thäters von dieser Unerweislichkeit. Es sei vielmehr in dieser Beziehung schon die blosse Fahrlässigkeit genügend, ja es gehe der Gesetzgeber sogar in unkonsequenter und zugleich ungerechter Weise über den Umfang der Fahrlässigkeit hinaus und stelle auch den blossen Zufall unter Strafe. § 186 enthalte demzufolge eine Rechtsvermutung in zweifacher Richtung:³⁾ einmal werde ein objektives Thatbestandsmerkmal, das der Unwahrheit der Thatsache, präsumiert, und zum anderen werde ein Moment des subjektiven Thatbestands kraft einer unwiderleglichen Vermutung angenommen, indem die Fahrlässigkeit bezüglich der Unerweislichkeit der nachgeredeten Thatsache nicht bewiesen zu werden brauche und den Angeklagten nur der zu seinen Gunsten geführte Wahrheitsbeweis befreie.

Diese Ansichten sind aber nicht zutreffend. Zwar ist richtig, dass für die üble Nachrede das Bewusstsein der Unerweislichkeit nicht gefordert werden darf; unrichtig ist aber die Voraussetzung, von der jene Schriftsteller ausgehen, dass nämlich die Nichterweislichkeit ein Thatbestandsmerkmal sei, und unrichtig demzufolge auch die Kon-

1) Loening Grundriss S. 30; Ferdin. Schmid „Die Präsumtionen im deutsch. Reichsstrafr.“ Dissert. Jena 1884 S. 67 ff.: „vorsätzlich sei das Weiterverbreiten des Gerüchts, dieses enthalte eine Beleidigung, wenn die genaue Prüfung der Wahrheit desselben fahrlässiger Weise unterblieben sei.“ Im Weiteren kommt aber Schmid durch Annahme einer Schuldpräsumtion zur Ausdehnung der Bestrafung auch über die Fahrlässigkeit hinaus. — Ähnlich auch Merkel Lehrb. S. 293.

2) Hugo Meyer Lehrb. S. 611.

3) Ferd. Schmid a. a. O. S. 68, 69.

struktion der üblen Nachrede als Verbindung einer vorsätzlichen und einer fahrlässigen Handlung zu einem Delikt oder auch als nicht vorsätzliche Verleumdung. Es mag dahin gestellt bleiben, ob sich überhaupt die Annahme des Vorsatzes und zugleich auch der Fahrlässigkeit in Bezug auf die verschiedenen Thatbestandsmerkmale desselben Deliktes mit den allgemeinen Grundsätzen über den kriminellen Dolus vereinigen liesse; es genügt zu bemerken dass, wie oben (sub. Z. 1) eingehend dargestellt wurde, die Nichterweislichkeit nur eine objektive Bedingung der Strafbarkeit der üblen Nachrede ist und mithin ausserhalb des Deliktsthatbestandes liegt, so dass in dieser Richtung das Bewusstsein und die Willensrichtung des Thäters überhaupt nicht relevant und daher für die Konstruktion und Charakterisierung dieses Delikts ohne Einfluss sind.

Die üble Nachrede erfordert aber, wie jede strafbare Beleidigung, die Vorsätzlichkeit der Verübung; sie ist ein doloses Vergehen. Der Thäter muss die Kundgebung — das Behaupten oder Verbreiten der Thatsache in Beziehung auf einen Anderen — gewollt haben und zugleich sich des Charakters derselben als einer den Anderen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeigneten Thatsachenbehauptung bewusst gewesen sein. Kommt hiezu noch das äussere Moment, dass die Wahrheit der nachgeredeten Thatsache nicht erwiesen werden kann, so muss Bestrafung wegen übler Nachrede eintreten, gleichgültig ob der Thäter das Bewusstsein der Nichterweislichkeit hatte, oder ob er in Bezug hierauf fahrlässig und leichtsinnig oder sogar ohne Schuld war.¹⁾

3. Das Gesetz verlangt, dass die Nachrede nicht erweislich wahr sei, im Gegensatz zu dem für die Verleumdung charakteristischen Erfordernis der bewusst unwahren Thatsache. Es ist klar, dass eine Thatsache sehr wohl als eine wahre nicht erweisbar sein kann, ohne dass sie darum auch in Wirklichkeit unwahr zu sein braucht; und ebenso ist sicher, dass der Injuriant von der Wahrheit der nachgeredeten Thatsache überzeugt sein kann, trotzdem er zugleich das Bewusstsein ihrer Unerweislichkeit hat.

Das unterscheidende Merkmal zwischen übler Nachrede und Verleumdung liegt gerade in diesem Gegensatze und tritt sonach in der Art des zu erbringenden bzw. erbrachten Beweises zu Tage.

Während wegen Verleumdung nur derjenige bestraft werden kann gegen den der positive Beweis der Unwahrheit der Nachrede und

¹⁾ Nur bezüglich der Strafzumessung wäre dies in Berücksichtigung zu ziehen.

zwar der wissentlichen Unwahrheit erbracht ist, muss Bestrafung wegen übler Nachrede schon dann eintreten, wenn der Beweis der Wahrheit nicht hatte geliefert werden können. Somit nimmt der Angeklagte in beiden Fällen einen durchaus verschiedenen Standpunkt ein. Im ersteren Fall (bei der Verleumdung) hat er lediglich das Interesse, dass der Beweis der Unwahrheit nicht erbracht werde; er kann sich also zum mindesten völlig passiv der Anklage gegenüber verhalten, die ihrerseits bemüht sein wird, alles vorhandene Material herbeizuschaffen, um den Beweis der Unwahrheit der behaupteten Thatsache zu erbringen und hiedurch zur Feststellung eines wesentlichen Thatbestandsmerkmals der Verleumdung mitzuwirken. Aber der Angeklagte muss sich bewusst bleiben, dass beim Misslingen jenes Beweises eine eventuelle Bestrafung wegen übler Nachrede nicht ausgeschlossen ist.¹⁾ Da es aber hiefür schon genügt, dass die nachgeredete Thatsache nicht erweislich wahr ist, so wird dem Angeklagten daran gelegen sein müssen, dass nicht nur die Unwahrheit seiner Behauptung nicht dargethan, sondern im Gegenteil deren Wahrheit erwiesen werde. Gerade deshalb wird aber derselbe nunmehr bestrebt sein, das erforderliche Beweismaterial zu beschaffen, um den Richter von der Wahrheit der nachgeredeten Thatsache zu überzeugen.

So sehr nun auch diese Sachlage es nahe zu legen scheint, hierin eine Verteilung der Beweislast und speziell bei der üblen Nachrede eine Übertragung der Beweislast auf den Angeklagten zu erblicken, so wäre eine solche Auffassung dennoch unzutreffend und dem Charakter und Wesen des Strafprozesses widersprechend.²⁾ Zwar ist gerade im modernen Strafprozess das akkusatorische Prinzip in weiterem Umfang zur Anerkennung gelangt; trotzdem aber ist derselbe, vor allem in Bezug auf den Beweis, von dem durch den öffentlich rechtlichen Charakter des Strafrechts geforderten Grundsatz des Strebens nach materieller Wahrheit beherrscht, welcher eine Verteilung der Beweislast im Sinne des Civilprozesses ausschliesst und die Wahrheitserforschung zur Aufgabe des Richters selbst macht.³⁾ Demgemäss

1) Allerdings muss der Angeklagte für diesen Fall auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes hingewiesen und ihm Gelegenheit zur Verteidigung gegeben werden. (R.-St.-P.-O. §§ 263, 264, 424). In dieser Richtung sind gerade bezügl. Verleumdung und übler Nachrede die Entscheidungen des R.-G. vom 26. November 1881 E. V. 211, R. III. 744, und v. 5. November 1889 E. XX. 34 von besonderer Wichtigkeit.

2) Vergl. hierüber insbes. v. Schwarze G. S. Bd. XXXII S. 561 ff.; auch Ferd. Schmid a. a. O. S. 66.

3) Löwe Komm. z. R.-St.-P.-O. ad. § 153 n. 4.

hat der Strafrichter, soweit ihm das durch die Prozessparteien dargebotene Beweismaterial hinreichende Aufklärung und eine genügende eigene Überzeugung nicht zu verschaffen vermag, die Pflicht, „durch Herbeischaffung anderer Beweismittel, sofern solche vorhanden und dem Gerichte bekannt sind, die noch erforderliche Aufklärung zu versuchen.“¹⁾

Dies gilt wie für das Verfahren auf öffentliche Anklage, so auch für das Privatklageverfahren. Da die Stellung und Aufgabe des Richteramtes hier keine andere ist wie dort (§ 424 R.-St.-P.-O.), so findet auch hier vor allem die Bestimmung des § 153 R.-St.-P.-O. Anwendung, wonach die Gerichte zu einer selbständigen Thätigkeit berechtigt und verpflichtet und bei Anwendung des Strafgesetzes an die gestellten Anträge der Parteien nicht gebunden sind, sondern geeigneten Falls sogar über die Anträge des Privatklägers hinausgehen,²⁾ und die inkriminierte That aus anderen rechtlichen Gesichtspunkten als den vom Privatkläger hervorgehobenen beurteilen können.

Dementsprechend sind die Gerichte auch bei der Privatklage verpflichtet, in selbständiger Thätigkeit die Wahrheit zu erforschen und eventuell von Amtswegen die Beweisaufnahme zu ergänzen,³⁾ um sodann nach freier aus dem Inbegriffe der Verhandlung geschöpfter Überzeugung über das Ergebnis der Beweisaufnahme zu entscheiden und Urteil zu erlassen über die in der Anklage (dem Eröffnungsbeschlusse) bezeichnete That, wie diese sich nach dem Ergebnisse der Hauptverhandlung darstellt. Bei dieser Sachlage ist es offenbar unangänglich, von einer Verteilung der Beweislast unter die Prozessparteien zu sprechen.

Interessant ist in dieser Beziehung eine Abhandlung von Bähr⁴⁾ „über die Beweislast in Betreff der Wahrheit und Unwahrheit bei Verantwortlichmachung wegen übler Nachrede.“ Derselbe präzisiert nämlich das unterscheidende Moment zwischen der üblen Nachrede und der Verleumdung dahin, „dass bei § 186 der Angeklagte den Beweis der Wahrheit als Entschuldigungsbeweis, bei § 187 der Ankläger den Beweis der Unwahrheit als Anschuldigungsbeweis zu erbringen habe; im ersteren Falle komme das non liquet dem Ankläger,

1) R.-G. Urt. v. 4. Juni 1888 R. X. 421.

2) Löwe Komm. z. R.-St.-P.-O. ad. § 424. n. 2.

3) Insbesondere ist auf das Urteil d. R.-G. vom 23. März 1882 E. VI 135 zu verweisen.

4) In Ihering's Jahrbücher Bd. XXVI (n. F. XIV) S. 212 ff.

in dem letzteren dem Angeklagten zu statuten.“ Mag man nun diese Ausdrucksweise, welche allerdings die regelmässige Gestaltung im Einzelfalle kurz und prägnant wiedergibt, gutheissen oder nicht, so darf sie jedenfalls nicht zu der unrichtigen Auffassung verleiten, als ob hierin eine Regelung der Beweislast zu erblicken sei.

Im Anschlusse hieran wirft Bähr noch die Frage auf, ob demjenigen, welcher sich durch die Nachrede einer Thatsache beleidigt glaubt, stets die Wahl freistehe, entweder nach § 186 zu klagen und damit dem Gegner den Beweis der Wahrheit zuzuwälzen, oder selbst den Beweis der Unwahrheit zu übernehmen und nach § 187 Klage zu erheben. Über diese Frage, so führt Bähr aus, sei im Strafgesetzbuch nichts zu finden, weshalb dasselbe nach wissenschaftlichen Grundsätzen ergänzt werden müsse. Hiedurch aber gelange man zu dem Schlusse, dass ein solches Wahlrecht keineswegs unbedingt anzuerkennen sei. Es könne vielmehr für den Fall, dass der Angeschuldigte d. i. derjenige, welcher die betreffende ehrenrührige Nachrede führte, einen Beruf zum Reden (zu jener Kundgebung) hatte, sei es durch eine Rechtspflicht im engeren Sinn, oder durch eine moralische Verpflichtung, oder durch ein wohlberechtigtes Interesse (was alles aus § 193 zu folgern sei), der Beweis der Wahrheit der nachgeredeten Thatsache von dem Angeschuldigten nicht verlangt werden, es müsse also hier der Ankläger den Beweis der Unwahrheit erbringen, mit anderen Worten für diesen Fall dürfe nur wegen Verleumdung und nicht wegen Beleidigung nach § 186 geklagt werden.

Dieser Ansicht kann aber nicht beigestimmt werden, wie ja auch die Annahme einer unter den Prozessparteien verteilten Beweislast überhaupt zurückgewiesen wurde.

Bähr operiert hier offenbar zu viel mit civilprozessualen Begriffen. Wenn man überhaupt im Strafprozess von einem derartigen Wahlrecht sprechen dürfte, so wäre dies doch ohne Belang. Die öffentliche Klage, wie die Privatklage, stützt sich immer auf eine bestimmte Handlung oder Unterlassung des Angeschuldigten. Diese Handlung oder Unterlassung bildet den Gegenstand der Anklage, und kann insofern von einem Wahlrecht überhaupt nicht die Rede sein. Die Anklage präzisiert aber auch die That als eine strafbare und muss unter Anderem ihre gesetzlichen Merkmale und das anzuwendende Strafgesetz bezeichnen. Der Ankläger kann nun allerdings die That richtig oder falsch charakterisieren, dies kann man aber doch nicht ein Wahlrecht nennen. Es wird vielmehr der Ankläger lediglich die inkriminierte

Handlung, so wie sie ihm bekannt ist, seine eigene Rechtsanschauung und das ihm zu Gebote stehende Beweismaterial zu Rate ziehen und hiernach ermessen, ob die That im Ganzen wie in ihren einzelnen Merkmalen als eine derartige erscheint, welche gegen eine bestimmte Strafdrohung verstösst und die Thatbestandsmomente eines bestimmten Deliktes enthält. Steht Beweismaterial zur Verfügung, welches genügend erscheint, die Unwahrheit einer nachgeredeten ehrenrührigen Thatsache, wie auch das Bewusstsein des Thäters von derselben zu erhärten, so wird demgemäss auch die öffentliche bzw. Privatklage erhoben werden, während im gegenteiligen Fall die Anklage nur auf § 186 zurückgreifen wird. Von ähnlichen Erwägungen geleitet wird sodann vom Gerichte die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen werden unter Angabe der dem Angeklagten zur Last gelegten That und unter Hervorhebung ihrer gesetzlichen Merkmale und des anzuwendenden Strafgesetzes. Das in der Sache entscheidende Gericht ist aber, nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung (§ 263 R.-St.-P.-O.), nicht an die Beurteilung der That, welche dem Eröffnungsbeschlusse zu Grunde liegt, noch weniger natürlich an diejenige, welche der Ankläger aufgestellt hat, gebunden. Da nun eine Überwälzung der Beweislast auf die eine oder die andere Prozesspartei im Strafprozesse nicht in Frage kommt, so ist hiemit auch der Frage nach einem Wahlrecht des Anklägers alle Bedeutung genommen.

4. Noch erübrigt die Frage, was eigentlich der Gegenstand des Beweises, das *thema probandum*, sei. Dies beantwortet sich scheinbar einfach und unzweifelhaft aus den Worten des Gesetzes: es muss die Wahrheit der Thatsache erwiesen werden, welche der Thäter in Beziehung auf einen Anderen behauptet oder verbreitet hat. Eine Schwierigkeit ergibt sich aber dadurch, dass in vielen Fällen nicht genau die nämliche Thatsache in allen Punkten erwiesen werden kann, bzw. dass die erwiesene Thatsache nicht in allen Einzelheiten mit der nachgeredeten übereinstimmt, wenn sie auch in wesentlichen Punkten mit ihr völlig kongruent sein mag. In solchen Fällen dürfte als Norm festzuhalten sein, dass zwar stets gerade die behauptete oder verbreitete Thatsache, und, wenn die Nachrede lediglich als Gerücht oder unter ausdrücklicher Berufung auf ein Gerücht geschehen ist, die in diesem Gerüchte enthaltene Thatsache in allen wesentlichen Punkten, und, wenn es der Vorwurf einer strafbaren Handlung ist, auch die innere Thatsache des für die Strafbarkeit erforderlichen Vorsatzes oder der spezifischen Absicht erwiesen sein muss, während darüber hinaus auf geringere, minder wichtige Nebenumstände kein Gewicht zu legen ist.

Dabei muss allerdings beachtet werden, dass das Verschweigen gewisser oftmals scheinbar unwichtiger Momente, ebenso wie die Hinzufügung solcher Umstände, der nachgeredeten Thatsache einen ganz anderen Charakter gegenüber der als wahr erwiesenen Thatsache geben kann. Hier ist jedesmal der konkrete Fall nach seinen Besonderheiten aufs genaueste zu prüfen; es ist zu berücksichtigen die Thatsache, wie sie der Thäter gemeint, wie er sie behauptet oder verbreitet hat, und sodann im Gegensatz hiezu die Thatsache, wie sich dieselbe auf Grund des erbrachten Beweises als wahr darstellt, und zwar als wahr schon zu jener Zeit, wo die fragliche Nachrede kundgegeben wurde.

v. Schwarze vertritt in seinen „Bemerkungen zur Lehre von der Einrede der Wahrheit“¹⁾ eine ähnliche Ansicht und bemerkt im Anschluss daran, dass man hier der nämlichen Erscheinung begegne, als wenn es sich um den Beweis einer Beleidigung handle, z. B. es wird das Wort „Schuft“ denunziert, während das Wort „Schurke“ nachgewiesen wird. Eine derartige Verschiedenheit sei in der Praxis für unerheblich angesehen worden. Der Umstand allein, dass die erwiesene Beleidigung die nämliche Ehrverletzung erzeugt habe, würde zwar nicht entscheiden, vielmehr müsse man von der Frage ausgehen, ob der Beleidigte denselben Vorgang bzw. dieselbe Äusserung gemeint habe, als er die Denunziation erhob, und ob nicht etwa andererseits der Angeklagte durch die Zulassung einer solchen Klagänderung in seiner Verteidigung beschränkt werde. Dieses solle analog auch für den Beweis der nachgeredeten Thatsache gelten, sofern nicht genau dieselben Einzelheiten erwiesen werden konnten. Auch hier sei dies insoweit von keinem Einflusse, als die Abweichung in Bezug auf die Ehrenhaftigkeit bzw. Ehrlosigkeit des Beschuldigten keine Verschiedenheit bedeute. Diese Gesichtspunkte dürften auch in der That zur Lösung auftauchender Zweifel und Schwierigkeiten ausreichende Handhabe bieten, wie dies auch durch mehrere von Schwarze angeführte Beispiele dargethan wird.²⁾

1) G. S. XXXII. S. 575.

2) Dies ist auch die z. Z. in Theorie und Praxis herrschende Ansicht. R.-G.-Urt. v. 7. März 1880 E. II. 3, R. I. 551; Oberl. München Urt. 27. Juli 1882 Bd. II 166 u. A.) Gegner ist Kronecker (G. S. XXXII S. 62 ff.), welcher diese Auffassung mit Rücksicht auf den strikten Wortlaut des § 186 für unrichtig erachtet, dabei aber anerkennt, dass sie unzweifelhaft dem Rechtsgefühl entspreche. Deshalb sei eine andere Fassung des § 186 wünschenswert, wonach unter Weglassung der Worte „wenn nicht diese Thatsache erweislich wahr ist“ ein

5. Noch bedürfen an dieser Stelle einige prozessrechtliche Fragen besonderer Erwähnung.

Der erbrachte Beweis der behaupteten oder verbreiteten Thatsache muss nach richtiger Ansicht als Strafausschliessungsgrund aufgefasst werden. Dies hat gemäss § 262 Abs. 2 R.-St.-P.-O. zur Folge, dass die Entscheidung über diesen Punkt in prozessualer Beziehung in das Gebiet der Schuldfrage fällt und stets und in jedem Fall diesbezügliche Feststellung erforderlich ist, und zwar muss nach positiver Bestimmung des § 262 Abs. 1 *ibid.* zu jeder dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung in dieser Richtung eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der urteilenden Richter gegeben sein.¹⁾

Eine wichtige Bestimmung enthält § 191 des Strafgesetzbuches, die zweifellos für die üble Nachrede Anwendung finden muss. Darnach ist mit dem Verfahren und der Entscheidung über die Beleidigung innezuhalten, sofern wegen der strafbaren Handlung, welche den Gegenstand der Nachrede bildet, zum Zweck der Herbeiführung eines Strafverfahrens bei der Behörde Anzeige gemacht ist; die Unterbrechung hat fortzudauern bis zu dem Beschlusse, dass die Eröffnung der Untersuchung nicht statfinde, oder bis zur Beendigung der eingeleiteten Untersuchung. Ihre Erklärung und Rechtfertigung gewinnt diese Bestimmung aus der Vorschrift des § 190 R.-St.-G.-B., nach welcher die Entscheidung über die in der Nachrede vorgeworfene strafbare Handlung in gewissem Sinn und Umfang massgebend ist für den Beweis der Wahrheit der üblen Nachrede. Die Vorschrift des § 191 ist imperativ, nicht bloss instruktionell; sie ist nicht erst von einem Antrage des Angeklagten abhängig; ihre Nichtbeachtung würde die Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren enthalten, auf welche die Revision (§ 376 R.-S.-P.-O.) gestützt werden kann.

Was die Führung des Beweises selbst anlangt, so richtet sich diese vollständig nach den Regeln des Strafprozesses. Es kann sonach der Beweis durch alle nach der Reichsstrafprozessordnung zulässige Beweismittel, aber auch nur durch diese geführt werden. Darnach ist die Eidesdelation ausgeschlossen. Dies ist für unser heutiges Recht

besonderer Zusatz zu schaffen sei, etwa dahin: „Eine Bestrafung findet nicht statt, wenn die behauptete oder verbreitete Thatsache selbst oder eine Thatsache von derselben Art erwiesen wird, deren Verschiedenheit von der behaupteten oder verbreiteten den beleidigenden Charakter der Nachrede weder hervorruft noch erhöht.“

¹⁾ R.-G.-Urt. v. 2. November 1882 R. IV. 782.

unzweifelhaft und bedurfte keiner besonderen Hervorhebung im Strafgesetzbuch, wie solches noch im preussischen Strafgesetzbuch in § 157 für nötig befunden worden war.

Eine gewisse Beschränkung hat der prozessuale Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung durch § 190 des Strafgesetzbuches erfahren. Hiernach soll nämlich, sofern die behauptete oder verbreitete Thatsache eine strafbare Handlung ist, der Beweis der Wahrheit als erbracht anzusehen sein, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung rechtskräftig verurteilt worden ist, und umgekehrt, es soll derselbe ausgeschlossen sein, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung vor der Behauptung oder Verbreitung rechtskräftig freigesprochen worden ist. Die Anwendung dieser Bestimmung auf die üble Nachrede steht ausser Zweifel. § 190 enthält eine formelle Beweisregel. Der über die üble Nachrede urteilende Richter ist unter den in § 190 bezeichneten Voraussetzungen an die rechtskräftige Entscheidung aus einem anderen Verfahren gebunden, so dass sein Urteil sich nicht wie sonst auf die von ihm im konkreten Falle selbst gewonnene materielle Ueberzeugung gründet. Diese Vorschrift unseres Strafgesetzbuches, soweit sie insbesondere die vor der Nachrede erfolgte Freisprechung betrifft, ist vom kriminal-politischen Standpunkte aus nicht unbedenklich; sie wird darum auch von verschiedenen Kriminalisten mit Recht bekämpft¹⁾. Denn auf Grund dieser Bestimmung kann der Fall eintreten, dass eine ergangene unrichtige Entscheidung über die nachgeredete strafbare Handlung den Richter im Beleidigungsprozesse zu einem seiner eigenen Überzeugung widersprechendem Urteile nötigt.

6. Noch ist in diesem Zusammenhange die berühmte Streitfrage zu berühren, ob nämlich eine Anschuldigung im Sinne des § 164 R.-St.-G.-B., die zwar nicht erweislich wahr oder geradezu objektiv falsch, aber nicht, wie solches für die Bestrafung nach § 164 gefordert wird, wider besseres Wissen erhoben ist, straflos bleibt oder ob dieselbe möglicherweise nach § 186 als üble Nachrede verfolgt und bestraft werden könne. Mit der herrschenden Doktrin²⁾ hat

1) Vergl. insbes. Ferd. Schmid a. a. O. S. 70 ff.

2) So insbes. Hälschner Deutsch. Strafr. Bd. II S. 900 ff., und Hess „Die falsche Anschuldigung“ Dissert. Tübingen 1888, S. 52 ff. Letzterer kommt jedoch zu dem Resultat (S. 60), dass zwar an sich die nicht wissentlich falsche Beschuldigung, wenn zugleich der Thatbestand des § 186 vorhanden ist, nach § 186 zu bestrafen, dieselbe aber dann auf Grund des § 193 straflos sei. — Vergl. auch Wilhelm G. S. XLV S. 213.

sich auch das Reichsgericht¹⁾ der letzteren Auffassung angeschlossen, wonach die Nachrede einer ehrenrührigen Thatsache, die Beleidigung im Sinne des § 186, auch in der Form der Denunziation bei einer Behörde geschehen kann.

Gegen diese Ansicht wandte sich insbesondere Herzog im Gerichtssaal d. J. 1880²⁾, nachdem er bereits im Jahre 1876 in derselben Zeitschrift diesen seinen abweichenden Standpunkt vertreten hatte.

Bei der Beurteilung dieser Frage wird von folgenden Gesichtspunkten auszugehen sein:

Wenn in § 164 des R.-St.-G.-B. die wissentlich falsche bei einer Behörde erstattete Anzeige einer von Jemanden begangenen (kriminell oder disziplinär) strafbaren Handlung als falsche Anschuldigung bedroht ist, so folgt hieraus, wie Hess treffend bemerkt, nur, dass das Gesetz die nicht wissentlich falsche Beschuldigung nicht als falsche Anschuldigung bestrafen will, nicht aber auch, dass die nicht wissentlich falsche Denunziation stillschweigend für straflos erklärt sei.

Wenn vielmehr in der Form der nicht wissentlich falschen und deshalb als „falsche Anschuldigung“ nicht strafbaren Anzeige der Thatbestand eines bestimmten anderen Deliktes verwirklicht ist, so hat, weil das Gesetz für eine derartige Beschuldigung eine besondere Strafdrohung nicht gegeben hat, nach allgemeinen Grundsätzen Bestrafung wegen jenes in der Beschuldigung enthaltenen anderweitigen Deliktes einzutreten, und es könnte diese Bestrafung nur durch eine ausdrückliche Bestimmung, nicht durch blosses Stillschweigen des Gesetzes ausgeschlossen werden. Eine solche ausdrückliche Bestimmung liegt aber hier nicht vor. Daher ist auch der Umstand, dass jenes andere Delikt nicht in dem gleichen Abschnitt des Strafgesetzbuches steht, in welchem die falsche Anschuldigung vorgesehen ist, ohne jeden Belang.

Nun kann in der That eine nicht wissentlich falsche Beschuldigung in der Weise verübt werden, dass dieselbe sämtliche Merkmale der üblen Nachrede in sich schliesst. Zwar enthält nicht jede falsche Anschuldigung ohne weiteres auch eine Beleidigung. Die grundlose Anzeige einer strafbaren Handlung entspricht nicht notwendig als solche auch schon den Erfordernissen der üblen Nachrede. Nicht jede

1) R.-G.-Urt. v. 8. Dezember 1879 E. I. 233, R. I. 121 und viele weitere Urteile bis in die neueste Zeit.

2) Bd. XXXII S. 81 ff. — Eine ähnliche Ansicht vertreten: John Zeitschr. für die gesamte Strafrechtsw. Bd. I. S. 301 ff., v. Buri G. S. Bd. XXXIII, S. 428, 429, Hugo Meyer Lehrb. S. 613.

strafbare Handlung trägt in sich die Eigenschaft, den Angeschuldigten verächtlich zu machen, oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen;¹⁾ so wird z. B. in der Anzeige, dass jemand die Polizeiverordnung bezüglich der Strassenreinigung nicht beobachtet habe, kaum Jemand den Vorwurf einer ehrenrührigen Thatsache erblicken. Wenn und insoweit aber der Anschuldigung jene Eigenschaft zukommt und insbesondere auch das Bewusstsein dieser ihrer ehrenkränkenden Natur bei dem Denunzianten vorhanden ist, sind die Erfordernisse der üblen Nachrede als einer (hier in Gestalt der Anzeige bei einer Behörde geschehenen) Kundgebung²⁾ einer ehrenrührigen Thatsache in Beziehung auf einen Anderen gegeben, und es bleibt nur noch die Frage offen, ob nicht eine solche in der Form der Denunziation bei Gericht verübte Nachrede gerade wegen dieser Form eine berechtigte und darum unsträfliche Handlung sei. Diese Frage ist insbesondere in Hinblick auf § 193 dahin zu beantworten, dass in der That ein allgemeines Denunziationsrecht, teilweise sogar eine Denunziationspflicht besteht, mithin derjenige, welcher in Ausübung dieses Rechtes eine nicht erweislich wahre, ehrenrührige und strafbare Handlung eines Anderen bei einer Behörde anzeigt, nicht rechtswidrig handelt und darum auch wegen übler Nachrede nicht gestraft werden kann. Insoweit aber der Denunziant (und dieses Moment ist gerade hier besonders zu beachten) über die Grenzen dieses Rechtes hinausgeht, insoweit durch die Form der Anzeige oder durch die Umstände, unter denen sie geschah, das Vorhandensein einer rechtswidrigen Handlung, einer Beleidigung, begründet wird, hat dann auch, ebenso wie bei anderen Überschreitungen einer Berechtigung, die eventuelle kriminelle Haftbarkeit einzutreten. Für diesen Fall ist die nicht wissentlich falsche Anschuldigung als üble Nachrede nach § 186 zu bestrafen.

7. Anhangsweise sei noch auf die Wirkung eines *error in obiecto* (Verwechslung der Person) speziell bezüglich der üblen Nachrede eingegangen; denn auch hier ist gerade die Stellungnahme zu dem Moment der Nichterweislichkeit von Bedeutung.

1) Ebenso Oppenhoff ad. § 186 n. 17, Hess a. a. O. S. 50.

2) Herzog (G. S. XXXII S. 86, 87) ist der Ansicht, dass derjenige, welcher eine strafbare Handlung anzeige, dieselbe weder behaupte noch auch verbreite. Dies ist nach der oben (III. Abschn. § 1) gegebenen Erklärung der beiden Begriffe „behaupten“ und „verbreiten“ nicht richtig. Die Anzeige bei einer Behörde kann (ebenso wie die vertrauliche Kundgebung oder die Mitteilung an gewisse Personen: Familienoberhaupt, Lehrer), sowohl in der Form des Behauptens wie auch in jener des Verbreitens sich darstellen.

Man spricht von error in persona (Verwechslungsfall) dann, wenn die Handlung des Thäters eine bestimmte Person bezieht und diese auch getroffen hat, während der Thäter eine andere Person zu treffen vermeint und nur infolge eines Irrtums über die Identität des Objekts seine Handlung gegen die falsche Person gerichtet hatte. Dies würde beispielsweise der Fall sein, wenn A den B benannt und diesem eine ehrenrührige Thatsache nachgeredet hätte, auf die Klage des B aber in glaubhafter Weise sich damit verteidigen würde, dass er sich in der Person geirrt und den B für den C gehalten habe.

Ein solcher error in persona ist nach der herrschenden und wohl richtigen Ansicht für die Zurechnung zum Dolus irrelevant, insoweit beide Objekte dem fraglichen Verbrechensbegriff gegenüber gleich tauglich sind.

Demzufolge ist ein error in persona bei der Beleidigung i. e. S. (§ 185) im allgemeinen unerheblich. Der Beleidigungsdolus an sich wird durch ihn nicht ausgeschlossen¹⁾.

Schwieriger gestaltet sich die Frage bei der Verleumdung, aber auch hier kommt man zu dem nämlichen Resultate²⁾. Wenn der Injuriant A (— um bei obigem Beispiele zu bleiben —) das Bewusstsein hat, dass die dem vermeintlichen C nachgeredete Thatsache unwahr ist, so ändert sich dies Bewusstsein nicht dadurch, dass er den C mit dem B verwechselt; auch dem B gegenüber ist die Nachrede nicht bloss objektiv sondern auch subjektiv unwahr. Es ist B ein für den Verleumdungsbegriff ebenso taugliches Objekt wie C, und mithin schliesst der Irrtum in der Person die Annahme einer Verleumdung nicht aus.

Das Gleiche gilt im allgemeinen auch bezüglich der üblen Nachrede. Auch hier ist der error in persona für den Dolus ohne Einfluss und demzufolge für die Strafbarkeit der üblen Nachrede unerheblich. Immerhin ergibt sich hier eine bemerkenswerte Besonderheit. Nach der oben vertretenen Ansicht ist die Nichterweislichkeit der nachgeredeten Thatsache als objektive Bedingung der Strafbarkeit aufzufassen, und mithin ist der Injuriant, sofern er nur im übrigen den erforderlichen Beleidigungsvorsatz hatte, wegen übler Nachrede auch

1) 1 18 § 3 D. de injur. et famos. lib. 47. 10.

2) Die gleiche Ansicht vertritt Franz „Die Bedeutung des Irrtums im Strafrecht“ Dissert. Jena 1879 S. 61. In der Literatur ist die vorliegende Frage wenig berücksichtigt. Freudenstein a. a. O. S. 16 wendet sich gegen die Auffassung, dass der error in persona bei der Verleumdung unerheblich sei, ohne aber eine ausreichende Begründung seiner Ansicht zu bieten.

dann zu bestrafen, wenn er bona fide handelte. Darum wird auch im Falle eines error in persona der Beleidiger von der Strafe der üblen Nachrede nicht befreit, selbst wenn er den Beweis der Wahrheit der ehrenrührigen Nachrede in Beziehung auf die vermeintliche Person (den C) hätte erbringen können; denn der getroffenen Person (dem B) gegenüber ist und bleibt die nachgeredete Thatsache nicht erweislich wahr.

§ 6. Qualifizierte Fälle der üblen Nachrede.

Mit den im Bisherigen besprochenen Merkmalen ist der Thatbestand der üblen Nachrede, einschliesslich des als blosse objektive Bedingung der Strafbarkeit charakterisierten Moments der Nichterweislichkeit erschöpft. Es erübrigt nur noch verschiedener qualifizierender Umstände zu gedenken, welche das Gesetz hier ausdrücklich hervorhebt. Dasselbe bedroht nämlich die Beleidigung des § 186 mit einer erhöhten Strafe dann, wenn dieselbe öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen verübt worden ist.

1. Der Ausdruck „öffentlich“ wird im Strafgesetzbuch an verschiedenen Stellen gebraucht¹⁾, und zwar kommt derselbe in so mancherlei und so verschiedenen Beziehungen vor, dass es schon wegen der Unmöglichkeit einer allgemein erschöpfenden Begriffsbestimmung für den Gesetzgeber geraten war, von einer Definition ganz abzusehen. Dies ist ausdrücklich in den Motiven in einer dem VII. Abschnitte des Strafgesetzbuches beigegebenen Vorbemerkung hervorgehoben. Zugleich aber sind in den Motiven an eben dieser Stelle auch die leitenden Gesichtspunkte für die Auffassung dieses Begriffes gegeben. „Dem Sprachgebrauch gemäss sei eine Handlung nur dann als öffentlich geschehen zu betrachten, wenn sie in einer Art und Weise vorgenommen wurde, dass sie unbestimmt von welchen und wie vielen Personen wahrgenommen werden konnte. Wurde dagegen die Handlung so vorgenommen, dass sie nur für die Wahrnehmung gewisser Personen bestimmt war und (von Zufälligkeiten abgesehen) auch nur von diesen bemerkt werden konnte, so sei keine Öffentlichkeit anzunehmen.“

Das preussische Strafgesetzbuch hatte für die öffentliche Beleidigung noch eine gesetzliche Definition gegeben, und zwar sollte nach § 152 das Merkmal des „öffentlichen Orts“ entscheidend sein. Dar-

¹⁾ §§ 110, 111, 115, 124, 125, 166, 183, 184 etc.

nach war die Öffentlichkeit (die allgemeine Zugänglichkeit) des Begehungsortes, unabhängig von allen weiteren Momenten, für sich allein schon genügend, die Beleidigung zu einer „öffentlichen“ zu qualifizieren. Unser Reichsstrafgesetzbuch, das sich im übrigen so eng an das preussische Strafgesetzbuch anschliesst, hat mit Absicht diese Bestimmung nicht rezipiert und in den Motiven noch dazu ausdrücklich gegen diese Auffassung des Begriffs der Öffentlichkeit Stellung genommen.

In all' dem spricht sich die Tendenz des Gesetzgebers aus, den Begriff der Öffentlichkeit freier zu gestalten, allerdings unter Festhaltung gewisser allgemeiner Gesichtspunkte. Mit letzterem Vorbehalte wird das Merkmal der Öffentlichkeit der Verübung zu einer Thatfrage im konkreten Falle, die der freien Beurteilung des Richters unterliegt.

In Anwendung dieser Sätze auf die Beleidigung ist dem Wesen dieser Deliktsart entsprechend insonderheit auf die „öffentliche Wahrnehmbarkeit“¹⁾ das ausschlaggebende Gewicht zu legen. Es muss sonach die betreffende Thatsache in der Weise behauptet oder verbreitet sein, dass unbestimmt welche und wie viele Personen die Kundgebung wahrnehmen konnten. Überdies ist erforderlich, dass der Injuriant sich jener Umstände, welche seine Nachrede zu einer „öffentlichen“ im Sinne des Gesetzes machen, auch bewusst gewesen sei, ohne dass aber eine spezielle darauf gerichtete Absicht notwendig wäre. Auch kommt es nicht darauf an, dass die Kundgebung im konkreten Falle wirklich von einer unbegrenzten Vielheit von Personen wahrgenommen wurde, noch auch dass dieselbe von all diesen Personen als beleidigend erkannt worden ist, sondern es genügt schon die blosse Möglichkeit, dass die Nachrede von einer nach Zahl und Individualität unbestimmten Personenmenge wahrgenommen, und (wenn auch unter der Voraussetzung besonderer Umstände) als beleidigend erkannt werden konnte²⁾. Dies muss für die Qualifikation der üblen

1) Hugo Meyer Lehrb. S. 229 gebraucht diesen charakteristischen Ausdruck (in Hinsicht auf §§ 166, 183, 186, 187, 200) und stellt ihn der Verübung an einem öffentlichen Orte (in Bezug auf §§ 110, 111, 184) und der öffentlichen Beteiligungsmöglichkeit (in Bezug auf §§ 115, 124, 125, 286) gegenüber. Allerdings ist diese Charakterisierung nicht in allen Punkten zu billigen, wie dies insbes. Olshausen (ad. § 110 n. 5) näher ausführt und begründet.

2) Dies ist in Theorie und Praxis die herrschende Ansicht. Insbes. R.-G.-Urt. v. 4. Mai 1883, v. 7. Mai 1883, v. 1. Mai 1885, v. 7. Okt. 1886 R. V. 317, 333; VII 269; VIII 600 u. A. Die gleiche Ansicht vertritt auch das Oberl. München namentlich in den Urteilen v. 24. Nov. 1882, v. 26. Juli 1883, v. 16. Okt. 1883 Bd. II 211, 450, 504 u. A.

Nachrede als einer öffentlich begangenen gefordert, aber auch als genügend erachtet werden.

Die Form der Nachrede kann auch bei der öffentlichen Beleidigung eine verschiedene sein. Dieselbe beschränkt sich nicht bloss auf mündliche Äusserungen, sondern erstreckt sich auch auf schriftliche Mitteilungen (z. B. Übersendung einer offenen Postkarte).

Das erschwerende Moment bei der öffentlich begangenen Beleidigung liegt darin, dass der Injuriant sich nicht mit der Mitteilung an eine bestimmte Person oder einen bestimmten geschlossenen Personenkreis begnügt, sondern mit Bewusstsein die ehrenrührige Nachrede in einer Art und Weise oder unter Umständen verübt, dass unbestimmt welche und wie viele Personen von ihr Kenntnis erhalten können, und dass hiedurch die Gefahr für die Ehre des Injurierten bei dritten Personen eine weit grössere und gleichsam von unberechenbarer Ausdehnung wird. Durch diese erhöhte Gefährdung wird die in der Kundgebung als solcher schon liegende Verletzung der Ehre noch in besonderer Weise erschwert.

2. Von einem ähnlichen Gedanken geht das weitere Qualifikationsmerkmal aus, welches nach dem Wortlaut des Gesetzes in einer „Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen“ besteht.

Auch hier handelt es sich um eine üble Nachrede, die eben durch die Form, in welcher die Kundgabe auftritt, besonders ausgezeichnet ist und hiedurch einen erschwerten Charakter annimmt.

Es muss die Nachrede in einer Schrift, Abbildung oder Darstellung zum Ausdruck gekommen sein. Mündliche Äusserungen fallen demnach nicht unter diesen Erschwerungsgrund. Derselbe setzt vielmehr voraus, dass der Injuriant die Beleidigung in einer bestimmten sichtbaren und greifbaren Form niedergelegt, zur Erscheinung gebracht hat, und dass er dieselbe nunmehr in dieser Gestalt kundgibt und zur Kenntnis dritter Personen bringt. Näher betrachtet verlangt das Gesetz die Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen. Letzterer Ausdruck ist der umfassendste; er erscheint als der allgemeinere Begriff. Schriften und Abbildungen sind nur eine besondere Form der Darstellung. Auf welche Weise dieselben erzeugt wurden (ob Manuskript, oder mittels Farbe, Tusch, Druck, Stich u. s. w.), ist völlig gleichgültig. Ebenso irrelevant ist das Verfahren, welches zur etwaigen Vervielfältigung benutzt wurde.

Die auf solche Weise zur Darstellung gebrachte Beleidigung muss sämtliche Thatbestandsmerkmale der üblen Nachrede in sich schliessen.

Es muss demnach in ihr eine nicht erweislich wahre Thatsache von bestimmter ehrenkränkender Eigenschaft in Beziehung auf einen Anderen behauptet oder verbreitet sein in dem gleichen Sinne, wie dieses bezüglich der einfachen üblen Nachrede früher dargelegt wurde.

Die Art und Weise aber, in welcher eine derartige in Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zum Ausdruck gekommene üble Nachrede zur Kenntniss dritter Personen gebracht sein muss, ist im Gesetz besonders und zwar als „Verbreitung“ charakterisiert. Der Begriff „Verbreitung“ gewinnt gerade in dem hier gegebenen Zusammenhange eine andere Bedeutung, als wie solche oben (III. Abschn. § 1) bezüglich des „Verbreitens von Thatsachen“ festgestellt wurde. Denn hier ist die „Verbreitung von Schriften etc.“ als Erschwerungsgrund der öffentlichen Beleidigung gleichgestellt und zwar nicht bloss was den erhöhten Strafrahmen betrifft, sondern auch in Bezug auf die weiteren Folgen, welche an die öffentliche Beleidigung geknüpft sind und in § 200 des R.-St.-G.-B. ihren Ausdruck gefunden haben.

Nach dem allegierten § 200 ist nämlich für den Fall, dass wegen einer öffentlichen oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangenen Beleidigung auf Strafe erkannt wurde, dem Beleidigten die Befugnis zuzusprechen, die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen, wobei die Art der Bekanntmachung und die Frist zu derselben im Urteil zu bestimmen ist. Im Anschlusse hieran schreibt Abs. 2 des § 200 weiter vor, dass, wenn die Beleidigung in einer Zeitung oder Zeitschrift erfolgte, der verfügende Teil des Urteils auf Antrag des Beleidigten durch die öffentlichen Blätter bekannt zu machen sei und zwar wenn möglich durch dieselbe Zeitung oder Zeitschrift und in demselben Teile und mit derselben Schrift, wie der Abdruck der Beleidigung geschehen.

Diese hier ausgesprochene Befugnis der öffentlichen Bekanntmachung erhält für die durch Verbreitung von Schriften etc. begangene Beleidigung ihre ausreichende Grundlage und Rechtfertigung erst durch die Voraussetzung, dass es sich auch bei ihr um eine Kundgabe in ausgedehntem Umfange handelt. Demnach kann hier die Übermittlung der Schriften an eine oder einige wenige individuell bestimmte Personen nicht genügen, mag in ihr auch das Weitergeben des von Anderen Erhaltenen und insofern eine Erweiterung des Kreises der Wissenden liegen. Andererseits lässt sich aber aus dem Gesetz kein zwingender Grund dafür finden, dass die Verbreitung geradezu eine öffentliche sein müsse, insoferne man hierunter die Zugänglichmachung an das Publikum d. h. an einen individuell nicht bestimmten und begrenzten

Personenkreis versteht. Es ist vielmehr nur vorausgesetzt, dass die Mitteilung der Schriften an eine grössere, wenn auch abgeschlossene, Zahl von Personen erfolgt¹⁾ (z. B. an die Arbeiter einer grossen Fabrik, oder Versendung von Schriften an die Mitglieder einer grösseren Gesellschaft). Dabei sind die speziellen Verhältnisse des konkreten Falles in Betracht zu ziehen zur Entscheidung der Frage, ob die Zahl und der Kreis von Personen, denen die Darstellungen zugänglich gemacht wurden, zur Verwirklichung des Begriffs der „Verbreitung“ im Sinne des Gesetzes genügt. Ist aber einmal eine Verbreitung in genügend weitem und ausgedehntem Umfange gegeben, so ist selbst der etwa damit sich verbindende Charakter der Vertraulichkeit der Mitteilung ohne Belang²⁾ und kann die Annahme der qualifizierten üblen Nachrede nicht ausschliessen.

Für keinen Fall aber darf die Hingabe der Schriften an nur einen oder einige Adressaten als hinreichend erachtet werden, selbst wenn sich damit die ausgesprochene Absicht verbände, die Schriften hiedurch in Verkehr zu setzen und durch den Adressaten einem grösseren Personenkreis zugänglich zu machen. Die entgegengesetzte, insbesondere vom Reichsgericht³⁾ stets festgehaltene, Ansicht ist, wenigstens bezüglich § 186, nicht zutreffend.

Das Reichsgericht argumentiert etwa in folgender Weise: Entscheidend sei für den Begriff „Verbreitung“ die Übertragung des Gewahrsams (wenn auch an nur eine Person) und die Absicht die Schriften dadurch in Umlauf zu setzen und zwar auf breiter Grundlage; wenn diese Absicht vorliege, so lasse sich für den Begriff des Verbreitens

1) Ebenso Olshausen ad § 110 n. 10; Oppenhoff ad § 85 n. 14; auch das Reichsgericht in verschiedenen Entscheidungen, namentlich Urteil v. 5. Okt. 1882 und 22. Oktober 1883 E. VII. 114; IX 293. — Dagegen ist in dem Urteil vom 27. September 1882 R. IV. 717 in Beziehung auf § 186 ausgeführt, dass gerade aus § 200 sich ergäbe, dass die Verbreitung eine „öffentliche“ sein müsse, also Zugänglichmachung der Schriften an das Publikum oder wenigstens die darauf gerichtete Absicht des Thäters voraussetze.

2) Vergl. III. Abschn. § 1.

3) Die vorliegenden Entscheidungen beziehen sich allerdings meist nicht direkt auf § 186. Wie weit sich die Ansicht des R.-G. bezüglich der anderen Delikte (§§ 85, 110, 111 etc.) rechtfertigen lässt, ist an dieser Stelle nicht zu untersuchen. Hervorzuheben sind u. A. Urt. v. 5. Oktober 1882 E. VII. 113, v. 27. Sept. 1882 R. IV. 717, v. 28. September u. 22. Oktober 1883 E. IX 71, 293, v. 10. Okt. 1887 E. XVI 245. — Olshausen ad. § 110 n. 10 (worauf bei § 186 verwiesen ist) vertritt die im Text dargelegte Ansicht.

ein Anfang und ein Ende nicht unterscheiden; auch die begonnene Verbreitung sei Verbreitung.

Nun ist allerdings zuzugeben, dass der Begriff „Verbreitung“ das Zugänglich-machen auf breiter Grundlage bezeichnet, und nicht das Zugänglich-sein, also eine Thätigkeit, und nicht einen Erfolg. Auch ist richtig, dass diese Thätigkeit, sobald sie einmal begonnen hat, auch vollendet ist, keine weitere begriffliche Steigerung, sondern nur eine quantitative Ausdehnung zulässt.¹⁾ Die Frage bleibt aber immerhin offen, wann und unter welchen Voraussetzungen der Beginn der Verbreitung gegeben ist. Hierbei ist folgendes zu beachten. War seitens des Injurianten die Übermittlung der Schriften an nur eine Person gewollt und demgemäss auch ausgeführt, so ist auch die eigene Thätigkeit desselben mit der Zustellung an jene Person bereits vollendet. Ob der Adressat seinerseits die Schriften verbreitet oder nicht, ist vorerst ungewiss und eine Sache für sich. Die Handlung des Injurianten stellt sich lediglich als Übergabe der Schriften an eine einzige Person dar, und dieses objektive Sachverhältnis wird auch dann nicht geändert, wenn jener Handlung das subjektive Moment, die Absicht zu Grunde lag, dass der Adressat die weitere Zirkulation herbeiführen solle. Denn in diesem Falle geht zwar die Absicht dahin, die Schriften in Verkehr zu setzen, der Injuriant aber will zur Erreichung dieser Absicht für seine Person die direkte Übermittlung an einen grösseren Personenkreis nicht bewerkstelligen, und hat dies auch in der That durch seine Handlung nicht objektiviert. Seine eigene Handlung soll zwar die Verbreitung ermöglichen oder vermitteln, enthält aber selbst keine unmittelbare Verbreitungsthätigkeit. Die vorhandene Verbreitungsabsicht kann die fehlende objektive Realisierung, die wirkliche Verbreitungsthätigkeit, nicht ersetzen. Gerade darin liegt aber für die „Verbreitung“ im Sinn des § 186 das entscheidende Moment, gerade das macht dieselbe zu einem Erschwerungsgrund der üblen Nachrede und rechtfertigt die daran geknüpften Straffolgen in Ansehung der Person des Injurianten, dass dieser selbst über die einfache üble Nachrede hinausgeht, sonach selbst die objektive Grundlage herstellt, welche eine Verbreitung, eine Zugänglichmachung der Schriften an eine grössere Zahl von Personen enthält, und welche als solche und durch diese eigene Thätigkeit des Beleidigers eine erhöhte Gefahr für die Ehre des Angegriffenen hervorruft.

¹⁾ v. Liszt, Reichspressrecht § 42 S. 151.

Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, dass die Verbreitung sich nicht etwa auf die blosse Mitteilung des Inhaltes der Schriften beschränken darf, sondern es müssen die Schriften, Abbildungen oder Darstellungen selbst sein, deren Kenntnissnahme für dritte Personen in solchem Umfange ins Werk gesetzt wird.

Nicht erforderlich ist dagegen, dass die Schriften auch in der That in die Hand einer grösseren Zahl von Personen gelangt sind; es genügt, dass durch den Injurianten diejenige Thätigkeit entfaltet wurde, welche sich als Verbreitung im angegebenen Sinne darstellt, und daneben ist (wie dies für jede üble Nachrede notwendige Voraussetzung ist) die Kenntnissnahme seitens einer dritten Person erforderlich und ausreichend.¹⁾

§ 7. Verfolgung und Bestrafung der üblen Nachrede.

1. Die üble Nachrede ist nach modernem Rechte, wie die Beleidigung überhaupt, nur auf Antrag (§ 194 R.-St.-G.-B.) bzw. in gewissen Fällen (Bel. einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Bundesstaates, oder Bel. einer anderen politischen Körperschaft), nur mit Ermächtigung des Injurierten (§ 197 R.-St.-G.-B.) verfolgbar.

Das Gesetz hat demnach die Realisierbarkeit des staatlichen Strafanspruchs noch von einer Willenserklärung der verletzten Person oder ihres gesetzlichen Vertreters abhängig gemacht. Der legislative Grund dieser Bestimmung liegt darin, dass bei der Beleidigung in der grossen Mehrzahl der Fälle ein vorwiegendes öffentliches Interesse an der strafrechtlichen Verfolgung nicht vorhanden ist, wie denn auch mitunter eine gegen den Willen des Beleidigten stattfindende gerichtliche Untersuchung und Verhandlung mit einer weiteren, noch schwereren Interessenverletzung für denselben verbunden sein könnte.

An § 194 R.-St.-G.-B. schliesst sich die Bestimmung des § 414 R.-St.-P.-O. an, wonach in den Antragsfällen der Beleidigung (wie der Körperverletzung) dem Verletzten oder seinem gesetzlichen Vertreter die Erhebung der Privatklage gestattet ist, ohne dass es einer vorgängigen Anrufung der Staatsanwaltschaft bedarf. Von der öffentlichen

¹⁾ Unrichtig ist die Ansicht Oppenhoff's (ad § 186 n. 13), dass für die qualifizierte üble Nachrede die Veröffentlichung zur Herstellung des Thatbestands genüge, sollte auch nicht erwiesen sein, dass irgend jemand Kenntnis von dem Inhalte genommen habe. Vergl. die Widerlegung bei Olshausen ad § 186 n. 6 b.

Klage soll aber nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt (§ 416 *ibid.*). Ist die öffentliche Klage wegen Beleidigung erhoben, so gestattet § 435 R.-St.-P.-O. dem Beleidigten bzw. dessen Vertreter in jeder Lage des Verfahrens, ja selbst noch nach ergangenem Urteile (behufs Einlegung von Rechtsmitteln), sich der öffentlichen Klage als Nebenkläger anzuschliessen.

Zum Antrag berechtigt¹⁾ ist nur derjenige, in Beziehung auf welchen die ehrenkränkende Nachrede behauptet oder verbreitet wurde. Sind dies verschiedene Personen, die unter einer Gesamtbezeichnung erkennbar getroffen sind, so ist jede einzelne dieser Personen, weil beleidigt, auch antragsberechtigt. Soweit eine üble Nachrede in Beziehung auf eine Kollektivpersönlichkeit als solche nach positivem Rechte (vergl. oben II. Abschn. § 1, III. Abschn. § 4) möglich ist, muss der Strafantrag auch von dieser selbst ausgehen. Wenn die Beleidigung gegen eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener, oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf begangen ist, so haben ausser den unmittelbar Beteiligten auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht, den Strafantrag zu stellen (§ 196 R.-St.-G.-B.). Für diese Fälle der Beleidigung ist ferner in § 420 R.-St.-P.-O. die besondere Ausnahme statuiert, dass hier ein der Erhebung der Privatklage vorhergehender Sühneversuch (wie dies bei allen anderen Fällen der Beleidigung, sofern die Parteien in demselben Gemeindebezirke wohnen, erfordert wird), nicht notwendig ist. Bei Beleidigungen von Ehefrauen oder von unter väterlicher Gewalt stehenden Kindern sind sowohl die Beleidigten selbst als deren Ehemänner bzw. Väter berechtigt auf Bestrafung anzutragen. (§ 195 R.-St.-G.-B.)

Die Regel der dreimonatlichen Antragsfrist (§ 61 R.-St.-G.-B.) gilt auch für die Beleidigung. Eine Ausnahme besteht jedoch bezüglich der wechselseitigen Beleidigungen d. i. für jene Fälle, wo jeder der beiden Teile in Beziehung auf den anderen Teil eine Beleidigung verübt hat; in solcher Weise können sich auch zwei üble Nachreden oder eine üble Nachrede und irgend eine der anderen Beleidigungsarten gegenüber stehen. Ein thatsächlicher oder auch nur ein ursächlicher Zusammenhang beider Injurien ist für den Begriff der sogen.

¹⁾ Der Antrag muss bei einem Gericht oder der Staatsanwaltschaft schriftlich oder zu Protokoll, bei einer anderen Behörde schriftlich angebracht werden (§ 156 Abs. 2 R.-St.-P.-O.)

wechselseitigen Beleidigungen nach richtiger Ansicht nicht erforderlich;¹⁾ es genügt schon, wenn nur beide Injurien begangen wurden, bevor wegen einer derselben auf Grund Strafantrags das Verfahren eröffnet wurde. Für diesen Fall hat § 198 R.-St.-G.-B. eine Änderung der Antragsfrist vorgesehen: hier ist nämlich, sofern von einem Teile auf Bestrafung angetragen worden ist, der andere Teil bei Verlust seines Rechts verpflichtet, den Antrag auf Bestrafung spätestens vor Schluss der Verhandlung in erster Instanz zu stellen, er ist aber hiezu auch dann berechtigt, wenn zu jenem Zeitpunkte die dreimonatliche Frist bereits abgelaufen wäre. — War bei wechselseitigen Beleidigungen von einem Teile Privatklage erhoben, so kann der Beschuldigte bis zur Beendigung der Schlussvorträge in erster Instanz mittels einer Widerklage die Bestrafung des Klägers beantragen. Das Gericht hat sodann über Klage und Widerklage gleichzeitig zu erkennen (§ 428 R.-St.-P.-O.).

Der gestellte Antrag kann nach ausdrücklicher Bestimmung des Gesetzes (§ 194 R.-St.-G.-B. in Verbindung mit § 64 *ibid.*) in allen Fällen bis zur Verkündung eines auf Strafe lautenden Urteils zurückgenommen werden; ebenso die Privatklage, letztere jedoch nicht bloss bis zur Verkündung des verurteilenden Erkenntnisses erster Instanz, sondern, soweit zulässige Berufung eingelegt ist, auch noch bis zur Verkündung des zweitinstanziellen Urteils (§ 431 R.-St.-P.-O.). Wurde die Privatklage zurückgenommen, so ist dies auf das Verfahren über die rechtzeitig eingelegte Widerklage ohne Einfluss (§ 428 Abs. 3 R.-St.-P.-O.).

2. Die gesetzliche Bedrohung der üblen Nachrede des § 186 geht parallel mit derjenigen der subjektiven Beleidigung des § 185. Es sind hier wie dort zwei Strafgrade unterschieden: für die einfache üble Nachrede ist Geldstrafe bis zu 600 Mark, oder Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahre; für die qualifizierte üble Nachrede, welche den Realinjurien des § 185 gleichgestellt ist, ist Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren angedroht.

Eine ausdrücklich auf die üble Nachrede (und die Verleumdung) beschränkte Bestimmung hat § 188 R.-St.-G.-B. getroffen. Es soll nämlich für diese Delikte auf Verlangen des Beleidigten, sofern die Beleidigung nachteilige Folgen für die Vermögensverhältnisse, den Er-

¹⁾ Vergl. v. Liszt Lehrb. S. 331 und die hier angeführte Literatur. — A. M. insbesondere Olshausen ad § 198 n. 1.

werb oder das Fortkommen des Beleidigten mit sich bringt, neben der Strafe auf eine an den Beleidigten zu erlegende Busse bis zum Betrage von 6000 Mark erkannt werden können. Ausser diesen Fällen ist im Reichsstrafgesetzbuch selbst die Zuerkennung einer Busse nur noch in allen Fällen der Körperverletzung (§ 231) für zulässig erklärt; dagegen ist durch eine Reihe von strafrechtlichen Nebengesetzen (Nachdruck-, Markenschutz-, Patentgesetz etc.) das Anwendungsgebiet der Busse erheblich erweitert.

Gemäss der Fassung des § 188 ist die Zuerkennung der Busse für die üble Nachrede nur fakultativ und demnach in das pflichtmässige Ermessen des Richters gestellt. Doch ist dieselbe, abgesehen von dem Antrage des Verletzten, noch von der Voraussetzung abhängig gemacht, dass die Beleidigung gewisse nachteilige Folgen für den Injurierten mit sich bringt. Hierbei soll es nach der communis opinio genügen, wenn durch die üble Nachrede im konkreten Fall auch nur eine Gefährdung der Vermögensverhältnisse etc. hervorgerufen wurde¹⁾.

Sind mehrere Personen zu einer Busse verurteilt, so haften sie für dieselbe als Gesamtschuldner. Dies ist zwar in § 188 nicht in gleicher Weise wie in § 231 (bezüglich der Körperverletzung) ausdrücklich hervorgehoben, trifft aber nach der herrschenden Ansicht auch hier gleichmässig zu²⁾.

Die erkannte Busse schliesst die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruches aus (§ 188 Abs. 2).

Über den Charakter der Busse besteht lebhafter Streit. Vielfach wird dieselbe als eine Privatstrafe angesehen, was aber von einer Reihe bedeutender Kriminalisten (teilweise mit ausführlicher Begründung) als unzutreffend verworfen wird³⁾. Mit Recht weist Olshausen in seinem Kommentar darauf hin, dass gerade durch den Wortlaut des § 188 der wahre Charakter der Busse deutlich gekennzeichnet werde, indem Absatz 1 (des § 188) von der Erlegung der Busse „neben der Strafe“ spricht, Absatz 2 die „Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruches“ neben der erkannten Busse ausschliesst. Demnach handelt es sich bei der Busse nicht um eine Strafe, sondern um eine den Charakter der Entschädigung des Verletzten an sich tragende

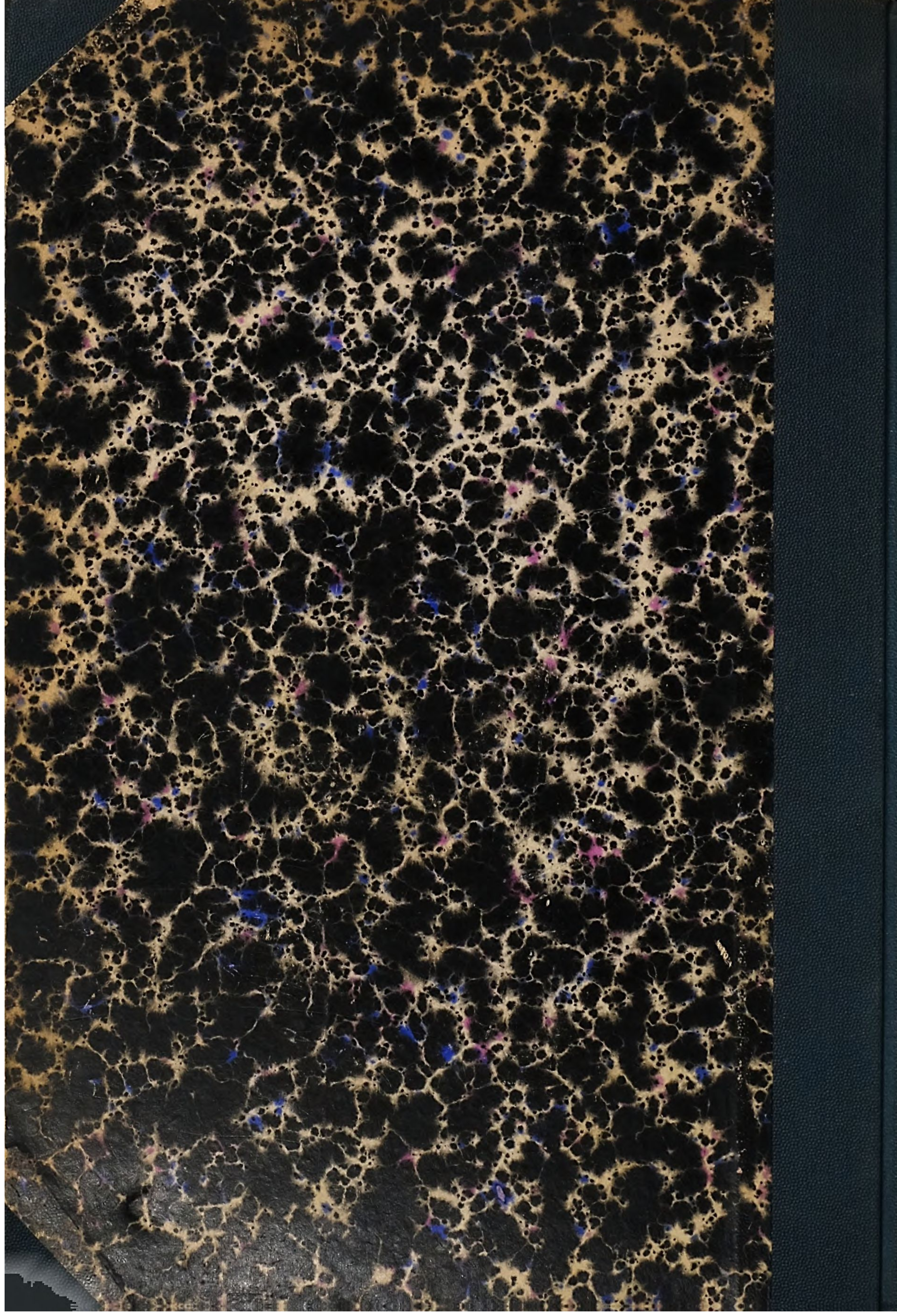
1) u. 2) Vergl. Olshausen ad. § 188 n. 15 und n. 9.

3) Bei Olshausen ad § 188 n. 2 findet sich die hieher gehörige Literatur und Rechtssprechung aufgeführt.

Privatgenugthuung, die als ein höchstpersönlicher Anspruch des Verletzten erscheint, und zu welcher dieser in bestimmten Fällen auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung berechtigt ist.

Für die Geltendmachung dieses Anspruchs sind die Bestimmungen der Strafprozessordnung (§§ 443—446) massgebend. Darnach hat der Verletzte die Befugnis, die zulässige Busse sowohl mittels der von ihm erhobenen Privatklage, wie auch im Falle der öffentlichen Klage durch Anschluss als Nebenkläger zu verlangen. Der Antrag auf Zuerkennung einer Busse muss einen bestimmten Betrag der Busse angeben; dieser darf aber die gesetzlich bestimmte Maximalgrenze nicht überschreiten. Der Antrag selbst ist an eine bestimmte Form nicht gebunden; er kann bis zur Verkündung des Urteils erster Instanz gestellt und bis zur Verkündung des Urteils zurückgenommen werden; jedoch ist eine Erneuerung des zurückgenommenen Antrags nicht zulässig.

Druck der kgl. Universitätsdruckerei von H. Stürtz, Würzburg.



Gabler, Joseph

Das Vergehen der sogenannten üblen Nachrede (die Beleidigung des § 186
RStGB)

1892

Crim. 99 sa

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11583950-1